Kurdistan Report

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten

Nr. 134 November/Dezember 2007 2,50 Euro



- **Weitere Praxis des schmutzigen Krieges des türkischen Staates aufgedeckt**
  Die Giftpraktiken des JİTEM – Todesschwadronen sagen aus
- **Geschichte und Gegenwart des Komplotts gegen Abdullah Öcalan**
  Kampagne zum Schutz von Abdullah Öcalan begonnen

Im Kurdistan Report Nr. 134 November/Dezember 2007 berichten wir über:

Impressum

Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.
Schanzenstr. 117
20357 Hamburg
k.report@gmx.de

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de

Druck:
PrimaPrint, Köln

Preise:
Jahresabonnement
6 Exempl. 15,– Euro plus Portokosten

Einzelexempl.: 2,50 Euro

Dänemark 20 dkr.
Großbritannien 2 bp.
Norwegen 20 nkr.
Schweden 20 skr.
Schweiz 4 sfr.

Titelbild:
Der JİTEM wird dechiffriert

Rückseite:
Im Gedenken an Mehmet Uzun

Umschlag:
Entwurf und Gestaltung:
Annett Bender

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



Untersuchungskommission nahm ihre Arbeit nach dem Massaker in Beytüşşebap auf Foto: DIHA



Erneut Zeitungsverbote in der Türkei Foto: DIHA



Orhan-Doğan-Straße wurde am 11. Oktober in Şirnak eingeweiht Foto: DIHA

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

mit dieser Ausgabe halten Sie den letzten Kurdistan Report dieses Jahres in Händen. Und auch in dieser Ausgabe berichten wir hauptsächlich über Krieg und Zerstörung von Mensch, Umwelt und Natur.

Während dieses Heft an Form und Inhalt gewinnt, verabschiedet das türkische Parlament den Kriegserlass: Mit der überwältigenden Mehrheit von 507 von 550 Stimmen gaben die Abgeordneten der Regierung für die Dauer eines Jahres eine Blankovollmacht, jederzeit ohne weitere Parlamentskonsultation der Armee den Marschbefehl für eine Operation im Nordirak erteilen zu können. Lediglich 19 Parlamentarier der DTP stimmten öffentlich dagegen – weil Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan auf einer offenen Abstimmung bestanden hatte. Möglicherweise wollte er damit verhindern, dass auch kurdische Abgeordnete der AKP aus der Reihe tanzen.

Zeitgleich versammelte sich das kurdische Regionalparlament in Südkurdistan anlässlich des türkischen Parlamentsbeschlusses zu einer Sondersitzung. Parlamentspräsident Adnan Müfti erklärte in der Debatte, dass die Türkei die PKK lediglich als Vorwand benutze, das eigentliche Ziel sei jedoch die Region Kurdistan. Schließlich gebe es die PKK seit zwanzig Jahren, es handele sich dabei nicht um ein Problem, das mit einem Angriff auf Kurdistan gelöst werde.

Als Präsident der Föderalen Region Kurdistan reagierte Mesud Barzani scharf: Jeglicher Angriff auf Kurdistan werde zum Schaden der Türkei enden. Ankara sei aufgefordert, die kurdischen Aufrufe zu Frieden und Dialog ernst zu nehmen. Andernfalls würden alle Kurden gegen eine türkische Besatzung Widerstand leisten.

Auch der Iran, der seit Wochen schon das kurdische Grenzgebiet seines Nachbarn Irak bombardiert, meldete sich einige Tage vor der Parlamentsabstimmung mit einer unerwarteten Meldung zu Wort. Der Sprecher des Außenministeriums Muhammed Ali Hüseyni sprach sich dafür aus, dass Irak und Türkei das PKK-Problem auf diplomatischem Wege lösen sollten.

Natürlich kritisierten auch die KCK den türkischen Parlamentsbeschluss. Der Türkei gehe es gar nicht in erster Linie um die Ausschaltung der Guerilla. Ziel sei vielmehr, eine Demokratisierung der kurdischen Regionen von Türkei, Irak, Syrien und Iran mit allen Mitteln zu verhindern. Die KCK betonten nochmals in aller Deutlichkeit, dass es für diesen lang anhaltenden Konflikt keine militärische Lösung geben könne und man weiterhin zu einer friedlichen Lösung bereit sei.

Von kurdischer Seite besteht weiterhin der Wille, die Waffen niederzulegen, um zu einer friedlichen demokratischen Lösung zu gelangen. Noch ist der einseitige Waffenstillstand nicht aufgekündigt worden. Der Status der aktiven Selbstverteidigung, in dem sich die Guerilla befindet und auf Angriffe des Militärs reagiert, könnte jederzeit beendet werden. Die Waffen könnten schweigen, wenn die Angriffe gegen die Bevölkerung, gegen den noch immer auf der Gefängnisinsel Imralı einsitzenden Vorsitzenden Abdullah Öcalan und die Guerilla eingestellt werden würden.

Die Tage werden kürzer, draußen verlieren langsam die letzten Bäume ihr Laub. Es beginnt die Zeit, wie es hier heißt, des Besinnens. Vielleicht auch in dieser Frage, in der Frage des Friedens in Kurdistan und in der ganzen Region des Mittleren Ostens.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen eine interessante Lektüre,

Ihre Redaktion

Aktuelle Bewertung

Der Selbstmord eines Landes

Dilar Çem

Es ist doch äußerst interessant, wie die politische Krise in der Türkei zwischen AKP-Regierung und Militär, die während der Staatspräsidentenwahl eskaliert war und wegen der die Parlamentswahl vorgezogen werden musste, nun gar nicht mehr aktuell ist, so als habe sie nie existiert.

Die türkische Regierung hat sich nach der Wahl vom 22. Juli auf der Grundlage der Übereinkunft zwischen Generalstab und AKP neu gebildet. Das erste Resultat dieser Einigung war die Wahl Abdullah Güls zum Staatspräsidenten. Die Türkei, die nach den Wahlen vor der Alternative stand, entweder den Weg der Demokratisierung zu gehen oder wie bislang den Kurs der Auseinandersetzung zu verfolgen, entschied sich mit der AKP-Regierung für Letzteres. Nun tritt die eigentliche Tagesordnung der Türkei wieder in den Vordergrund: die kurdische Frage.

Die Vereinbarung wurde auf der Basis der Gegnerschaft zu dem kurdischen Freiheitskampf, den Kurden und der Demokratie getroffen, und sie beschreibt weiterhin die Hauptstoßrichtung der türkischen Politik. Für deren Erfolg arbeiten nun arbeitsteilig alle staatlichen Institutionen. So führte eine von Güls ersten Amtshandlungen als neuer Staatspräsident ihn nach Kurdistan, um seine Dienstbereitschaft für die bisherige aggressive Staatspolitik und das Militär zu demonstrieren. Auch Ministerpräsident Tayyip Erdoğan und Außenminister Ali Babacan machten während ihrer Washingtonreise deutlich, dass ihr einziges und eigentliches Anliegen die Mobilmachung gegen die PKK und gegen die kurdische Freiheitsbewegung ist. Sie wollten mit allen diplomatischen Mitteln ein breites Bündnis gegen die PKK und die Kurden zimmern. Zudem versucht die Türkei, die antikurdische Verleugnungs- und Vernichtungspolitik in der Region auf den Iran, Syrien und sogar den Irak auszuweiten. Die Türkei führt diese Politik in der Region an und ist bestrebt, sie zur regionalen Außenpolitik werden zu lassen.

Die Armee hat ihre Operationen vehement gesteigert. Es gibt keinen Tag, an dem es nicht zu Gefechten und zu Verlusten kommt. Zudem hat der Nationale Sicherheitsrat der Türkei die „militärische Sicherheitszone" erweitert und ihre Dauer bis zum 10. Dezember verlängert. Die politische Situation in der Türkei erinnert an jene Mitte der 90er Jahre, als der Krieg auf allen Ebenen geführt und eine so genannte „Generalmobilmachung" ausgerufen worden war. Es scheint, dass Armee und Regierung nach einem Anlass suchen, in den Irak einmarschieren zu können, und wenn sich keiner bietet, dann selbst einen schaffen wollen. So kam es am 1. Oktober in Beytüşşebap zu einem bewaffneten Angriff auf einen Kleinbus. Der Bus wurde mit Streufeuer angegriffen, zwölf Personen, darunter auch Dorfschützer, wurden getötet. Ohne jegliche nähere Untersuchung wurde dieses Massaker unisono der kurdischen Guerilla angelastet, obwohl die *Volksverteidigungskräfte* HPG öffentlich ihre Beteiligung leugneten. Viele Anhaltspunkte sprechen nicht für eine Täterschaft der PKK, sondern für eine staatliche Provokation. Der Vorfall erinnert an ein ähnliches Vorkommnis in Güçlükonak, wo 1996 ebenfalls elf Dorfschützer in einem Kleinbus erschossen worden waren. Recherchen einer unabhängigen Untersuchungskommission hatten damals eine Täterschaft staatlicher Kontra-Kräfte ergeben, weshalb die Türkei später vom *Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte* zu einer Entschädigungszahlung an die Angehörigen der Opfer verurteilt wurde. Türkeikenner wissen, dass es nicht das erste Mal wäre, dass der Staat eigenhändig Verbrechen begehen lässt, um die Situation zu seinen Gunsten wenden zu können. Parallel zum Versuch, die PKK für das Massaker in Beytüşşebap verantwortlich zu machen, wurde auch schon die Forderung laut, in den Irak einzumarschieren. Als dieses Konstrukt nicht ohne Weiteres verkauft werden konnte, stürzte man sich auf die hohen Verluste der vorangegangenen Tage, um für eine grenzüberschreitende Operation die Trommel zu rühren. Diverse Gipfeltreffen folgen einander, auf denen es vordergründig um die Bekämpfung der PKK und um eine mögliche grenzüberschreitende Operation geht. Ob es wirklich dazu kommt, wird sich zeigen, aber jedenfalls erhofft sich die Türkei mit dieser Drohung politisches Profil.

Damit versucht sie, Druck vor allem auf die USA und die südkurdischen Kräfte auszuüben. Nach der Maxime „Angriff ist die beste Verteidigung" soll von ihren breit angelegten Militäroperationen in den kurdischen Gebieten sowie von ihren Kriegsrechtsverletzungen wie z. B. dem Einsatz chemischer Waffen abgelenkt werden, indem sie allen anderen unterstellt, nichts gegen die PKK zu unternehmen. Sie scheint dabei auch Erfolg zu haben. Denn seit

längerem schon verweisen sowohl die lokale Bevölkerung als auch demokratische Organisationen und Institutionen darauf, dass der türkische Staat erneut mit rechtswidrigen Methoden am totalen Vernichtungskrieg festhält – wie z. B. der Vergiftung Abdullah Öcalans, der Einschleusung von Todesschwadronen in die kurdische Bewegung, um hochrangige Vertreter der KCK vergiften oder anderweitig ermorden zu lassen, der außergerichtlichen Hinrichtung von Zivilisten, dem Einsatz international geächteter Waffen gegen die Guerilla –, und die Weltöffentlichkeit schweigt. Die Spielregel funktioniert anscheinend so, dass bei jeder Gelegenheit gepoltert wird, in den Irak einmarschieren zu wollen, um beim Kampf gegen die kurdische Bewegung innerhalb der Türkei freie Hand zu haben. Nicht nur auf militärischer Ebene haben die rechtswidrigen Aktivitäten der Türkei zugenommen, sondern auch im Zivilbereich. So wurde die Tageszeitung *Gündem* seit dem 6. März 2007 zum fünften Mal für insgesamt 120 Tage geschlossen. Auch die Repressionen gegen die DTP lassen die Haare zu Berge stehen. Ob Abgeordnete, Bürgermeister oder Parteivorstandsmitglieder, die gesamte Partei wird juristisch terrorisiert. Jedes Wort, jedes Verhalten kommt vors Gericht. Ihnen wird Unterstützung der PKK vorgeworfen und durch öffentliche Anschuldigung der Boden für Lynchjustiz bereitet. Mustafa Sarıkaya von der DTP äußerte sich zu einem Vorfall: „Vom Ministerpräsidenten bis hin zum Vorsitzenden des Nationalen Sicherheitsrats haben uns in den letzten Tagen alle zum Ziel erklärt. Wenn eine Partei auf so nationalistische und aggressive Weise in den Fokus gerückt wird, dann bleiben die Folgen nicht aus." Erst vor kurzem wurden Parteibüros der DTP mit Schusswaffen angegriffen.

Die Liste könnte ohne Weiteres verlängert werden. Aber um zu verdeutlichen, in was für eine Selbstmordsituation die Türkei treibt, sind diese Beispiele mehr als ausreichend. Ein Land, das auf Verleugnung, Vernichtung und Kriegführung ausgerichtet ist, wird sich auch immer mehr selbst zugrunde richten. Das wird an dem neuen Verfassungsentwurf sichtbar.

Während das Land in der kurdischen Frage zunehmend ins Bodenlose abdriftet, halten die Diskussionen um den so genannten Zivilverfassungsentwurf der AKP an. In diesem avisierten Werk, das angeblich den Geist der Verfassung von 1982 überwinden soll und als demokratisch und zivil präsentiert wird, werden die Kurden nicht ein einziges Mal erwähnt, was so viel bedeutet wie eine Demokratie ohne Kurden. Ohne die Quelle für den Despotismus zu beseitigen, ohne kurdische Sprache und Kultur zu akzeptieren, wird es keine freiheitliche und demokratische Entwicklung geben, ohne die Anerkennung der Kurden keine Demokratie und keine zivile Verfassung.

Das „alte Europa" ist mal wieder sehr geduldig und berechnend. Anstatt zur Lösung der kurdischen Frage die Kurden selbst zur Grundlage zu machen, setzt es auf die AKP. Es verbindet die Demokratisierung der Türkei mit der AKP. Europas Annäherung an die kurdische Frage beschränkt sich auf individuelle und Menschenrechte. Es gibt auch keine Hoffnung, dass sich diese Politik in naher Zukunft verändert.

Trotz alledem gewinnt die Rolle der DTP gegenwärtig immer mehr an Bedeutung. In der Auseinandersetzung um eine neue Verfassung, in der parlamentarischen Debatte zur Entsendung von Soldaten in den Irak, bei der Aufklärung von Vorfällen wie in Beytüşşebap.

Die DTP ist die einzige Partei in der türkischen politischen Landschaft, die demokratische und soziale Forderungen aus der Bevölkerung zur Sprache bringt und Lösungsansätze entwickelt. Sie ist eine wichtige Kraft bei der Lösung der kurdischen Frage und bei der Demokratisierung des Landes. Sie hat sogar den Vorteil, sich zu einer linken demokratischen Bewegung zu entfalten. Diese für die Türkei bedeutende Chance muss von allen Beteiligten erkannt, gewürdigt und gefördert werden.

Alle nationalen und internationalen Kräfte, die am Frieden interessiert sind, müssen sich in dieser kritischen Zeit mutiger als zuvor hervortun, sich von ihrer Arbeit nicht abbringen lassen und ohne Augenwischerei für die Entwicklung des Friedens und der Demokratie arbeiten. Denn der Frieden kann nicht nur eine kurdische Angelegenheit sein. ♦

Angst bei der AKP vor einem zweiten Şemdinli

Während offizielle Stellungnahmen zum Massaker in Beytüşşebap weiter ausbleiben, herrscht bei der AKP die Sorge, der Vorfall könne zu einem zweiten Şemdinli werden. Nachdem zunächst der PKK die Verantwortung für den Mord an zwölf Dorfbewohnern zugeschoben worden war, finden jetzt stille Nachforschungen dazu statt. Wie es heißt, sollen kurdischen AKP-Abgeordneten Informationen zugespielt worden sein, demnach innerstaatliche Banden in den Vorfall verwickelt sein sollen. Die Ähnlichkeit mit dem Massaker von Güclükonak im Jahr 1996 und dem Bombenanschlag von Şemdinli im November 2005, bei denen die Urheberschaft staatlicher Kontrakräfte zutage getreten war, ist nicht zu übersehen. Eine parlamentarische Abordnung wird weitere Untersuchungen in der Region anstellen. Besonderer Schwerpunkt bei der Untersuchung wird auf Aussagen gelegt, demnach kurz vor dem Vorfall zwei Kleinbusse mit Zivilisten die Umgebung ausgespäht haben sollen. Verstärkt wird der Verdacht auch durch die Tatsache, dass es sich bei der betroffenen Region um militärisches Sperrgebiet handelt, das vollkommen unter militärischer Kontrolle steht. Bei den Opfern handelte es sich um Arbeiter, die täglich den gleichen Weg zu einem Wasserkanal fuhren, was den dort stationierten Militärs unzweifelhaft bekannt war. Ein weiterer Faktor betrifft die Tatsache, dass bei den Parlamentswahlen im Juli im Dorf Beşağaç, aus dem die Opfer ausnahmslos stammten, der Großteil der Stimmen für die von der DTP unterstützten unabhängigen Kandidaten abgegeben wurde.

Quelle: Gündem, 16.10.2007, ISKU

Jeder Berg, jeder Stein, jeder Wald und alle Menschen Kurdistans sind bedroht

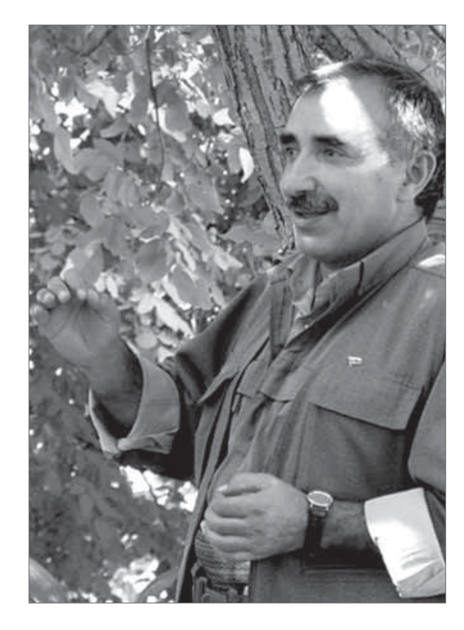
Mit der Würde eines Volkes darf man so nicht umgehen

ANF-Interview mit Murat Karayılan, Vorsitzender des Exekutivrats der KCK

Neben der Bunkerhaftstrafe und der ausbleibenden Verbesserung seiner Lebens- und Gesundheitsbedingungen ist Herr Öcalan vielseitigen Angriffen auf seine politische Identität ausgesetzt. Er selbst hat geäußert, dass er damit zum Schweigen gebracht und seine politische Arbeit verhindert werden solle. Was ist Ziel dieser Maßnahmen?

Gegen unseren Vorsitzenden wird eine äußerst systematische Repressions- und Vernichtungspolitik betrieben. Die Türkei will eine politische Willensbildung der kurdischen Bewegung verhindern. In der Türkei wie auch außerhalb ihrer Grenzen ist ein neues und umfangreiches Angriffskonzept gegen die kurdische Befreiungsbewegung entwickelt worden. Dessen Kern bilden die Angriffe gegen unseren Vorsitzenden, die auch seine Vergiftung einschließen, und eine kolonialistische Politik zur Unterwerfung des kurdischen Volkes.

Die kurdische Frage ist eine Realität in der Türkei. Es ist eine altbekannte Praxis der Türkei, diese Frage zu leugnen und zu unterdrücken. Es scheint so, als ob die AKP-Regierung auch in Zukunft, trotz ihrer Äußerungen zur Existenz der kurdischen Frage, an der Vernichtung der kurdischen Bewegung festhält. Es gibt keine andere Erklärung für die Ablehnung selbst der bescheidensten Projekte unseres Vorsitzenden zur Anerkennung der kurdischen Identität und für den Versuch, ihn zu zerstören. Unser Vorsitzender ist derjenige, der Initiativen für die Einheit des kurdischen und türkischen Volkes und deren Leben in einer gleichberechtigten und freien Demokratie entwickelt. Mit welcher Logik also können solche Maßnahmen gegen unseren Vorsitzenden erklärt werden?



Murat Karayılan Foto: ANF

Manche Kreise sind der Ansicht, die PKK arbeite nur für die Freiheit Abdullah Öcalans. Dies ist korrekt, jedoch kommt seine Freiheit der Freiheit des kurdischen Volkes gleich. Diese Äußerungen sind also nur irreführende Behauptungen. Das kurdische Volk nimmt sich seiner Realität und Freiheit an, auch indem es zu seinem Vorsitzenden steht. Das Problem besteht nicht nur in der Verweigerung seines Rechts auf politische Tätigkeit. Eigentliches Ziel ist seine Vernichtung. Die Vergiftung ist bekannt. Die Fakten sprechen für einen kritischen Gesundheitszustand unseres Vorsitzenden.

Das kurdische Volk, alle demokratischen Kreise sowie alle zuständigen Institutionen müssen sich der Notwendigkeit einer sofortigen Therapie bewusst werden. Imralı ist mit seinem Klima, seinem Wasser und den speziellen Wandfarben zu einem Ort der Vergiftung geworden. Öcalan muss von dort weggebracht werden. Auf hinterhältige Weise wird ihm nach dem Leben getrachtet. Seit dem 1. März appellieren wir immer wieder an die zuständigen Stellen. Das europäische Antifolterkomitee CPT hat die Insel besucht, jedoch wurde bisher kein Bericht über die Untersuchungsergebnisse veröffentlicht. Daher rufen wir nochmals den Europarat und alle zuständigen Institutionen zur Intervention auf. Das Leben unseres Vorsitzenden ist ernsthaft gefährdet.

Es muss endlich ein Ende haben, den Menschen darf nicht so viel zugemutet werden. Mit der Würde eines Volkes darf man so nicht umgehen. Wenn sich der chauvinistisch-türkische Hass dermaßen gegen unseren Vorsitzenden richtet, sind Feindschaft und Krieg zwischen den Völkern unumgänglich. Auch unser Volk ist zu höchster Aufmerksamkeit aufgefordert.

Es gibt Hinweise auf den Einsatz chemischer Waffen im Kampf der türkischen Armee gegen die Guerilla. Zudem werden die Wälder in Brand gesetzt. Was sagen Sie vor diesem Hintergrund zu den Angriffen?

Wir bringen immer wieder zum Ausdruck, dass der türkische Staat systematische Angriffe und Vernichtungspläne gegen die kurdische Freiheitsbewegung einsetzt. Bei genauerem Hinsehen erkennt man, dass die Maßnahmen auf Imralı denen gegen die Guerilla gleichen. Fakt ist beispielsweise die Vergif-

tung von Guerillaangehörigen, Fakt ist auch der Einsatz von Agenten, um in unseren zentralen Lagern unsere Führungsebene zu vergiften. Hinzu kommt die Behauptung, dass noch anderweitige Waffen eingesetzt werden, doch habe ich dafür keine Belege. Wenn sie allerdings behaupten, unschuldig zu sein, könnten sie internationale Institutionen zu Recherchen einladen. Warum machen sie dies nicht? Stattdessen leiten sie Verfahren gegen diejenigen ein, die diese Vorwürfe äußern. Erst einmal müssten diese untersucht werden, bevor Konsequenzen gezogen werden. Ohne jegliche Untersuchung wurden Verfahren gegen Funktionäre der DTP eingeleitet. Wenn dies keine Repression ist und kein Versuch, sie zum Schweigen zu bringen, was dann?

Wenn es Menschenrechtsvereine, demokratische Kreise und Umweltorganisationen in der Türkei gibt, so appelliere ich hiermit an alle diese. In Diyarbakır, Şirnak, Siirt, Bingöl und Dersim brennen Wälder, unser Land soll unfruchtbar gemacht werden. Wo sind die Umweltaktivisten? Alle Lebewesen und Wälder will man zerstören, mit Staudämmen die historische Vergangenheit, den kulturellen Reichtum und die Zukunft des Landes vernichten. Alle Kurden müssen gegen die Staudämme in Kurdistan kämpfen. Unser Land soll auf diese Weise unbewohnbar gemacht werden.

Kurdistan ist in jeder Hinsicht Angriffen ausgesetzt. Jeder Berg, jeder Stein, jeder Wald und alle seine Menschen sind bedroht. Dies ist das Vorgehen der AKP in Kurdistan. Außenminister Gül wollte mit seinem Besuch in Kurdistan die militärischen Kräfte, die diese Vernichtung betreiben, moralisch unterstützen. Das kurdische Volk hat er dazu aufgerufen, den Staat zu schützen. Würden die kurdischen Patrioten die Wälder im Westen der Türkei in Brand stecken, gäbe es da noch Wälder? Der Krieg gegen die kurdische Befreiungsbewegung muss gewissen Regeln unterliegen. Ihr sprecht ständig von Brüderlichkeit. Was haben Waldbrände, Vergiftung und Ermordung von Jugendlichen mit Geschwisterlichkeit zu tun?

Die Diskussionen um den Verfassungsentwurf der AKP nehmen zu. Wohin sollen sie führen?

Die Diskussionen werden nicht auf der richtigen Grundlage geführt und wichtige Themen werden ausgeklammert. Will die Türkei eine demokratische Gesellschaft werden und eine zivile Verfassung schaffen, muss sie eine korrekte Sichtweise auf die kurdische Frage, welche ja einen gesellschaftlichen Konflikt darstellt, entwickeln. Zahlreiche Wissenschaftler und Politiker überspielen dieses Problem, denken jedoch, eine demokratische Verfassung schaffen zu können. Ohne das Identitäts- und Kulturproblem von zwanzig Millionen Kurden zu lösen, sind Frieden und eine zivile Verfassung in der Türkei nicht möglich. Alle auf der Verleugnung der Kurden beharrenden Dokumente müssen militärisch durchgesetzt werden. Somit sind sie nicht zivil, sondern militärisch. Eine die Kurden verleugnende Haltung kann keine demokratische sein. Auch wenn die Demokratie behauptet wird, wird es in der Türkei zu Konflikten und Auseinandersetzungen kommen, da das von kurdischer Seite nicht akzeptiert wird. Die Kurden werden kein Gesetz und keine Maßnahme akzeptieren, welche sie verleugnen. Wir leben im 21. Jahrhundert, nirgendwo gibt es Verbote gegen Sprachen. Eine auf Vernichtung gesellschaftlicher Kultur ausgerichtete Politik ist längst überholt. Die türkische Republik übersieht dies jedoch bewusst.

Mit der Kopftuchdebatte wird die Diskussion um die Verfassung erstickt. Für uns ist jedoch die kurdische Frage zentrales Problem der Türkei. Wir sprechen daher von einer demokratischen Türkei. Unser Projekt der demokratischen Republik ist überaus wichtig. Es ist die einzig richtige Alternative zum engstirnigen, verleugnenden Islam, der sich aus dem Scheriats-Recht speist.

Es ist Realität, dass die Ansichten des politischen Islam und der chauvinistisch-nationalistischen Kreise nichts mit Demokratisierung zu tun haben. Für die Türkei ist eine demokratische Verfassung notwendig, auf die sich alle sozialen, ethnischen und kulturellen Kreise einigen. Ohne eine Lösung der kurdischen Frage ist Demokratie in der Türkei nicht möglich. Stattdessen konzentriert man sich jedoch auf das Kopftuch, sicherlich auch ein Problem der Türkei, aber so als ob dessen Lösung alle anderen Probleme lösen könnte. Für ein demokratisches Land ist mehr Objektivität gefordert.

Das Kerkük-Referendum wird wahrscheinlich verschoben. Welche Gründe gibt es hierfür? Welche Haltung werden Sie dazu haben?

Als Bewegung sind wir der Meinung, dass Grenzen ihre Bedeutung einbüßen und nationalstaatliche Grenzen längst überwunden worden sind. Aus der Perspektive des demokratischen Konföderalismus erscheint uns diese Herangehensweise korrekt. Doch können wir dieses Thema nicht unter diesen Gesichtspunkten bewerten. Denn dieser Konflikt betrifft nicht Grenzen. Es ist auch kein Städteproblem. Es ist keine Frage, welchem Land oder Volk diese Stadt angehört. Wir respektieren den Willen aller Gesellschaften und ethnischen Gruppen. Wir richten uns nach dem Grundsatz eines gleichberechtigten und freien Zusammenlebens aller Völker. Doch die Kerkük-Frage übertrifft all dies. Das anti-kurdische Bündnis sieht in der Kerkük-Problematik die Frage, ob das kurdische Volk seinen Willen bekommt oder nicht. Daher geht es um die politische Willensbildung des kurdischen Volkes, die dem Bündnis ein Dorn im Auge ist. Kerkük soll wegen seiner Reichtümer vom Gebiet Kurdistan abgespalten werden, um den Kurden eine ökonomische und gesellschaftliche Struktur vorzuenthalten, mit der sie sich selbst behaupten können.

Die Politik dieser Kreise kann man so charakterisieren: Erstens will man der PKK, die in den anderen Teilen Kurdistans einen Befreiungskampf führt, einen Schlag versetzen, zweitens soll eine Anbindung der Kerkük zugehörigen Städte wie Şengal, Maxmur und Xaneqin an Kurdistan verhindert werden. Damit soll das kurdische Volk fortwährend an sich gebunden und damit besser beherrscht werden können. Mit der Unterdrückung der Befreiungsbewegung in den anderen Landesteilen und der Abspaltung Kerküks von Kurdistan

glauben sie, das Gebiet Kurdistan besser kontrollieren zu können. Wir sind daher der Auffassung, dass in der Kerkük-Frage eine nationale Politik entwickelt werden muss.

Nach Artikel 140 der irakischen Verfassung sollte das Referendum bis Jahresende durchgeführt werden. Voraussetzung hierfür ist jedoch die Überwindung der Folgen der Politik Saddam Husseins, welche die demographische Zusammensetzung verändert hatte. Zunächst hätte die zwangsweise umgesiedelte kurdische und turkmenische Bevölkerung zurückgeführt und die aus anderen Gebieten dort angesiedelte arabische Bevölkerung unter Berücksichtigung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse in ihre ursprünglichen Orte zurückgebracht werden müssen. Auch die Volkszählung hätte korrekter durchgeführt werden müssen. Die regionalen Hegemonialstaaten, die am Status quo festhalten, insbesondere die Türkei, versuchen mit terroristischen Angriffen, die Vorbereitungsphase für das Referendum zu sabotieren. Gegen diese Angriffe und für die Schaffung der Grundlagen des Referendums hätten Vorkehrungen getroffen werden müssen.

Auch die USA orientieren ihre Politik an ihren eigenen Bedürfnissen. Zum einen geben sie vor, Stabilität und Ordnung in der Region schaffen zu wollen, zum anderen berücksichtigen sie die Anforderungen der Kräfte, die gegen eine solche Ordnung sind. Dies verstärkt die Instabilität und führt zu keiner Lösung. Die Verschiebung des Referendums wird eine äußerst gefährliche Situation schaffen.

Wie bewerten Sie die Aussage des irakischen Staatschefs und YNK-Vorsitzenden Celal Talabani, der legitime Verteidigungskampf Ihrer Bewegung sei antidemokratisch, vor dem Hintergrund der Wahl Abdullah Güls zum Staatspräsidenten, der gemeinsamen iranischen und türkischen Armeeangriffe sowie der Verschiebung des Referendums?

Sicherlich kann sich jeder kurdische Politiker zum gesamten Kurdistan äußern. Es ist jedoch unangebracht, über eine Bewegung in einem Teil Kurdistans, die mit viel Mühe und Einsatz arbeitet, einen solchen Kommentar abzugeben. Allein aus Respekt gegenüber den Menschen und ihrem Willen in diesem Teil Kurdistans, aber auch aufgrund der starken Repressalien, denen die Menschen, welche sich mit viel Kraft engagieren, ausgesetzt sind, sollte man vorsichtiger sein mit solchen Äußerungen. Zudem muss man sich die Geschichte und die Wirkung des kurdischen Kampfes vor Augen halten. Dieser Kampf in der Türkei ist ein Kampf für die Demokratisierung des Landes. Es war das kurdische Volk, das sich gegen das faschistische Regime des 12. September erhoben hat. Die Befreiungsbewegung unter der Führung der PKK hat den Faschismus des 12. September durchbrochen und damit zur demokratischen Öffnung beigetragen. Von diesem Tag an hat der Kampf der Kurden immer der Demokratisierung gedient.



Sicherheitsmaßnahmen zum Besuch des Außenministers Gül in Urfa Foto: DIHA

Im selben Interview behauptete Talabani mit Hinweis auf den Stimmenanteil der AKP bei der Wahl, sie sei nicht nationalistisch.

Man muss die AKP richtig bewerten. Die AKP-Führung ist unter den politischen Kräften in Südkurdistan gut bekannt. Man lässt sich von einigen liberalen Äußerungen täuschen. Im Grunde unterscheidet sich die Politik von AKP und Militär in strategischer Hinsicht nicht viel. Das Militär will das kurdische Volk vernichten und seinen Willen brechen. Dies nicht nur militärisch, denn auch die Armee arbeitet politisch. Politisch, militärisch und kulturell bildet die Vernichtungspolitik die Grundlage für das Konzept sowohl der Armee als auch von CHP und MHP. In der Konzeption der AKP kommt hinzu, dass nicht alles mit Gewalt vernichtet werden muss, sondern auch langsam zersetzt werden kann. Die AKP glaubt, die Kurden aufgrund ihrer mehrheitlichen Zugehörigkeit zum Islam vom nationalen Kampf trennen zu können, indem sie ihnen die Hand ausstreckt, den Armen zu essen gibt und sich ihnen mit islamischen Floskeln nähert. Die AKP betreibt eine Politik wie im Osmanischen Reich.

Einigen politischen Aussagen Güls und durch verschiedene Ordensgemeinschaften vermittelten Botschaften der AKP wird Glauben geschenkt. Zudem arbeitet die AKP für den Machtausbau einiger kollaborierender Feudalherren.

Durch die Unterstützung einiger islamischer Organisationen versucht die AKP, die Autonomieregierung in Südkurdistan auszuhebeln. Dies wird jedoch nicht gesehen. Meiner Meinung nach können die südkurdischen Politiker das System der Republik Türkei und seine verschiedenen politischen Richtungen nicht ausreichend analysieren. Daher haben sie auch eine falsche Herangehensweise an die AKP.

Die AKP hat sich in der Kurdistan-Frage mit Staat und Armee geeinigt. In diesem Rahmen wurde Gül als Staatspräsident akzeptiert. Das wäre ohne diesen Konsens nie zustande gekommen.

Die Rede des türkischen Generalstabschefs Yaşar Büyükanıt bei seinem Amtsantritt im vergangenen Jahr und verschiedene Presseerklärungen in den USA und der Türkei beschreiben die Strategie der türkischen Politik in der kurdischen Frage. Diese Strategie zielt nicht nur auf die PKK ab, sondern auch auf die Autonomieregierung in Südkurdistan: „Die Vernichtung der PKK reicht nicht aus, man muss die Perspektive Kurdistan aus dem Weg räumen."

Herr Talabani hat gesagt: „In Diyarbakır hat die DTP vier Abgeordnete, die AKP acht ins Parlament geschickt, somit stellt die AKP die Zukunft der Region dar." Hier liegen falsche Zahlen vor. Zudem konnten aufgrund der antidemokratischen 10-%-Hürde nicht alle DTP-Kandidaten bei der Wahl berücksichtigt werden. Das wird außer Acht gelassen.

Eine Gruppe kurdischer Abgeordneter ist ins Parlament gezogen. Das ist ein Erfolg der Befreiungsbewegung und wurde mit viel Anstrengung und Kraft erreicht. Um die Repräsentanz dieses Willens zu verhindern, waren viele Hindernisse geschaffen worden, die allerdings überwunden werden konnten. Diese Gruppe steht jetzt unter großem Druck. Um sie zu beseitigen und zu entmachten, wurden zahlreiche Verfahren gegen sie eingeleitet, zudem sind sie psychischem Druck ausgesetzt. Daher ist eine nationale Politik erforderlich sowie die Unterstützung des demokratischen Kampfes.

Den Demokratiekampf in Nordkurdistan als antidemokratisch zu bezeichnen entspricht nicht der Realität. Denn er ist legitim. Kurdische Jugendliche werden mit chemischen Waffen hingerichtet. Diese Jugendlichen werden sich selbstverständlich verteidigen. Unsere Bewegung hat, wie allen kurdischen und internationalen Kräften bekannt ist, im Oktober 2006 einen Waffenstillstand ausgerufen. Jedoch konnte niemand die Angriffe der türkischen Armee verhindern. Für eine korrekte Politik sind diese Tatsachen zu berücksichtigen.

Sind die Angriffe in Şengal, Kerkük, Şirnak und Siirt nicht terroristische Akte? Der Staat übt Terror aus. Die Kurden sagen: „Wir sind auch ein Volk, wir wollen unsere Sprache sprechen, unsere Kultur ausüben. Wir wollen mit unserer Identität leben. Sie können uns nicht zwangsweise zu Türken, Arabern, Persern machen." Daher sind sie Angriffen ausgesetzt. Ist es terroristisch, sich dagegen zu verteidigen?

Der türkische Staatspräsident Gül hat angedeutet, sich eventuell mit dem irakischen Staatschef Talabani zu treffen. Bedeutet dies eine Änderung der Haltung der Türkei zu Südkurdistan?

Dass Herr Talabani zum Staatspräsidenten des Irak gewählt wurde, hat bei den Kurden Erwartungen geweckt. Ein kurdischer Staatspräsident ist von großer Bedeutung, und dies muss korrekt bewertet werden. Dagegen hat der türkische Staat Stellung bezogen. Der Ministerpräsident und der stellvertretende Staatspräsident werden in die Türkei eingeladen, der Staatspräsident jedoch nicht, allein wegen seiner kurdischen Identität. In der Türkei will niemand mit ihm zusammentreffen, er wird sogar von staatlichen Funktionsträgern als „Clanchef" beleidigt. Diese Haltung erniedrigt das kurdische Volk. Selbst Erdoğan hat das noch vor zwei Monaten wiederholt, ähnlich der ehemalige Staatspräsident Sezer. Jetzt gab es einen Wechsel des Staatspräsidenten und Herr Talabani sagt: „Wenn ich eingeladen werde, gehe ich ohne zu zögern." Dies ist meiner Meinung nach falsch und im Hinblick auf eine nationale kurdische Haltung unzureichend. Ich bin der Auffassung, dass Herr Talabani einer Einladung nicht folgen, sondern zunächst eine Entschuldigung verlangen sollte. Die Regionalstaaten sind gewohnt, die Kurden als Spielfiguren zu gebrauchen. Dem muss ein Ende gemacht werden.

Wir wünschen uns eine gute Beziehung zwischen den Kurden und der Türkei. Wir denken, dass beide hiervon profitieren.

Auch Herr Öcalan hat sich zum politischen Islam geäußert. Wie stehen Sie dazu?

Wir lehnen einen politischen Islam ab, akzeptieren jedoch einen kulturellen Islam. Die religiösen Gefühle unserer Menschen dürfen von niemandem missbraucht werden. Wir sind eine Bewegung, die eine emotionelle Haltung in Anlehnung an die Religions- und Gewissensfreiheit sowie die Etablierung einer korrekten islamischen Sichtweise in der Gesellschaft schätzt. Der politische Islam will sich dauerhaft als Herrschaft etablieren. Eine liberale Islampolitik der AKP blendet vor allem internationale und auch andere Kreise. Es gibt keinen radikalen oder liberalen Islam, beide haben dieselben Wurzeln. Man bezeichnet es als liberalen Islam und anschließend kann sich die Hizbullah oder die El-Kaida dahinter verbergen. Von daher ist das Bestreben der USA, gegen den radikalen Islam einen liberalen zu schaffen, zum Scheitern verurteilt.

Gibt es auch in anderen Teilen Kurdistans den Versuch, die Gesellschaft mit Religion zu beeinflussen?

Alle Staaten, die Kurdistan unter ihrer Kolonialherrschaft halten wollen, nutzen die religiösen Gefühle der Kurden aus. Dies wird beispielsweise in Ost-Kurdistan sehr intensiv praktiziert. Auch in West- und Süd-Kurdistan versucht man auf diese Weise, die Menschen von der Bewegung zu trennen.

In den Teilen der Gesellschaft, in denen dies so nicht verfängt, versuchen sie, die Menschen durch Drogen, Prostitution etc. zu erniedrigen. Daher sind die nationalen demokratischen kurdischen Kräfte gefordert, die Gesellschaft ideologisch, politisch und gesellschaftlich zu schützen. ♦

Geschichte und Gegenwart des Komplotts gegen Abdullah Öcalan

Kampagne zum Schutz von Abdullah Öcalan begonnen

Nalin Penaber, Halit Ermiş (ANF), Zağros (08.10.2007)

Es sind jetzt neun Jahre seit dem internationalen Komplott gegen Abdullah Öcalan vergangen. Seit seiner rechtswidrigen Verschleppung am 15. Februar 1999 aus Kenia in die Türkei wird er als einziger Gefangener unter scharfen Isolationshaftbedingungen auf der Gefängnisinsel Imralı festgehalten. Der Exekutivratsvorsitzende der *Vereinigten Gemeinschaften Kurdistan* (KCK), Murat Karayılan, Exekutivratsmitglied Mustafa Karasu und Besê Şimal von der Koordination der Exekutive der *Koma Jinên Bilind* (KJB) bewerteten das Komplott und den Gesundheitszustand von Abdullah Öcalan.

34 Staaten am Komplott beteiligt

Murat Karayılan sieht durch die Tatsache, dass die Einzelheiten des Komplotts noch immer nicht aufgedeckt werden konnten, bewiesen, wie umfangreich es war: „Nach Recherchen eines Journalisten waren 34 Staaten am Komplott beteiligt. Einige haben den Boden bereitet, andere haben aktiv daran teilgenommen. Trotz Konflikten trafen sich die Interessen dieser Staaten an einem Punkt und das Vorhaben einer breiten Staatengruppe wurde realisiert. Ich bin mir sicher, dass in Zukunft das Komplott mit all seinen Ebenen aufgedeckt werden wird."

Auf unsere Frage, warum das bis heute noch nicht passiert ist, führt er zwei Gründe an: „Es gibt ein schmutziges Abkommen gegen die Freiheitsbestrebungen eines Volkes. Ein Volk wird den Interessen geopfert. Wegen dieser schmierigen Übereinkünfte, die internationalem Recht, der Menschlichkeit und den Werten unserer Zeit widersprechen, kommen die bislang verborgenen Aspekte des Komplotts nicht ans Tageslicht. Der zweite Grund liegt im anhaltenden Kampf der kurdischen Freiheitsbewegung. Unsere Bewegung ist eine Kraft, die bei der Festlegung des Gleichgewichts in der Region eine Rolle spielt. Folglich müssen die irgendwie in das Komplott involvierten Staaten die Existenz dieser Kraft beachten und versuchen, sich bedeckt zu halten. Wäre es gänzlich erfolgreich verlaufen, gäbe es keine Geheimniskrämerei."

PKK ist im Mittleren Osten ein anderer Faktor

Die kurdische Freiheitsbewegung stehe im Mittleren Osten außerhalb der direkten Konfrontation zwischen den regionalen Staaten, die sich an den Status quo klammern, einerseits und den dagegen kämpfenden Kräften und deren Unterstützern andererseits: „Wenn sich unsere Bewegung auf eine dieser Seiten schlagen sollte, würde das eine Störung der bestehenden Balance bedeuten. Aber dadurch, dass sie als eine stabile und willensstarke dritte Linie unabhängig ist, hat sie vor allem in Kurdistan eine andere Gewichtung geschaffen. Weil aber unsere Bewegung eine eigenständige Kraft darstellt, lässt diese Situation nicht zu, dass die am Komplott beteiligten Kräfte ans Tageslicht kommen. Die am Komplott beteiligten Kräfte nahmen unseren Vorsitzenden gefangen und versetzten somit unserer Bewegung einen Schlag. Aber sie hat es geschafft, sich zu sammeln. Unser Vorsitzender entwickelte gegen das Komplott eine neue Linie, zwang das demokratische Lösungsprojekt für die kurdische Frage auf und verfolgte auf Imralı eine konsequente, an Prinzipien gebundene und beharrliche, zugleich bedeutende Widerstandslinie. Er hat auch unter diesen sehr schwierigen Umständen eine Kraft entwickelt. Auf seiner Linie haben die Bewegung und das Volk ihren Kampf geführt und somit die Einheit zwischen dem Vorsitzenden, der Partei und dem Volk hergestellt. Mit einer richtigen Politik hat unser Vorsitzender der Bewegung die Erneuerung ermöglicht und zugleich die Grundlage, die Perspektive und die Kraft geschaffen, auf der sie sich gegen Angriffe von innen und außen verteidigen und auf den Beinen halten konnte. In diesem Sinne wurde der Erfolg des internationalen Komplotts verhindert. Aber das bedeutet nicht dessen vollständige Überwindung. Es hält in unterschiedlichen Formen und unter unterschiedlichen Bedingungen an."

Neue Angriffe, neue Allianzen

Karayılan: „Es scheint, dass der türkische Staat ein neues Angriffskonzept begonnen hat, nachdem er feststellen musste, dass das Komplott vom 9. Oktober *[1998]* erfolglos blieb. Der Vorstoß unserer Bewegung vom 1. Juni 2004 hat auf nationaler und internationaler Ebene zunehmend Wirkung gezeigt, so dass sie 2006 von unterschiedlichen Seiten für einen kurdisch-türkischen Frieden zu einem Waffenstillstand aufgeru-

fen wurde. Die Botschaft wurde vermittelt, dass sie ihre frühere Kraft wiedererlangt hat und ein Lösungsakteur ist“, so Karayılan. Deswegen sei der türkische Staat regelrecht in Panik geraten. Anstatt den Waffenstillstand zu akzeptieren, habe er erneut angegriffen und den strategischen Entschluss gefasst, die kurdische Freiheitsbewegung zu liquidieren. Auf dieser Grundlage sei seine Allianz mit dem Iran und Syrien mit einem neuen anti-kurdischen Konzept gegen die PKK fortgeschrieben worden.

Freiheit Öcalans ist das Ziel

Karayılan weiter: „Wir als Bewegung wollen das zehnte Jahr des internationalen Komplotts vom 9. Oktober in das Jahr der Freiheit unseres Vorsitzenden verwandeln. Wir als Militante und Genossen unseres Vorsitzenden haben ihm durch unzureichende Genossenschaft den Weg nach Imralı eröffnet. Unsere Hauptaufgabe besteht darin, diese zu überwinden und mit einem tadellosen Kampf und seiner Führungskraft den Befreiungskampf seinem Sieg näher zu bringen. In diesem Sinne haben wir eine Kampagne zur Vereinigung und Integration mit dem Vorsitzenden gestartet, eine Kampagne zum Schutz seines Lebens.“

Öcalan ist legitimer Vertreter des kurdischen Volkes

Murat Karayılan erinnert daran, dass 2006 bei einem Referendum 3,5 Millionen Menschen Öcalan zu ihrem legitimen politischen Vertreter erklärt hatten. Auf unsere Frage, warum die gerade gestartete Kampagne zum Schutz von Öcalans Leben nicht dann begonnen wurde, als seine Vergiftung bekannt geworden war, antwortete er: „Wir versuchten damals vordergründig, den Vorfall aufzudecken. Mit Aktionen, auch denen unserer Bevölkerung, versuchten wir zu erreichen, dass eine unabhängige Delegation den Gesundheitszustand unseres Vorsitzenden untersucht. Seit dem Bekanntwerden der Vergiftung sind jetzt sieben Monate vergangen. In dieser Zeit ist zwar eine Abordnung (das europäische Antifolterkomitee CPT) auf Imralı gewesen, aber die Untersuchungsergebnisse wurden bislang nicht veröffentlicht. Wir bewerten das so, dass bislang noch nichts unternommen worden ist, um eine Behandlung zu beginnen. Auch gibt es dazu keine Erklärung des CPT. In dieser Zeit hat sich unser Verdacht einer Vergiftung erhärtet. Obwohl unser Vorsitzender unmenschlicher Behandlung ausgesetzt ist, wurde eine entsprechende Therapie noch nicht aufgenommen. Das Leben eines Repräsentanten, den 3,5 Millionen Menschen zu ihrem politischen Vertreter erklärt haben, soll Schritt für Schritt ausgelöscht werden. Undenkbar, vor diesem Hintergrund nicht zu handeln. Aus diesem Grunde sagen wir: Es reicht, und beginnen diese Kampagne.“

Bunkerstrafen sind ideologische und politische Angriffe

Mustafa Karasu weist darauf hin, dass in der Türkei kein anderer Gefangener aufgrund der für Herrn Öcalan geltenden Begründungen mit Bunkerhaft belegt werde: „Die Begründungen sind einmalig. Zudem ist er der einzige Gefangene auf der Insel. Es ist ja kein Gefängnis, in dem er andere Gefangene zum Aufstand anstachelt. Folglich sind die Bunkerstrafen gegen ihn restlos ideologisch und politisch motiviert. Sie werden als Teil des Vernichtungskonzeptes gegen das kurdische Volk angewandt und stehen in unmittelbarer Beziehung zu den Militäroperationen des türkischen Staates und zur antikurdischen Politik, die im Mittleren Osten entwickelt wird. Sie werden immer im Zusammenhang mit politischen und militärischen Angriffen gegen die kurdische Befreiungsbewegung aktuell. Oder jede Art von Operation oder Angriff wurde draußen verstärkt, um den Willen und die Kraft unseres Vorsitzenden auf Imralı zu brechen, wurde quasi auf Imralı reflektiert. Und jeder Angriff auf die Gesundheit und das Leben unseres Vorsitzenden auf Imralı verläuft parallel mit ideologischen, politischen und diplomatischen Vernichtungsbestrebungen gegen die Freiheitsbewegung.“



Demonstration in Adana zum Jahrestag des 9. Oktober — Foto: DIHA

Türkei negierte EGMR-Urteil

Die Verfahren des kurdischen Volksvertreters in Europa seien nicht als die eines Volkes, sondern ausschließlich im Rahmen des individuellen Rechts behandelt worden. Aber auch das Individualrecht sei im Endeffekt nicht eingehalten worden. Die Türkei habe das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte missachtet, erklärt Karasu: „Obwohl der EGMR eine Wiederaufnahme des Verfahrens forderte, ist die Türkei dem nicht gefolgt. Somit hat sie offen gezeigt, dass das internationale Recht für sie keine übergeordnete Stellung besitzt, sie folglich nicht bindet und sie es nicht umsetzen wird. Aber dass diese Missachtung des EGMR-Urteils vom Europarat honoriert wurde, hat gezeigt, dass es auch für Europa keine große Bedeutung hat, wenn es um die Kurden geht. Es wurde erneut bewiesen, dass das Recht, die Prinzipien und die Gesetze beiseitegeschoben werden, wenn es um die kurdische Frage und um den Vorsitzenden geht. Man beachte, dass die Angriffe gegen unseren Vorsitzenden zugenommen haben, nachdem Europa sich nicht gegen die Missachtung durch die Türkei verhielt. Die Türkei hat gesehen, dass jede Art von Angriff und Rechtswidrigkeit durch Europa gebilligt wird, und hat entsprechend gehandelt."



Demonstration in Brüssel – Freiheit für Öcalan Frieden in Kurdistan Foto: Archiv

Europa verletzte eigenes Recht

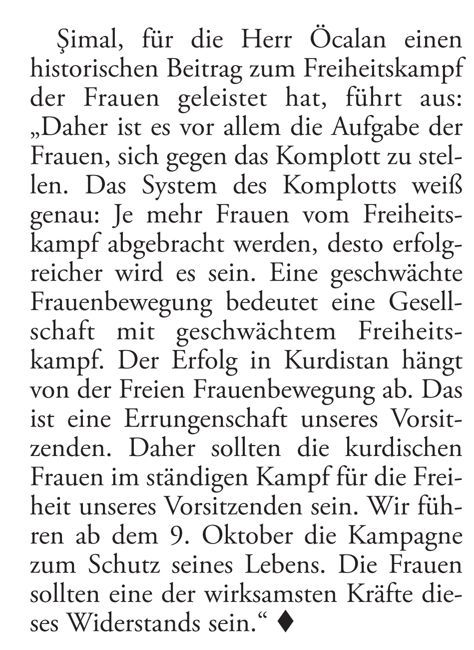
„Der Grund, warum der Vorsitzende immer wieder auf die Klage in Athen verweist, liegt darin, dass dieses Verfahren aufdecken wird, inwieweit Europa Recht achtet oder nicht. Was z. B. Dänemark oder die Niederlande aus Sicht Europas darstellen, gilt auch für Griechenland. Europas Grundsätze sind überall die gleichen und gültig. In keinem Land kann ein Mensch ohne Gerichtsbeschluss des Landes verwiesen werden, es stellt ein Vergehen dar. Dabei wurde unser Vorsitzender in Griechenland ohne irgendeinen Rechtsbeschluss und gegen seinen Willen aus dem Land gebracht. Das ist eine Verletzung europäischen Rechts. Die Klage in Athen ist wichtig, um zum einen dies zu beweisen und zum anderen die politische Dimension seiner Verschleppung aufzuzeigen. Wenn er mit einer Piratenaktion aus Athen herausgebracht wurde, so wird seine Verschleppung in die Türkei ebenfalls als rechtswidrig gelten. Somit wäre auch der Prozess gegen unseren Vorsitzenden in der Türkei ungültig", so Karasu.

Öcalan muss nach Europa überführt werden

Wenn das Recht beachtet würde, so müsste Öcalan, der unter dem Schutz europäischen Rechts stand, als er in die Türkei verschleppt wurde, umgehend an das europäische Land überführt werden, in dem er einen Asylantrag gestellt hatte. Karasu weiter: „Weil dem so ist, tun die Gerichte in Europa, das Gericht in Athen sich schwer, ein klares Urteil zu fällen. Denn weder ein Gericht noch ein Staat kann Beweise vorlegen, dass der Vorsitzende rechtmäßig aus Griechenland geschafft wurde. Um festzustellen, dass er infolge einer internationalen Piratenaktion entführt wurde, erachtet unser Vorsitzender den Prozess in Athen als wichtig."

Die Vergiftung ist Mord

Besê Şimal erläutert, dass das System in Imralı durch internationale Kräfte, in erster Linie die USA, die EU-Staaten, Israel, sowie den türkischen faschistischen Staat aufgebaut wurde, und ergänzt: „In der Türkei wird dies von Armee, AKP, MHP und CHP angeführt. Gegenwärtig werden alle diese Kräfte von der AKP vertreten. Sie haben in einem Bündnis Imralı geschaffen. Sie haben Strategie und Konzept beschlossen und die Art der Ausführung geklärt. Nun ist die AKP verantwortlich für die tägliche Umsetzung des Konzepts. Die Vergiftung ist Mord. Diejenigen, die diese Vergiftung geplant und durchgeführt haben, sind Mörder. Die AKP, die den Part der täglichen Umsetzung hat, ist der Hauptmörder."



Şimal, für die Herr Öcalan einen historischen Beitrag zum Freiheitskampf der Frauen geleistet hat, führt aus: „Daher ist es vor allem die Aufgabe der Frauen, sich gegen das Komplott zu stellen. Das System des Komplotts weiß genau: Je mehr Frauen vom Freiheitskampf abgebracht werden, desto erfolgreicher wird es sein. Eine geschwächte Frauenbewegung bedeutet eine Gesellschaft mit geschwächtem Freiheitskampf. Der Erfolg in Kurdistan hängt von der Freien Frauenbewegung ab. Das ist eine Errungenschaft unseres Vorsitzenden. Daher sollten die kurdischen Frauen im ständigen Kampf für die Freiheit unseres Vorsitzenden sein. Wir führen ab dem 9. Oktober die Kampagne zum Schutz seines Lebens. Die Frauen sollten eine der wirksamsten Kräfte dieses Widerstands sein." ♦

Weitere Praxis des schmutzigen Krieges des türkischen Staates aufgedeckt

Die Giftpraktiken des JİTEM – Todesschwadronen sagen aus

Quellen: ANF, Yeni Özgür Politika

Die kurdische Freiheitsbewegung hat eine weitere Methode des schmutzigen Krieges des türkischen Staates aufgedeckt. Mitglieder von Todesschwadronen des illegalen militärischen Geheimdienstes JİTEM, die bei der Guerilla in den kurdischen Bergen festgenommen wurden, berichteten, wie sie angeworben wurden, wie dieser arbeitet und mit welchem Auftrag sie in die Bewegung eingeschleust wurden.

Wie in der übrigen Welt werden auch in der Türkei Todesschwadronen gegen revolutionäre Bewegungen seit 1970 eingesetzt. Vor allem seit der Aufnahme des bewaffneten Kampfes der PKK im Jahr 1984 setzte der türkische Staat auf einen Krieg mit unvorstellbar schmutzigen Methoden. Tausende Dörfer wurden in Kurdistan zerstört, unzählige Menschen ermordet. Attentate wurden in staatlichem Auftrag verübt von offiziell nicht existierenden Organisationen wie JİTEM, JİT, TİT. Im Kampf gegen die Guerilla wurden keinerlei Regeln eingehalten. Lebend festgenommene Guerillakämpfer wurden nach ihrer Festnahme liquidiert, chemische Waffen bei den Militäroperationen eingesetzt, Leichname gefallener Guerillakämpfer geschändet, einige gar enthauptet. Auch in den 2000er Jahren hält der türkische Staat am schmutzigen Krieg fest. Teil dessen ist die gezielte Entsendung von JİTEM-Agenten mit Attentatsaufträgen in die von der kurdischen Guerilla gehaltenen Medya-Verteidigungsgebiete. Einige dieser Agenten wurden enttarnt und festgenommen. Ihre Aussagen belegen die Vielschichtigkeit der Kontraguerillaaktivitäten.

Sie berichteten u. a. über die Ausweitung des Agentennetzes in Kurdistan. Danach spielen beim Aufbau eines solchen Netzes Regierung, Generalstab, Inlandsnachrichtendienst MIT, Gouverneure, Gefängnisleiter, Bildungseinrichtungen und Medien eine Rolle. Wegen der Ähnlichkeit der Aussagen ist davon auszugehen, dass die Organisierung zentral gelenkt wird.

Wen rekrutiert JİTEM?

Es werden überwiegend kurdische Jugendliche ausgesucht. Mal wird ihnen Geld versprochen, mal werden sie eingeschüchtert und mit Gewalt bedroht. Sie sollen durch Folter und Vergewaltigung gebrochen werden. Wer ins JİTEM-Netz gerät, erhält erst kleine Aufgaben, später werden sie mit ihrem eigentlichen Auftrag konfrontiert. Die Agenten, die in die Medya-Verteidigungsgebiete geschickt werden, sollen hochrangige Vertreter der Bewegung durch Attentate oder Vergiftung töten oder die Stellungen der Guerilla enttarnen. Des Weiteren haben sie Informationen zu sammeln, der Guerilla zu schaden und Misstrauen zu säen.

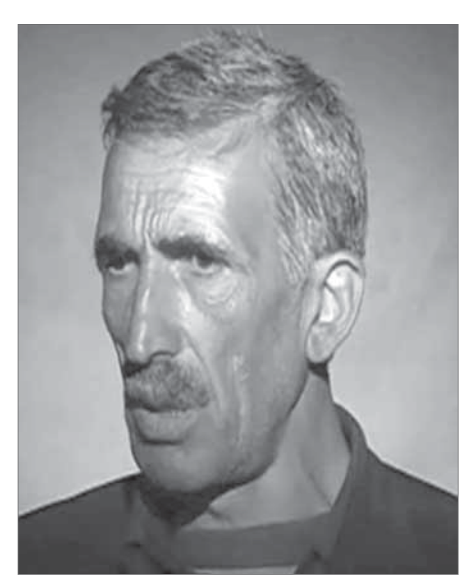
Efkan Alan bei Agentenschulung

Die Agenten sagten aus, dass Efkan Alan, ehemaliger Gouverneur von Diyarbakır und erst vor kurzem zum Staatssekretär des Ministerpräsidenten ernannt, an der Agentenausbildung teilgenommen habe. Alan, lange in Diyarbakır und Batman im Amt, gilt als enger Vertrauter Erdoğans. Bislang gab es dazu keinerlei Äußerung von der Regierung oder Alan.

Strategische Stellungen enttarnen

Çinar Tolhildan, Mitglied der Untersuchungskommission, erklärte der Nachrichtenagentur Firat News, die vernommenen Agenten hätten ausgesagt, entweder durch andere Agenten oder über Fernsehkanäle wie *SKY Türk* und *Haber Türk* Anweisungen erhalten zu haben. Einige sollten mit Signalgeräten (wie Handys) die strategischen Stellungen der Bewegung verraten, andere nur Aufnahmen von hochrangigen Führungspersonen und einzelnen Guerillakämpfern machen. Eine weitere Aufgabe bestand darin, Kader zu diskreditieren.

Im folgenden Auszüge aus den Geständnissen:



M. Sait Yıldırım

Es war im Juli 2006. Die Guerilla überfiel eine Baustelle im Kreis Hani, die Sait und Hayri Yıldırım gehörte, um Beschwerden aus der Bevölkerung nachzugehen. Es hieß, dass diese im Namen der Guerilla Geld in der Bevölkerung gesammelt hätten, um es in die eigene Tasche zu stecken. Während des Überfalls versucht Mehmet Kaçmaz zu flüchten. Er wird von der Guerilla gefasst und es stellt sich heraus, dass er der Neffe von Sait Yıldırım ist. Sie nehmen ihn mit, um über ihn seinen Onkel zu erreichen.

Ich kannte die Guerilla, weil sie zuvor oft in unser Dorf gekommen sind. Sie vertrauten mir. Deshalb wurde ich als Mittelsmann in dieser Geschichte ausgewählt. Die Guerilla teilte mir und Mustafa Yıldırım, dem Vater von Sait, bei einem Treffen mit, Mehmet Kacmaz werde freigelassen, wenn das für die Guerilla gesammelte Geld ausgehändigt werde.

Am nächsten Tag ging ich meiner Arbeit nach, als mir zwei Personen den Weg abschnitten, sich als Mitarbeiter des JITEM ausgaben und mich aufforderten, in ihren Wagen zu steigen. Eine weitere Person befand sich noch im Auto. Sein Name war Sakallı, der andere hieß Dr. Ahmet. Den dritten sprachen sie mit „Direktor" an. Wahrscheinlich war er der Verantwortliche. Sie brachten mich zu einem Regiment in der Nähe von Lice.

Ich wurde in einen Kellerraum gebracht, wo sie mir Filmaufnahmen zeigten, die Mustafa Yıldırım heimlich bei unserem Treffen mit der Guerilla aufgenommen haben musste. Danach sollte ich ihnen auf Landkarten Stützpunkte der Guerilla zeigen. Im Anschluss brachten sie mich zum JİTEM-Stützpunkt Seyrantepe in Diyarbakır. Sie verbanden mir die Augen und legten mich in Handschellen. Kurz danach kamen fünf Personen mit Gesichtsmasken und Handschuhen in den Raum. Sie nahmen mir die Augenbinde ab. Einer sagte: „Dieser Held bist also Du? Wie ist es möglich, dass wir Dich bis jetzt nicht gefunden haben. Wer bist Du, dass die Terroristen Dich so sehr schätzen, dass sie Dich zum Vermittler machen?" Dann fingen sie an, mich zu foltern. Einer steckte seine Waffe in mein Ohr und drohte damit, mich zu töten. Er schlug mir mit dem Waffengriff auf den Kopf. Ich wurde ohnmächtig. Als ich wieder aufwachte, war alles voller Blut.

Am gleichen Abend zeigten sie mir Aufnahmen von Folter und Vergewaltigungen. Sie vergewaltigten verletzte oder tote Guerillakämpferinnen. Guerillakämpfer wurden von Fahrzeugen zu Tode geschleift. Menschen wurden mit Gewalt in Häuser gesteckt und die Häuser angezündet. Tote Guerillakämpfer wurden aufgestapelt und verbrannt, oder es wurden ihnen Ohren, Nasen, Zungen abgeschnitten.

Sie vergewaltigten verletzte oder tote Guerillakämpferinnen. Guerillakämpfer wurden von Fahrzeugen zu Tode geschleift. Menschen wurden mit Gewalt in Häuser gesteckt und die Häuser angezündet.

Danach forderten sie mich unter Drohungen auf, für den JİTEM zu arbeiten. Ich konnte nicht mehr und willigte ein.

Später wurde ich bei Militäroperationen eingesetzt. Meine Aufgabe dabei war, die Fragen der militärisch Verantwortlichen zu beantworten und die Orte festzulegen, an denen Angriffe stattfinden sollten. Sie brachten mich zu einer Militärkommandantur, wo wir ohne Überprüfung eingelassen wurden. Mir wurden Militärkleidung, Gesichtsmaske und Handschuhe angezogen. Die anderen JİTEM-Mitarbeiter trugen die gleiche Kleidung.

Wir flogen mit einem Hubschrauber ins Operationsgebiet, wo ich sagen musste, wo sich die Guerilla befinden könnte.

Danach brachten sie mich nach Hause. Sie gaben mir ein Mobiltelefon. Am nächsten Tag riefen sie an und nannten mir einen Treffpunkt. In einem Wald zeigten sie mir ein Gerät für Ton- und Filmaufnahmen. Ich glaube, es diente gleichzeitig zur Überwachung. Außerdem gaben sie mir eine Plastikkapsel mit Gift. Beides sollte bei mir bleiben und ich sollte es benutzen, wenn die Guerilla wieder mit mir Kontakt aufnehmen sollte. Sie sagten, dass sie auch in meinem Auto eine Überwachungskamera angebracht hätten.

Am folgenden Tag wurde ich sowohl zum JİTEM-Stützpunkt als auch zum MİT-Gebäude gerufen. Es wurde eine Akte in drei Ausfertigungen von mir angelegt, eine für den JİTEM, eine für den MİT, wohin die dritte Akte ging, weiß ich nicht. Sie gaben mir den Codenamen „Heval".

Beim MİT musste ich an einer dreitägigen Schulung teilnehmen. Es kamen ca. 40–50 Leute. Einige kannte ich. Uns gegenüber saßen wichtige Leute, die uns schulen sollten. Auch der ehemalige Gouverneur von Diyarbakır, Efkan Ala, war am ersten Tag anwesend. Er erzählte uns, wie wir uns innerhalb der Bevölkerung zu verhalten hätten, wie die Menschen gelenkt, wie von ihnen Informationen gesammelt werden können und wie man sich nach einer Aktion unter das Volk mischt. In Beispielen erklärte er, wie wir dazu beitragen können, dass das Vertrauen der Bevölkerung zur Guerilla zerstört werden kann. Danach erzählte uns ein MİT-Mitarbeiter, wie wir Informationen sammeln und die Milizen außer Gefecht setzen sollten. Auch Militärs beteiligten sich an der Schulung. Uns wurde mit Filmen gezeigt, wie wir Komplotte schmieden, das Vertrauen der Guerilla gewinnen und mit welchen Methoden wir sie in Hinterhalte locken sollten. Außerdem brachten sie uns bei, Gift einzusetzen. Sie sagten, das sei die einfach-

ste Methode, niemand komme dahinter. Auch zu diesem Thema zeigten sie uns Filmaufnahmen. Ein alter Mann hatte in seinem Haus Gift in das Essen der Guerilla getan. Sie hatten ihren Tee noch in der Hand, als sie plötzlich alle der Reihe nach erstarrten. Danach kamen maskierte Sondereinheiten herein, die sagten: „Schaut, wir haben sie vergiftet wie Ratten."

Nach der Schulung drohten sie mir damit, meinen Besitz zu beschlagnahmen oder Angehörige von mir auf verschiedene Weise anzugreifen. Außerdem erläuterten sie mir die Kopfgeldliste für Guerillakämpfer. Für jeden außer Gefecht gesetzten einfachen Kämpfer 15 000–20 000 YTL, für bekanntere, beliebte Kämpfer 35 000–40 000, für einen Gruppenkommandanten 75 000, für einen Gebietskommandanten 80 000–100 000 YTL. Für noch hochrangigere Verantwortliche sollte es noch mehr geben.

Irgendwann gaben sie mir eine Tasche voll Geld. Damit sollten die Guerillakämpfer in eine Falle gelockt werden. Tagelang verließ ich das Haus nicht und unternahm auch nichts, um Kontakt mit der Guerilla herzustellen. Ich stellte fest, dass mein Haus die ganze Zeit von JİTEM-Mitarbeitern beobachtet wurde. Sie trauten mir nicht. Ein paar Tage später kamen sechs JİTEM-Leute in Guerillakleidung ins Haus. Sie beleidigten mich und meine Familie. Angeblich war ich einer von ihnen, aber sie behandelten mich sehr schlecht. Weil aus ihrem Plan nichts geworden war, nahmen sie mich wieder mit nach Seyrantepe. Sie warfen mir vor, nicht für sie zu arbeiten, und folterten mich. Zunächst verbanden sie meine Augen, schlugen und traten mich. Dann zogen sie mich nackt aus, quetschten meine Geschlechtsteile, spritzten mich mit einem Hochdruckschlauch ab und versetzten mir Stromschläge.

Am nächsten Tag wurde ich wieder bei einer Militäroperation eingesetzt. Sie ließen mich ein Dokument unterzeichnen, dass ich daran aus eigenem Willen teilnehme. Im Hubschrauber sagten sie, wenn die Operation nicht erfolgreich verlaufe, würden sie mich aus dem Helikopter werfen. Der Hubschrauber vor uns fing plötzlich Feuer. Daraufhin drehte unserer sofort ab. Abends habe ich in den Nachrichten gehört, dass ein Hubschrauber abgeschossen wurde. Aber es hieß, lediglich ein Unteroffizier sei gefallen und drei Soldaten seien verletzt worden. Ich weiß, dass das eine Lüge war, denn ich habe es mit eigenen Augen gesehen. Der Hubschrauber war zerstört und es befanden sich zwölf Personen darin, darunter neun Sondereinsatzkräfte.

Zwanzig Tage später fand eine zweite dreitägige Schulung statt. Es ging um den Jahrestag der Verschleppung Öcalans in die Türkei, Newroz und eine grenzüberschreitende Militäroperation. Neben dem Gouverneur und den anderen nahm auch der Gefängnisdirektor von Ulucanlar teil, wohl als Verantwortlicher für die Spitzel in den Gefängnissen.

> Ein alter Mann hatte in seinem Haus Gift in das Essen der Guerilla getan. Sie hatten ihren Tee noch in der Hand, als sie plötzlich alle der Reihe nach erstarrten.

Nach der Schulung wurde mir vom MİT-Verantwortlichen „Direktor Ahmet" die Aufgabe übertragen, nach Südkurdistan und von dort in die Guerillagebiete zu gehen. Danach wurde ich in einen anderen Raum gebracht, in dem sich ca. zwanzig Personen befanden. Darunter waren Şemo (Şemdin Sakık), Arteş, Siyabend, Koçer und andere Überläufer und Spitzel. Direktor Ahmet ließ sich von ihnen bestätigen, dass ich geeignet sei und das Vertrauen der Guerilla genieße. Der Leiter des Gefängnisses Ulucanlar kam zu mir und sagte: „Mein Sohn, Du kennst mich nicht. Schau mich gut an, ich bin der Leiter des Gefängnisses Ulucanlar. Und schau, ich habe sogar Şemo hierher gebracht. Meine Macht ist groß genug. Ich kann jeden, den ich will, hierher bringen." Dann gab er mir seine Telefonnummer, damit ich ihn anrufe, wenn ich irgendetwas hätte, das mit den Gefängnissen zu tun hat.

Ein paar Tage später fingen die Vorbereitungen für meinen Weg zur Guerilla an. Sie zeigten mir Fotos von hochrangigen Führungskräften in den Guerillagebieten in Südkurdistan und andere von Personen, die zuvor als Spitzel dorthin geschickt worden waren und mit denen ich auf keinen Fall Kontakt aufnehmen dürfte. Außerdem nannten sie mir verschiedene Codes, die ich bei telefonischen Kontakten mit dem JİTEM benutzen sollte.

Sie informierten mich auch über den Zweck des Ganzen. Es ging um eine grenzüberschreitende Militäroperation, bei der zunächst von Einheiten, die nach Südkurdistan eingeschleust worden waren, eine Art Einkreisung vorgenommen werden sollte. Von den südkurdischen Kräften sollte teilweise Unterstützung in Form von Informationen und Behinderungen kommen. Schwerpunktmäßig sollten Luftangriffe auf Orte stattfinden, an denen sich hochrangige Führungskräfte der PKK aufhielten. Aber die Operation sollte eigentlich gemeinsam mit dem Iran über die iranische Grenze durchgeführt werden.

Mich beauftragten sie damit, an Stellen mit Führungskräften, schweren Waffen oder besonders vielen Guerillakämpfern per Telefon ein Signal zu senden. Weiterhin sollte ich sie darüber informieren, wer aus der Türkei oder dem Ausland hierher kam und welche Vorbereitungen gegen Militäroperationen getroffen wurden. Sie zeigten mir auch Methoden, wie ich mich schützen konnte. Beispielsweise sollte ich mich sofort von Orten entfernen, von denen ich ein Signal gesendet hatte.

Schließlich begab ich mich von Diyarbakır aus über Zaxo und Maxmur in die Guerillagebiete. Dort kam heraus, dass ich Spitzel bin. ♦



Spezialeinheiten in den Städten Foto: YÖP



Serhat Ege

Mein Kontakt mit der Polizei begann im Jahr 1999 über die Vermittlung eines Schulfreundes. Gegen Geld sollte ich zur DEHAP gehen und bestimmte Informationen besorgen. Sie gaben mir ein Trinkgeld und wollten dafür Namen.

Newroz 2001 wurde ich festgenommen. Nach fünfzehn Monaten wurde ich wieder freigelassen, weil ich noch minderjährig war. Danach wollte ich mich der Guerilla anschließen. Mit einem weiteren Freund wurde ich im Iran erwischt und verhaftet. Gegen Zahlung einer Geldstrafe wurden wir freigelassen. Der Onkel meines Freundes arbeitete bei der Polizei in Hakkari. Um nicht selbst verhaftet zu werden, gab er ihm meinen Namen. Ich wurde festgenommen und gefoltert. Nach sechs Monaten wurde ich aufgrund des Reuegesetzes aus dem Gefängnis entlassen.

Nach meiner zweiten Entlassung brachte mich mein Vater zur Polizei, weil er dachte, ich könnte dort Arbeit finden. Statt einer Arbeit boten sie mir erneut an, mich finanziell zu unterstützen, wenn ich ihnen Informationen über die DEHAP bringe. Ich nahm, ohne weiter nachzudenken, das Angebot an. Sie gaben mir ein Mobiltelefon. Ich lieferte ihnen Informationen über die DEHAP und deren Arbeit, wer dort ein und aus geht, wer was gesagt hat usw. Sie gaben mir zehn YTL, davon waren fünf für mich und fünf für PKK-nahe Zeitschriften, die ich ihnen bringen sollte. Besonders interessierten sie sich für eine Person namens Aydın Değirmenci, mit dem ich Kontakt aufnehmen sollte. Ich teilte Aydın mit, dass ich Kontakt zur Organisation haben wollte. Er antwortete, ich solle ihm junge Leute bringen, die sich der Guerilla anschließen wollen. Als ich jemanden fand, teilte ich dies sofort der Polizei mit. Sie sagten mir, das sei kein Problem, und gaben mir 15 YTL.

Die beiden Jungen, die ich über die Vermittlung von Aydın zur Guerilla geschickt habe, wurden ein paar Tage später verhaftet. Danach wurde auch Aydın verhaftet und aufgrund seiner Aussagen eine Reihe von Leuten von der DEHAP festgenommen. Meine Kontaktperson bei der Organisation wurde daraufhin Turan Yıldız, der in der Provinz Van in einem Dorf lebte. Als eine weitere Person auftauchte, die sich anschließen wollte, teilte ich auch dies sofort der Polizei mit. Sie schrieben den Namen auf und sagten, ich solle diesmal direkt Kontakt mit der lokalen Guerillaleitung aufnehmen. Über Turan gelangte ich erstmalig zur Guerilla. Auf diese Weise ging es eine Zeitlang weiter, bis Tolgahan, der beim polizeilichen Nachrichtendienst für mich Zuständige, sagte, wir würden ja schließlich nicht für die PKK arbeiten und ich sollte andere Dinge tun. Das habe ich nicht getan, sondern weitergemacht. Schließlich wurde ich erwischt. Ich teilte mit, dass ich für Tolgahan arbeitete und gab ihnen seine Telefonnummer. Sie riefen Tolgahan an, aber er sagte, er habe nichts davon gewusst und seine Kollegen sollten mit mir tun, was sie für richtig hielten. Ich kam wieder ins Gefängnis, wurde aber eine Zeitlang später erneut entlassen.

Danach leistete ich meinen Militärdienst ab und war danach arbeitslos. Erneut ging ich zur Polizei und fragte nach Tolgahan. Der war versetzt worden, aber ich bekam einen neuen Kontaktmann namens Serhat. Er gab mir seine Telefonnummer und sagte, falls ich noch einmal erwischt werden sollte, würde er sich auf jeden Fall für mich einsetzen. Ich setzte meine Arbeit als Spitzel fort, erneuerte meinen Kontakt zur Guerilla und gab die jeweiligen Informationen weiter.

Schließlich teilte ich der Guerilla mit, dass ich mich ihnen selbst anschließen wolle. Sie schickten mich in den Süden. Dort sagte ich, dass ich mich nicht anschließen wolle, sondern lediglich an einer Schulung teilnehmen. Die Freunde dort schickten mich wieder zurück. In Hakkari traf ich mich erneut mit Serhat und teilte ihm alle Details mit.

Irgendwann sagte mir Serhat, der nachrichtendienstlich Verantwortliche, ich solle nicht mehr neue Kämpfer zur Guerilla bringen, die Beziehungen zu den legalen Institutionen und den alten Milizen abbrechen und stattdessen einen Kontakt zu den regionalen Führungskräften aufnehmen und ihnen mitteilen, ich könne die Sprengstoffarbeit machen.

Mein erster Auftrag von der Guerilla war es, Sprengstoff von Van nach Muğla zu bringen. Ich informierte die Polizei, die mir nach Van folgte. Dort rief ich die mir von der Guerilla genannte Kontaktperson an und übernahm das Material. Die Polizei verfolgte jeden meiner Schritte. Irgendwann schnitten sie mir den Weg ab und öffneten das Paket. Sie sagten, dass es C4 sei und dass ich nach Muğla damit fahren sollte. Ich fuhr mit dem Bus, sie verfolgten mich in einem Auto. In Muğla empfingen mich die Nachrichtendienstler Serhat und Ömer. Sie sagten, ich könne ihnen vertrauen, sie würden den Mann in Muğla nicht festnehmen und mir keine Schwierigkeiten machen, ich würde nicht enttarnt werden.

Ich rief den Kontaktmann an, er kam und wir gingen gemeinsam in seine Wohnung. Nachdem ich mich von ihm verabschiedet hatte, holten mich die Polizisten mit dem Auto ab. Sie sagten: „Wir werden diese Person nicht festsetzen, er wird nur unter unserer Kontrolle stehen. Soll der Sprengstoff doch explodieren.“ Ich glaubte ihnen nicht. Von İzmir aus rief ich Serhat an. Er teilte mir mit, der Kontaktmann sei in eine Militärkontrolle geraten, wo Sprengstoffhunde das Paket entdeckt hätten. Damit wollte er sagen, dass ihn keine Schuld treffe. Ich rief den Freund bei der Guerilla an, der mir den Sprengstoff gegeben hatte. Er sagte, der Freund, dem ich das Paket übergeben habe, sei erwischt worden. Ich sagte, davon habe ich nichts gewusst.

Meine Kontakte zur Guerilla brach ich danach ab. Stattdessen fing ich mit zwei anderen Personen an, Geld im Namen der HPG zu sammeln, natürlich für uns selbst. Wir fälschten Quittungen und sammelten 15 000 Dollar, die wir unter uns aufteilten. Die Polizei wusste nichts davon. Wir wollten damit weitermachen, aber dann sagte mir die Polizei, es liege eine Anzeige vor. Ich bekam Angst und ließ die Finger davon.

Im August 2007 zitierten mich die HPG in die Guerillagebiete. Ich dachte, es ginge erneut um Sprengstoff. Stattdessen wurde ich verhaftet und verhört. ♦



Derya Ege

Im Jahr 2005 lernte ich über meine Cousine Suzan den JİTEM-Mitarbeiter Idris Özer kennen. Das lief folgendermaßen ab. Suzan und ich empfanden beide Sympathie für die Guerilla, ohne wirklich eine Ahnung davon zu haben. Wir sahen die Bilder im Fernsehen und sie gefielen uns. Eines Tages hatte Suzan Ärger zu Hause. Sie kam zu mir und sagte: „Derya, warum gehen wir nicht in die Berge. Was machen wir schon hier?" Mir gefiel die Idee irgendwie, aber ich nahm es nicht weiter ernst, weil es mir ohnehin unmöglich erschien. Ich lachte sie an und sagte: „Du denkst jetzt so, weil Du zu Hause Ärger hast. Du willst weglaufen. Aber in die Berge zu gehen ist nicht so einfach, das ist kein Kinderspiel. Wer soll uns dort hinbringen?" Sie antwortete: „Es reicht aus, dass Du ja sagst, dann findet sich schon jemand."

Drei Tage später kam Suzan und sagte, wir gehen. Ich widersprach, dass meine Mutter nicht zu Hause sei, und sie lachte und sagte: „Wer holt denn schon die Erlaubnis seiner Mutter ein, um in die Berge zu gehen?" Wir gingen nach draußen, es kam ein Auto mit verdeckten Scheiben, wir stiegen ein. Der Fahrer war Idris. Er stellte sich als Miliz vor und sagte, er werde uns innerhalb von zwei Tagen Bescheid sagen, um uns in die Berge zu bringen. Ich gab ihm meine Telefonnummer.

Danach rief er ständig an. Er forderte mich auf, in das Café zu kommen, in dem er arbeitete. Dort würde er mich jemandem vorstellen. Ich ging gemeinsam mit Suzan. Es kamen zwei weitere Personen, von denen ich später erfuhr, dass auch sie JİTEM-Leute waren. Sie sahen überhaupt nicht aus wie Kurden. Einer von ihnen, Oktay, fing an zu sprechen. Er fragte, warum ich in die Berge gehen wolle, ob ich lebensmüde sei. Dann fing er an, die Organisation schlecht zu machen. Er sagte, alle Frauen bei der Organisation würden vergewaltigt, wenn ich unbedingt sterben wolle, könne er das auch gleich hier erledigen usw. Ich wurde wütend und ging gemeinsam mit Suzan weg. Später rief Idris mich an. Ich fragte ihn, was das Ganze sollte und ob die beiden anderen Polizisten gewesen seien. Er lachte und sagte, ich sei sehr naiv, es seien Guerillas, sie hätten mich nur testen wollen.

Später rief er wieder an. Wir verabredeten einen Treffpunkt, um endlich zu gehen. Suzan kam nicht zum vereinbarten Zeitpunkt und ich begriff, dass sie die Idee aufgegeben hatte. Idris forderte mich auf, in sein Auto zu steigen. Ich lehnte ab. Dann sprach er von meiner körperlichen Konstitution, lobte meinen Körper und sagte, dass bei der Guerilla sehr viel Wert darauf gelegt werde. Er sagte, ich sollte eine kurze Schulung erhalten, bevor ich gehe. Ich fragte nach dem Grund und ob sie das mit allen so machen würden. Er sagte, ja, es sei besser, geschulte Leute in die Berge zu schicken, und mit mir würden sie dem Aussehen nach sehr zufrieden sein. Ich willigte ein, an einer zweiwöchigen Schulung teilzunehmen. Wir verabredeten einen neuen Treffpunkt. Dort stieg ich ins Auto. Idris verband mir die Augen. Nach einer Stunde hielt der Wagen an. Idris nahm mir die Augenbinde ab. Weit und breit war kein Haus zu sehen. Es handelte sich um das ehemalige Dorf Otluca (kurd: Xenase). Heute befindet sich ein Regiment dort. Dass es sich um militärisches Gebiet handelte, erfuhr ich erst später. Das Gelände war mit Stacheldraht eingezäunt und es befand sich nur ein Lehmhaus dort. Dort waren vier Personen, darunter Oktay und Fatih, die ich zuvor im Café kennen gelernt hatte. Die anderen beiden waren Frauen, Sakine Kaya und Handan. Sie empfingen mich herzlich. Ich fragte mich, ob ich in den Bergen sei. Sakine Kaya kannte ich seit 2001, sie hatte damals eine Beziehung zu einem Unteroffizier. Ich fragte sie, ob sie es sei, aber sie verneinte und meinte, ich würde sie mit jemandem verwechseln. Aber ich war sicher, dass sie es war. Ihr Türkisch war ausgezeichnet. Sie unterhielten sich mit mir und wollten mich kennen lernen. Sie fragten mich nach meiner Meinung über Männer. In den Bergen gebe es keine Gefühlsduselei, ob ich damit Schwierigkeiten habe. Sie sprachen lange über Sexualität und versuchten, mich einzuschätzen.

Danach lernte ich noch mehrere Schulungsleiter kennen und wir verabredeten mit Idris, dass er mich jeden Tag abholen und hierher bringen werde. Am zweiten Tag war der erste Unterrichtsstoff Waffenschulung. Idris zeigte mir seinen Revolver und brachte mir bei, wie man ihn benutzt. Dann zeigten sie mir noch weitere Waffen.

Bei der zweiten Unterrichtseinheit handelte es sich um Sport, laufen, kriechen, Bodybuilding, Gewichtheben, Weitsprung, Springen durch einen Feuerreifen, Salto usw.

Danach gab es ein Karatetraining. Sie zeigten mir, wie man Knochen bricht und auf das Herz schlägt. Dann kam Gesundheit und schließlich „physisches Training". Aber dabei wendeten sie Folter an. Sie taten mir weh und sagten, es gehe dabei darum, mich zu stärken und abzuhärten, falls ich mal in eine solche Situation geraten sollte. Dabei setzten

sie verschiedene Geräte ein. Manche Dinge waren schrecklich. Einmal wollten Sakine und Handan meinen Körper kontrollieren. Sie zogen mich splitternackt aus und sagten, dass mein Körper sehr schön und natürlich sei, dass ich dadurch enttarnt werden könne und mein Gesicht ein wenig zerstört werden müsse. Ich dachte, sie machen Witze. Schließlich waren auch sie Frauen, ich dachte, dass sie nicht derartig erbarmungslos sein könnten. Mir traten Tränen in die Augen. Handan sagte: „Deine Augen sind wunderschön, wenn Du weinst. Auch Deine Nase ist sehr schön, möchtest Du Deine Nase oder Deine Augen verlieren?" Sakine holte eine Brennschere aus ihrer Tasche, mit der sie meinen Körper von oben bis unten versengte. Es tat sehr weh. Außerdem hatten sie so etwas wie eine Zange, die setzten sie an meinen sehr persönlichen Stellen ein. Sie schrien, schlugen mir auf den Kopf und beleidigten mich als „kurdische Hure" etc. Sie traten mich, zogen mich an den Haaren. Dann kamen Soldaten dazu, die Wache hielten. Auch sie beschimpften mich und benutzten widerliche Ausdrücke. Wenn es besonders wehtat, brachen sie in Lachen aus. Als sie mich nach Hause brachten, gaben sie mir ein Beruhigungsmittel.

Später, wieder an dem „Schulungsort", forderten sie mich auf, ab sofort täglich zur Schulung zu kommen. Als ich dagegen etwas sagte, bedrohten sie mich. Idris sagte, dass er per Fotomontage aus einem Foto von mir, das er mal mit seinem Telefon gemacht hatte, einen Porno machen werde. Ich fing an zu weinen und sagte, dass ich nie wieder kommen würde. Sie sagten, dass sie meiner Familie alles sagen, ihnen die Fotos zeigen würden, und dass ihre Tochter mit dem JİTEM zu tun habe. Ich musste tun, was sie sagten, und ging danach jeden Tag zur Schulung.

Nach dieser Schulung sagten sie mir, ich könne bald in die Berge gehen und würde dort bestimmte Aufgaben haben. Sie gaben mir eine Liste. Die ersten Namen darauf waren Duran Kalkan, Murat Karayılan, Atakan, Alişer und Çektar. Sie erklärten mir, wie ich für einen Anschlag die notwendige Munition erhalten könne und wie ich zielen solle. Nach dem Schuss sollte ich meine Waffe verstecken und so tun, als ob ich Erste Hilfe leiste. Sie nannten mir zwei Alternativen: entweder ein Anschlag per Waffe oder Vergiftung. Weil ich Angst hatte, gaben sie mir Gift.

Als Codenamen gaben sie mir „Şine", als Chiffre „Şivan". Nach ausgeführtem Auftrag sollte ich bei der Kontaktaufnahme mit einer bestimmten Person diese Chiffre für meine Flucht benutzen.

Sie nannten mir zwei Alternativen: entweder ein Anschlag per Waffe oder Vergiftung. Weil ich Angst hatte, gaben sie mir Gift.

Dann sagten sie mir, ich solle mich zu Hause ein wenig erholen, bevor es losginge. In dieser Zeit habe ich geheiratet. Ich dachte, wenn ich eine Familie gründe, dann lassen sie mich vielleicht zufrieden. Aber der Mann schlug mich ständig und schickte mich zurück zu meinem Vater. Alles, woran er dachte, war Sex. Weil ich nicht mit ihm schlafen wollte, sagte er, ich sei wohl keine Jungfrau. Einmal habe ich mit ihm geschlafen, danach hat er mich aus der Wohnung geworfen. Wir haben uns nach nur einem Monat getrennt. Danach wurde er plötzlich reich und kaufte sich ein Auto.

Während der Zeit meiner Ehe wurde ich depressiv und zeigte mich selbst an. Ich wollte ins Gefängnis. Die Polizei kam und brachte mich zum Revier. Dort erzählte ich alles und wollte, dass sie mich verhaften. Sie sagten mir, ich bräuchte psychologische Behandlung, aber zunächst gebe es einen Auftrag, der mir übertragen worden sei und den ich zunächst ausführen solle. Es stellte sich heraus, dass der Ort, an den ich mich flüchten wollte, auch der war, an dem dieses ganze Projekt überhaupt entstanden war. Sie sagten, dass sie alles für mich tun würden, wenn ich den Auftrag ausführen würde. Sie boten mir Geld, ich lehnte ab und ging wütend weg.

Ständig rief Idris mich an. Eines Tages sagte er mir, ich würde bald gehen und erklärte mir, was ich zu tun habe. Er sagte auch, wie ich mich Männern gegenüber verhalten und meine Weiblichkeit einsetzen solle. Er gab mir zwei Bücher von Sigmund Freud über Sexualität. Schließlich hätte ich ja geheiratet und sei selbst auf den Geschmack gekommen. Ich antwortete nicht mehr auf seine Telefonanrufe.

Daraufhin wurde ich mitten in Hakkari von Idris verschleppt. Er zog mich in sein Auto, verband mir die Augen, fesselte meine Hände und brachte mich nach Yüksekova. Vier Tage lang war ich allein mit Idris in einer Wohnung. Er folterte mich ununterbrochen auf widerliche Weise. Immer noch habe ich Schmerzen beim Hinsetzen und Aufstehen. Ich war in einem kleinen Zimmer eingesperrt. Er gab mir nicht mal Essen und Wasser. Ich sagte, ich könne das nicht tun.

Schließlich nannte er mir zwei Alternativen: Prostituierte oder Agentin. Ich habe fünf Minuten, um mich zu entscheiden. Ich lehnte beides ab. Er stand auf und zog seinen Gürtel aus der Hose. Der Gürtel war eisenbesetzt. Damit schlug er auf meine Füße, auf alle empfindlichen Teile meines Körpers. Er sagte, er werde mich schwängern und mich so der Gesellschaft vorführen. Ich wollte ein Glas Wasser, er pinkelte auf mich. Das tat er mehrmals. Abends näherte er sich mir und sagte, alles hänge von meiner Antwort ab: „Wenn Du jetzt sagst, dass Du gehst, werde ich Dich nicht anrühren. Wenn Du weiter Widerstand leistest, reiße ich Dir den Kopf ab und zerfetze Dich." Ich lehnte weiter ab.

Ich kam wieder nach Hause, ging nicht ans Telefon, nicht aus der Wohnung. Eines Tages erwischte mich Oktay auf der Straße. Er brachte mich in einen Wald, wo er mich folterte und vergewaltigte. Ich konnte nicht mehr und sagte, ich willige in alles ein.

Ein paar Tage später rief Idris an. Sie gaben mir zwei Flaschen Gift. Als ich im Guerillagebiet ankam, vernichtete ich die Flaschen und tat nichts von dem, was sie mir aufgetragen hatten. ♦

Der türkische und iranische Staat gemeinsam gegen die kurdische Gesellschaft

Die soziale Basis der Guerilla trockenlegen

Duran Kalkan, Vorsitzender des Verteidigungskomitees der KCK

Der Vorsitzende des Verteidigungskomitees der KCK, Duran Kalkan, bewertet den Hintergrund der Aussagen der Agenten und die Entwicklung dahin aus Sicht der Bewegung so:

„Die Gefahr für die kurdische Gesellschaft und Bewegung ist groß. Ihnen soll mit der Agentenwerbung die soziale Basis, auf die sich die Guerilla stützt, entzogen werden. Die Entscheidung, gegen die Freiheitsbewegung Agenten einzusetzen, kam aus dem Anti-Terror-Ausschuss.

Für uns waren damals das Treffen Erdoğans mit einer Gruppe von Intellektuellen in Ankara im Sommer 2005 und später seine Rede in Diyarbakır zur kurdischen Frage und deren Lösung von Bedeutung. Wir waren zurückhaltend, ob es tatsächlich ein Schritt war oder einen Rückfall geben würde. Kurz danach gab der Generalstab Erklärungen ab, welche die Äußerungen des Ministerpräsidenten konterkarierten. Weder der Ministerpräsident noch die Regierung reagierten darauf und der Generalität folgend gab es ein neues Konzept, dem die Regierung willig oder unwillig zustimmte. (…)

Während wir die Situation nach der Rede Erdoğans in Diyarbakır zu verstehen suchten, ereignete sich der Vorfall in Şemdinli. Er ist aus Sicht der letzten politischen Entwicklungen von großer Bedeutung, weil damit eigentlich das vom Nationalen Sicherheitsrat am 23. August 2005 entschiedene Konzept zum Vorschein kam. Zum einen wurde dort offen attackiert und zum anderen hat der Generalstab die Täter offen in Schutz genommen. Die Bewohner von



Murat Karayılan, Cemil Bayık und Duran Kalkan — Foto: ANF

Şemdinli, Gever, Hakkari und Van lehnten sich auf, auch relevante Intellektuellenkreise protestierten. Die Gefahr wurde erkannt. Es schien, als würde die Regierung diese Proteste dazu nutzen, um im Sinne ihrer Ankündigungen von Diyarbakır vorzugehen. Aber schon bald war klar, dass sie dazu nicht die Kraft hatte und Erdoğan damit wahrscheinlich nur dem Generalstab gewisse Zugeständnisse abringen wollte. (…)

Das neue Konzept der totalen Vernichtung wurde als Antwort auf unsere Kampfentschlossenheit vom 1. Juni 2005 entwickelt. Wir waren zu der strategischen Bewertung gelangt, dass das Jahr 2006 ein außerordentliches und gewaltreiches Jahr werden würde, und versuchten, entsprechende Vorbereitungen zu treffen. Die Anti-Terror-Abteilung unter dem Vorsitz von Außenminister Gül tagte, unmittelbar darauf sollten deren Beschlüsse auf einer Regierungssitzung diskutiert und die Ergebnisse in den Nationalen Sicherheitsrat getragen werden. Die Lage war sehr ernst, wir verfolgten die Entwicklungen entsprechend mit großer Aufmerksamkeit.

In dieser Atmosphäre kam Cüneyt Zapsu als Berater des Ministerpräsidenten einen ganzen Tag lang mit vier Botschaftern zusammen. Jemand, der eigentlich kein offizielles Amt repräsentiert, ein Kurde aus Hakkari, ein Unternehmer. Was hatte einer wie er mit vier Botschaftern zu besprechen? Diese sind von Bedeutung. Es handelte sich bei ihnen um die Vertreter der USA, Großbritanniens, Deutschlands und Israels,

Länder mit Weltgeltung. Wenn es bei dem Gespräch um offizielle Angelegenheiten ging, warum war kein offizieller Vertreter der Türkei anwesend? Wollte der Staat seine Bündnispartner über verdeckte schmutzige Angelegenheiten inoffiziell in Kenntnis setzen? Hinzu kommt, dass diese Person in derselben Nacht in einer TV-Sendung über Operationen gegen die PKK sprach. Es waren bedeutsame Verlautbarungen darüber, dass keine groß angelegten grenzüberschreitenden Militäroperationen in Südkurdistan zu erwarten seien, sondern Operationen von Spezialeinheiten, die bereits aktiv seien und schon bald Erfolge zeitigen würden. Eine Gruppe von Genossen sah zufällig diese Sendung und uns war danach klar, dass wir einen ernsten Angriff zu erwarten haben würden. Unsere ohnehin bestehende Aufmerksamkeit wurde weiter erhöht.

Am 1. August 2006 wurde unser Genosse Ibrahim, seit 1978 in der Bewegung, durch ein Komplott ermordet. Und das in unserem Hauptquartier. Das war der Beginn der Operationen, von denen Zapsu gesprochen hatte, so schlussfolgerten wir. Auch die Medien wollten wissen, was los ist, und erkundigten sich beim Ministerpräsidenten nach neuen Konzepten gegen die PKK. Doch Erdoğan reagierte sehr hart und fragte den Journalisten, ob er Landesverräter sei. Das gab uns den Anhaltspunkt für die Existenz eines verdeckten Plans, den Erdoğan durch Nachfragen gefährdet sah. Wir haben viel später, im Februar 2007, erfahren, dass gegen unseren Vorsitzenden Abdullah Öcalan ein Vergiftungsangriff lief. Wir hatten zwar die Entwicklungen im Vorfeld bewertet, zogen aber nicht in Erwägung, dass die erste Etappe dieses Angriffs sich gegen unseren Vorsitzenden richten würde. Als wir davon erfuhren, war es klar. Falschmeldungen über angebliche Bombenexplosionen, Vergiftungsvorfälle oder Verletzungen häuften sich, ähnliche Angriffe waren geplant. Nach Juli 2006 wurden bewusst und planmäßig Agenten als neue Kämpfer in unsere Reihen eingeschleust. In vielen Gebieten Kurdistans wurden Polizei und Gendarmerie in diese Planung einbezogen, um Menschen als Agenten zu rekrutieren.

Wir haben daraufhin bei den neuen Kämpfern genauer hingeschaut. Wir stellten einige suspekte Verhaltensweisen fest und leiteten Untersuchungen ein. Dadurch wurden einige abgeschreckt, kamen zu uns und gestanden. Wahrscheinlich beeinflusst unsere Atmosphäre auch diese Menschen. Als wir noch disziplinierter und aufmerksamer wurden, konnten wir auch in anderen Arbeitsbereichen Aktivitäten aufdecken und aus der Kombination der einzelnen Geständnisse rekonstruieren, dass es keine Einzelfälle waren, sondern eine geplante Aktion.

Ich will noch ergänzen, dass diese Angriffe nicht nur auf die Türkei begrenzt sind, sondern auch vom Iran ausgehen. Die Aussagen haben ergeben, dass den Agenten aus dem Iran mitgegeben wurde, sie könnten sich bei Problemen jederzeit türkischen Polizeiwachen ergeben. Andererseits wurden den von der Türkei instruierten Agenten bei Problemen bestimmte Stellen im Iran oder in Südkurdistan empfohlen. Unsere Schlussfolgerung ist, dass diese Angriffe zwar von der Türkei geplant werden, die Ausführung aber gemeinsam mit ihren Bündnispartnern erfolgt.

Der türkische und der iranische Staat fahren einen breiten Angriff gegen die kurdische Gesellschaft. Sie wollen Agenten schaffen, Zielgruppen sind in erster Linie Patrioten, demokratische Menschen, diejenigen, die in der Nähe zur PKK vermutet werden. Alle Schichten der Gesellschaft, seien es Frauen oder Jugendliche, sollen erreicht werden, sollen Verrat üben. Alle Menschen in Kurdistan sollen in ihren schmutzigen Krieg gezogen werden. Die JİTEM-Aktivitäten sind weit gefächert, vor allem ländliche Regionen sind Angriffsziele, die potentielle Basis der Guerilla, die Milizen. Sie wollen die Kurden gegeneinander aufhetzen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang noch, dass sehr junge Menschen beeinflusst werden sollen, junge Leute zwischen 14 und 18, die unter familiärem Druck stehen und nach Auswegen suchen. In der Gesellschaft gibt es tiefe Krisen. Der Krieg hält an, schwere Vernichtungsangriffe. Alte Beziehungsformen und der soziale Aufbau sind zerfallen. Neues im Rahmen von Freiheit und Demokratie kann sich nicht entfalten, der staatliche Druck lässt es nicht zu. Das führt die Jugend in schwere Krisen. Sie hat keine Zukunftsperspektive, erfährt starke psychische Probleme. Es wird versucht, diese Jugend zu beeinflussen, unter Kontrolle zu bekommen, um sie gegen uns einzusetzen. Wenn erst einmal der Zugang zu diesen Menschen hergestellt ist, werden sie eingeschüchtert oder mit Versprechungen gelockt, ihnen wird finanzielle Hilfe versprochen. Arbeitslosen und armen Menschen erscheint es so leichter, schnell an Geld zu kommen. ♦

JİTEM: Jandarma İstihbarat ve Terörle Mücadele (Nachrichtendienst und Terrorabwehr der Gendarmerie)
JİT: Jandarma İstihbarat Teşkilatı (Nachrichtendienstorganisation der Gendarmerie)
TİT: Türk İntikam Tugayı (Türkische Rachebrigaden)
MİT: Milli İstihbarat Teşkilatı (Nationaler Nachrichtendienst)

Rückfall in die dunklen Jahre des Militärputsches

Der Druck auf die politischen Gefangenen des türkischen Hochsicherheitsgefängnisses Tekirdağ nimmt zu. Sie werden gezwungen, sich wöchentlich in militärischer Formation zählen zu lassen. Diese Form des Appells erinnert stark an die Zeit nach dem Militärputsch von 1980, als im berüchtigten Gefängnis von Diyarbakır dies ein Teil der Folter war. Deshalb reagieren auch heute noch die politischen Gefangenen besonders empfindlich auf alles, was an Praktiken aus dieser dunklen Zeit erinnert. Die Gefangenen von Tekirdağ haben gegen diese Praktiken Beschwerde bei der Staatsanwaltschaft eingereicht. Daraufhin verstärkte die Leitung des Gefängnisses den Druck auf die Gefangenen. Ihnen wurde das Wasser und über den Tag der Strom gesperrt, außerdem verbot man ihnen jegliches Sprechen ihrer kurdischen Muttersprache.
Quelle: ANF, 06.10.2007, ISKU

Weiterer Schritt zum Frieden: Gründung eines Friedensrates

Eine Grundlage schaffen, damit die Waffen schweigen

Interview mit Aydıb Çubukçu

In den letzten Jahren nehmen die Bemühungen bestimmter Kreise in der Türkei und in Kurdistan um eine friedlich-demokratische Lösung vor allem der kurdischen Frage konkrete Formen an. Während anfänglich diesbezügliche Aktivitäten hauptsächlich oder überwiegend von kurdischen Institutionen, Organisationen und Persönlichkeiten kamen, weitet sich dieser Kreis mit jedem Tag immer mehr aus. Inzwischen hat sich ein nicht zu unterschätzender Kreis gebildet, der sich aktiv für die Demokratisierung der Türkei und eine Lösung der kurdischen Frage einsetzt. Auch die Bestrebungen, ihn unter einem Dach zusammenzubringen, verlaufen erfolgreich. Als Resultat dessen wurde nun am 1. September 2007, dem Weltfriedenstag, der Friedensrat in der Türkei gegründet. Etwa 500 kurdische und türkische VertreterInnen aus Politik, Wissenschaft, Kultur, Menschenrechts- und Friedensorganisationen, Gewerkschaften, Medien, Berufsverbänden und vielen mehr kamen in Ankara zusammen, um die Mitte Januar 2007 auf der Konferenz „Die Türkei sucht ihren Frieden“ *[vgl. KR Nr. 130, S. 13 f.]* beschlossene Gründung eines Friedensrates zu vollziehen. Auf diesem Treffen wurde jetzt ein 25-köpfiges Sekretariat gewählt, außerdem die Programmvorlage der Konferenz vom Januar beschlossen. Im Folgenden geben wir das Interview mit Herrn Aydıb Çubukçu wieder, der Mitglied der Initiative ist, die sowohl die Konferenz als auch die Gründung des Friedensrates vorbereitet und durchgeführt hat.

Im Rahmen der Beschlüsse der Konferenz „Die Türkei sucht ihren Frieden“ wurde am 1. September 2007 der Friedensrat gegründet. Können Sie uns kurz etwas zur Gründungsphase und zur Gründungsversammlung sagen?

Der Weg, der uns zum Friedensrat führte, begann auf einer Konferenz in Ankara April 2006. Dort nahmen außer der MHP VertreterInnen aller politischen Kräfte, Intellektuelle, VertreterInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen, AkademikerInnen, SchriftstellerInnen und KünstlerInnen teil. Die friedliche und demokratische Lösung der Hauptprobleme der Türkei, in erster Linie der kurdischen Frage, wurde ausgiebig diskutiert. Die KonferenzteilnehmerInnen waren bemüht, den Begriff „Frieden“ in seiner philosophischen, politischen und aktuellen Bedeutung zu klären. Ein Beschluss dieser Konferenz war es, in einigen bestimmten Regionen lokale Konferenzen zu organisieren und als deren Ergebnis eine „Türkei-Konferenz“ durchzuführen. Später fanden in İstanbul, Diyarbakır, Mersin, İzmir und Samsun Versammlungen auf regionaler Basis statt. Daran nahmen insgesamt 500 Intellektuelle und VertreterInnen der Zivilgesellschaftsorganisationen teil. Das Hauptthema für die Türkei-Konferenz wurde festgelegt. An diesen Versammlungen nahmen nicht nur KurdInnen und TürkInnen teil, sondern auch Intellektuelle und VertreterInnen der tscherkessischen, lasischen, armenischen und romanischen Volksgruppen.

Auf dieser Grundlage wurde die Konferenz „Die Türkei sucht ihren Frieden“ organisiert und fand schließlich am 12. und 13. Januar dieses Jahres in Ankara statt. Ein breit gefächerter Programmentwurf über ökonomische, politische, rechtliche und gesetzliche Maßnahmen zur Entwicklung des Friedens und über die Probleme der Frauen, Jugend und Kinder sowie die Aufgaben der Medien, politischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen wurde ausgearbeitet und von den KonferenzteilnehmerInnen angenommen. Damit wurde auch die Gründung eines Friedenrates beschlossen. Die Gründungsversammlung am 1. September ist die Realisierung dieses Beschlusses.

Welche Beschlüsse wurden hier gefasst? Wie wird sich der Friedensrat organisieren und welche Arbeit leisten? Welche Mission definiert er für sich? Welche konkreten Schritte zur Entwicklung der Friedenskultur im gesellschaftlichen Bereich sind geplant?

Auf der ersten Versammlung des Friedensrates wurde ein 25-köpfiges Sekretariat gewählt. Des Weiteren wurde beschlossen, dass der Friedensprogrammentwurf der Konferenz „Die Türkei sucht ihren Frieden“ in Kraft tritt, und die Gründung von Kommissionen wurde beschlossen, die die Hauptprobleme der Türkei, in erster Linie die kurdische Frage, untersuchen und Lösungswege entwickeln sollen. In derselben Versammlung wurden auch im Rahmen der „Geschäftsordnung“ die Versammlungsperioden festgelegt. Der Organisierungsweg des Rates wird im Rahmen der Arbeitsgruppen und Kommissionen bestritten werden. Der Aufgabenbereich dieser Gruppen ist auf Freiwilligkeit und Fachgebiete festgelegt.

Im Rahmen der Beschlüsse sind folgende Kommissionen zu gründen: AG

für internationale Beziehungen, AG Kommunikation, AG Frauen und Kinder, AG Flucht, AG Recht, AG zur Gegenüberstellung mit der Wahrheit und Vergangenheit, AG Anti-Diskriminierung, AG Kultur, Sprache und Bildung sowie AG zur Stärkung der Zivilgesellschaft.

Die Koordination sowie die Arbeitsweise werden von Mitgliedern, die entweder innerhalb des Exekutivausschusses gewählt werden, oder von Freiwilligen übernommen werden.

Wir sind uns im Klaren, dass die Friedenskultur nicht nur über die Aktivitäten des Friedensrates und seiner Arbeitsgruppen entwickelt werden kann. Den Frieden, der in allen Gesellschaftsschichten ein Bedürfnis ist, ins Bewusstsein zu tragen und zu erreichen, muss vorrangig eine gesellschaftliche Leistung sein. Folglich müssen die Medien, politischen Parteien, Gewerkschaften, Berufsverbände, Frauenorganisationen, Universitäten, Intellektuellen und alle anderen Schichten und Gruppen der Gesellschaft sowie wirksame Institutionen überzeugt werden, sich für den Frieden einzusetzen. Eine einheitliche Vernunft ist herzustellen, damit ausgrenzende, erniedrigende, feindliche Verhaltensweisen und Begriffsbestimmungen ein Ende finden. Der Friedensrat wird zur Realisierung dieser Ziele arbeiten und versuchen, zur Entwicklung einer Politik der Versöhnung und Verständigung beizutragen. Allem voran muss eine Grundlage geschaffen werden, damit die Waffen schweigen und der Dialog eröffnet wird. Wir müssen die Provokationen und die Lynchpolitik entlarven und verhindern.

Wie wird Ihre Arbeit von der Bevölkerung, von den NGOs und von offiziellen Stellen aufgenommen?

Alle Volksgruppen und Menschen unterschiedlicher Klassen, die unseren Aufruf erhalten haben, reagierten sehr positiv. Aber diejenigen offiziellen und inoffiziellen Kreise von Kriegsprovokateuren, die alle demokratischen und friedlichen Lösungsvorschläge für die Probleme des kurdischen Volkes als „Separatismus“ definieren, sind bemüht, unsere Arbeit als Teil des „Terrorismus“ zu verleumden. In dieser Zeit, in der die Gewalt anhält, sind entgegen der chauvinistisch-nationalistischen Propaganda das Interesse und die Unterstützung für die Aktivitäten des Friedensrates groß. Es liegt daran, dass ein Großteil der Bevölkerung die Ansicht teilt, dass das Problem auf friedlichem Wege gelöst werden muss und endlich konkrete Schritte auf diesem Wege getan werden müssen.

Ist die politische Atmosphäre in der Türkei nach den Parlaments- und Staatspräsidentenwahlen für Frieden oder vielmehr gegen die Friedensphase?

Der einzige Weg, Regierungen und andere offizielle Institutionen friedensorientierten Bemühungen anzunähern, ist die Gewährleistung einer wirksamen gesellschaftlichen Unterstützung. Bedingungswidrig für unsere Arbeit sind in erster Linie die anhaltenden Gefechte. Die einzige Entwicklung, mit der die neue Regierung und der Staatspräsident zu positiven Schritten bewegt werden können, ist eine starke Volksreaktion gegen die Operationen und gleichzeitig für die Akzeptanz der demokratischen Rechte und Freiheiten des kurdischen Volkes. Es ist auch vorstellbar, dass die Regierung für sich einen Manövrierbereich sucht und aufgrund des Drucks der Armee nicht umsetzen kann. Aber sie sind noch sehr weit davon entfernt, die ersehnte Friedensatmosphäre zu schaffen.

Werden die Aktivitäten des Friedensrates nur auf die Türkei begrenzt bleiben oder sind auch welche auf internationale Ebene geplant?

Der Friedensrat arbeitet zu einem Thema, das nicht nur die Türkei, sondern die gesamte Welt, in erster Linie die Regionalkräfte, interessiert und angeht. Folglich erachten wir internationale Beziehungen und Unterstützung für sehr wichtig.

Welche Rolle werden Frauen im Friedensrat spielen? Gibt es Diskussionen und Beschlüsse dazu?

Die Teilnahme und das Gewicht der Frauen innerhalb des Friedenrates entsprechen nicht den Erwartungen. Dabei spielen Frauen – vor allem kurdische Frauen – eine wichtige Rolle, die kurdische Frage an die Öffentlichkeit zu tragen und für die Lösung zu arbeiten. Wir sind entschlossen, diese Wirkung der Frauen in den Friedensrat zu tragen, indem wir die Teilnahme von Frauen quantitativ und qualitativ erhöhen.

Wir bewertet der Friedensrat die gegenwärtigen Debatten um eine neue Verfassung und wie wollen Sie sich daran beteiligen?

Bevor Veränderungen in der Verfassung überhaupt auf die Tagesordnung kamen, hat unsere Gründungskonferenz an vier Kernpunkten Änderungen in der Verfassung gefordert. Wir haben beschlossen, diese Forderungen noch weiter auszuformulieren und sie dann an alle Gruppen und Schichten, an Gewerkschaften, wirtschaftliche Organisierungen, politische Parteien und NGOs zu vermitteln. Unsere Kommission zu Verfassungs- und Rechtsfragen führt diesbezüglich ihre Arbeit fort.

Möchten Sie abschließend unseren LeserInnen noch etwas mitteilen?

Der Friedensrat hat es in einer sehr schwierigen Zeit geschafft, eine wichtige intellektuelle Kraft im Rahmen der kurdischen Frage und Demokratisierungsprobleme des Landes zusammenzubringen. Das hat auch eine internationale Bedeutung. Die Errichtung des Friedens in unserer Region wird einen wichtigen Schritt für den Weltfrieden darstellen. Wenn alle Imperialisten sich aus der Region zurückziehen und die Kurden gemeinsam mit den anderen Völkern in allen Lebensbereichen gleichberechtigt und frei leben, kann der Frieden in der Region hergestellt werden. Das ist die Basis für den Frieden. ♦

Die Verfassung und die Realität in der Türkei

Was ist neu am Verfassungsentwurf der AKP?

Baki Gül

Als die türkische Republik als Erbin des zerfallenen Osmanischen Reichs aufgebaut wurde, gab es nicht viele Erfahrungen mit einer demokratischen Verfassung. Die 1876 im Osmanischen Reich etablierte erste Konstitution gilt als der Beginn einer Verfassungsordnung.

Bis dahin war der osmanische Staat ausschließlich unter der absoluten Herrschaft des Padischah regiert worden. Als er immer schwächer wurde, war er mit unterschiedlichsten Problemen, in erster Linie politisch-ökonomischen, konfrontiert. So war die osmanische Herrschaft zu Reformen gezwungen, die aber ihren Niedergang nicht aufhalten konnten, ebenso wenig wie das zweite Verfassungsregime von 1908. Trotz aller Bemühungen wurde das Osmanische Reich während des Balkankrieges stark geschwächt und zerfiel schließlich im Ersten Weltkrieg.

Die Republik Türkei, in Anatolien gegründet, nahm das territoriale Erbe der Osmanen an. Dieser neue Staat nahm sich die westliche Demokratie mit dem verfassungsmäßigen parlamentarischen System zum Vorbild und konstituierte sich, wenn auch verspätet, als ein Nationalstaatsmodell.

Seine erste Verfassung aus dem Jahre 1921, als *Teşkilat-ı Esasiye Kanunu* (Verfassungsgesetz) bekannt, setzte sich aus 23 Hauptartikeln zusammen. Die Verfassung von 1924 baute darauf auf und stellte damit die wesentlichen Charakteristiken und Funktionsgrundlagen der türkischen Republik dar. Deren Grundprinzipien und die Definition des Staates mit dem „Türkentum“ begannen, in der türkischen Verfassung Gestalt anzunehmen und sich zu institutionalisieren. Die Amtssprache wurde Türkisch und Ankara Hauptstadt.

Die Verfassung von 1924 blieb mit verschiedenen Änderungen bis 1960 gültig. Die nach dem Putsch 1961 angenommene Verfassung schaffte einen bedingten demokratischen Rahmen und eröffnete in der Türkei den Weg für ein Mehrparteiensystem. Aber auch diese Konstitution wurde vom Militär eingeführt, das einen starken Einfluss auf das politische Leben in der Türkei hat und heute jegliche demokratische Entwicklung behindert. Ohnehin hat die Verfassung von 1961 nicht lange überlebt; mit dem Militärputsch vom 12. März 1970 wurden die Freiheiten aufgehoben. Die Vormundschaft des Militärregimes hielt weiterhin an, der dritte Militärputsch vom 12. September 1980 beseitigte alle Artikel, die bedingte Freiheiten einräumten. Die totalitären Zwangsbestimmungen der Verfassung von 1982 zwang das Militär mit all seiner Kraft dem Alltag in der Türkei auf. Dieser Zustand hält bis heute an.

Eine Sprache, eine Nation, eine Fahne

Nach dem 12.-September-Putsch nahm die Verfassung mit dem Argument „eine Sprache, eine Nation, eine Fahne“ einen Charakter an, der alle Unterschiede für nichtig erklärte. Der Kampf gegen diese Verfassung wurde mit Gewalt und Folter beantwortet.

Die türkische Republik, darum bemüht, Mitglied der EU zu werden, will gern die Punkte in ihrer Verfassung revidieren, die – gemessen an der Realität des 21. Jahrhunderts – unzeitgemäß sind.

Seit langen Jahren kritisieren zivilgesellschaftliche Organisationen, Kurden und unterschiedliche Glaubensgemeinschaften die geltende Verfassung als unterdrückerisch, totalitär und die elementaren Freiheiten einschränkend. Die Verfassung von 1982, welche die Grundlagen für die Zwangsgesetze in der Prämisse „ein Staat, eine Nation, eine Sprache, eine Fahne“ beinhaltet, wurde mehrmals verändert, hat aber nie etwas von ihrem militärischen Ton verloren und mit keiner dieser Änderungen zivile Eigenschaften erlangt. Denn sie wurde nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 vorbereitet und am 18. Oktober 1982 ratifiziert. Sie wurde von der Militärputschverwaltung gefertigt, die von 1980–83 die Macht in der Hand hielt. Zuletzt sind gewisse Änderungen im Rahmen der EU-Reformen 2004 vorgenommen worden. Unter dem Militärputschregime gab es am 7. November 1982 eine Volksabstimmung zu dieser Verfassung. Es beteiligten sich 91,3 % der Wahlberechtigten. 91,4 % stimmten mit Ja und 8,6 % mit Nein. Der Grund für diese außerordentlich hohe Zustimmung war, dass der Nationale Sicherheitsrat den Anschein erweckte, den Parteien übergeordnet zu sein, außerdem die strenge Medienkontrolle, das Verbot der politischen Parteien und die Aufhebung unterschiedlicher Anschauungen. Die prägenden Gewalterfahrungen der Bevölkerung aus der Zeit vor 1980, ihr Misstrauen gegenüber alten Regierungen und die Ungewissheit über etwaige Folgen nach einem Nein bei der Volksabstimmung taten ihr Übriges.

Wie wünschen sich die Kurden die Verfassung?

Kurden konkretisieren ihre Vorschläge für die zivile Verfassung

Öcalan erläuterte kürzlich im Anwaltsgespräch seine Sicht auf die Verfassungsdebatte und offerierte seine Vorschläge. Er betonte die Bedeutung der Diskussionen und nannte die Verfassung von 1921 als Vorbild. Diese bedürfe einer intensiveren Untersuchung und Beachtung. Weiterhin machte er konkrete Vorschläge.

Öcalan hielt es, um der Lösung vieler Probleme den Weg zu ebnen, für ausreichend, der Verfassung die Formulierung hinzuzufügen: „Die türkische Verfassung erkennt die Existenz und den demokratischen Ausdruck aller Kulturen an." „Dann wird die PKK innerhalb von zwei Monaten die Waffen niederlegen, klandestine Organisierungen werden sich auflösen. Die anschließende Etappe wird im Rahmen demokratischer Gesetze geregelt. Das liegt im Rahmen des Möglichen, wir können das Blutvergießen stoppen", fügte er hinzu.

Das Fundament der KCK bilde die demokratische Selbstverwaltung. Daher solle man die Nähe des Staates meiden, warnte er.

Im Gespräch forderte Öcalan als Bedingung die demokratische Selbstverwaltung. Werde diese Bedingung nicht erfüllt, sei er gegen die Verfassung, und alle bisherigen Änderungsbemühungen seien nur formal.

Öcalan legte auch sein Verständnis von demokratischer Selbstverwaltung dar. Demnach baue sie auf demokratischer Politik, einer demokratischen Gesellschaft und einer demokratischen Republik auf.

Öcalan: „Auch die Definition der Staatsangehörigkeit wird vom Türkentum abgeleitet. Das ist inakzeptabel. Wenn sie darauf beharren, wird es Zwang sein."

Die erste positive Reaktion auf Öcalans Äußerungen kam von der DTP. Sie sieht seine Vorschläge als eine besondere Gelegenheit.

Die neue Verfassung dient der AKP

Nach der türkischen Parlamentswahl vom 22. Juli 2007 thematisierte die zum zweiten Mal an die Regierung gelangte islamisch-konservative *Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung* (AKP) die Verfassungsänderung. Denn sie hatte in ihrer ersten Regierungsperiode nach 2002 ihre Politik nicht wie gewünscht umsetzen können. Die Vorherrschaft des Militärs in für die türkische Politik bedeutenden Institutionen wie dem Nationalen Sicherheitsrat hatte das verhindert. Des Weiteren bestand ein struktureller Widerspruch zwischen der islamisch-konservativen AKP-Regierung, dem Hochschulrat (YÖK) und der kemalistischen Armee sowie deren wirksamer Staatsbürokratie. Um ihre Macht zu stabilisieren und „verfassungsmäßige Hindernisse" zu überwinden, hat die AKP die Idee einer Verfassungsänderung präsentiert und einen subjektiven Verfassungsvorschlag vorbereitet. Trotz gewisser demokratischer Bestimmungen verfügt dieser Entwurf nicht über Freiheitsgrenzen, die sich von der 1982er Verfassung grundsätzlich unterscheiden.

Auch im AKP-Entwurf ist die totalitäre Bedeutung von „eine Nation, ein Staat, eine Fahne, eine Sprache" unerlässliches Grundprinzip. Es fällt auf, dass der von der AKP als neu deklarierte Text viel Ähnlichkeit mit früheren Vorschlägen aufweist. Die enthaltene Bestimmung „Die offizielle Sprache des Staates ist Türkisch" war schon 2001 von der damaligen Regierung, in der die rassistische MHP (*Partei der Nationalistischen Bewegung*) Koalitionspartnerin war, diskutiert und als Änderungsvorschlag eingereicht worden, ohne jedoch übernommen zu werden.

Außerdem prägt die Militärmentalität der Verfassung von 1982 den neuen Entwurf, der die Freiheiten beschränkt. Mit der Begründung der nationalen Sicherheit und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung werden im Bereich der Grundrechte und Freiheiten bei Meinungsfreiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung, Vertraulichkeit des Privatlebens, Informations-, Vereinigungs- und Versammlungsrecht Einschränkungen vorgenommen. Im Falle der Einführung des AKP-Verfassungsentwurfs in seiner jetzigen Form würde das Land in ein nationales Sicherheitsrevier verwandelt werden, mit beschnittenen Grundrechten und Freiheiten und vielen Verboten.

Die AKP fordert das malaiische Regime!

Der Verfassungsentwurf stützt sich nicht auf die Glaubensfreiheit. Er ist vielmehr ausgerichtet auf die sunnitisch-islamische Konfession. Die Freiheiten anderer Glaubensrichtungen und Religionen wie des Alevitismus oder des Christentums sind nicht garantiert. Sogar das geltende begrenzte „Laizismusprinzip" wird deformiert. Es wird vorgeschoben, dass mit diesem Entwurf das islamische Herrschaftsmodell Malaysias angestrebt wird.

Der Verfassungsentwurf, der die Freiheiten einschränkt und sie manchmal sogar aufhebt, steht im vollen Einklang mit dem „Dokument der nationalen Sicherheitspolitik" – *Milli Güvenlik Siyaset Belgesi* –, das auch als „tiefe" Verfassung des Staates *[analog zum „tiefen Staat"]* bezeichnet wird. Es wurde nach den Vorfällen in Şemdinli im März 2006 dem Generalstab gemäß vom Kabinett bewilligt. Seine Wahrnehmung der „inneren Bedrohung" findet seinen Ausdruck wieder im neuen Verfassungsentwurf. Auch wenn diesem vorangeschickt wird, dass zentrales Anliegen des Staates sei, die Freiheit der Menschen zu erhalten, versuchen die enthaltenen Bestimmungen im Gegenteil, den Staat vor den Individuen zu bewahren.

„Sicherheits"grenzen für Grundrechte

Im AKP-Entwurf werden die unter der Überschrift „Grundrechte und -freiheiten" aufgelisteten Garantien – wie Vertraulichkeit des Privat- und Familienlebens, Unverletzlichkeit der Wohnung, Recht auf Information, Meinungsfreiheit, Reise- und Wohnfreiheit, Recht auf Vereinsgründung, Versammlungs- und Demonstrationsrecht – unter dem Vorwand von nationaler Sicherheit, öffentlicher Ordnung, allgemeiner Gesundheit, Moral, der Wahrung der

Rechte und Freiheiten anderer und der Prävention von Straftaten eingeschränkt und sogar teilweise aufgehoben.

Auf die nationale Sicherheit und öffentliche Ordnung, durch den Militärputsch von 1980 oft genug betont, wird in dem Entwurf einer zivilen Regierung nach 27 Jahren erneut fast durchgehend in allen Artikeln verwiesen. Hier einige Beispiele aus dem Text:

- Es heißt, die Wohnung sei unantastbar, aber im Falle der Gefährdung der nationalen Sicherheit und öffentlichen Ordnung sollen auf richterlichen Beschluss Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmung von Privateigentum durchgeführt werden können.
- Jeder soll einen Verein gründen, Versammlungen und Demonstrationen abhalten können, aber nur, wenn nationale Sicherheit und öffentliche Ordnung nicht verletzt werden.
- Auch Telefongespräche können mit der gleichen Begründung auf richterlichen Beschluss weiterhin abgehört werden.
- Die häufige Betonung der nationalen Sicherheit und öffentlichen Ordnung räumt der Justiz breite Möglichkeiten ein, eine Meinung als Straftat zu definieren.
- Der Entwurf, der im vollen Einklang mit dem „Gesetz zur Bekämpfung des Terrors“ steht, bietet auch keinerlei verfassungsrechtliche Gewährleistung für Verfahren, die nach Art. 301 des Türkischen Strafgesetzbuches („Verunglimpfung des Türkentums“) oder Art. 305 im Abschnitt „Allgemeine nationale Belange” eröffnet werden.
- Widersprüche gegen Gerichtsverfahren im Rahmen des Türkischen Strafgesetzbuches und des „Gesetzes zur Bekämpfung des Terrors“ können mit der Begründung, diese würden der Verfassung nicht widersprechen, abgelehnt werden.

So fällt dieser Verfassungsentwurf nicht durch die Garantierung von Grundrechten und -freiheiten auf, sondern durch deren Einschränkung und sogar Aufhebung.

Zweierlei Verfassung

Ein wichtiger Aspekt wird hierbei außer Acht gelassen. Die türkische Republik hatte immer zweierlei Verfassung. Die offizielle, sichtbare, die den Alltag an gesetzliche Bestimmungen anbindet. Dann die geheime, verborgene Verfassung, die sich zeitweilig in den türkischen Medien widerspiegelt. Bei bestimmten gesellschaftlichen Ereignissen und zu gegebenen Zeiten landet die offizielle Verfassung in der Schublade, anschließend wird auf die geheime zurückgegriffen. Diese ist das „Dokument der nationalen Sicherheitspolitik“. Damit verwaltet jede Regierung die Republik anstelle der offiziellen Konstitution. So wie im Fall des Rechtsskandals nach der Bombenserie, die im August 2005 in Hakkari begonnen hatte und in Şemdinli endete. Die offizielle Verfassung hat keine Gültigkeit, wenn es um die Kurden geht, die Zypern-Frage und um Armenien.

Kurzum, der AKP-Verfassungsentwurf überwindet den militaristischen und repressiven Charakter der Verfassung von 1982 nicht. Vielleicht kann das Werk stellenweise reformiert, mit

Im Entwurf der „Demokratischen Initiative“ wird der Schutz der Rechte und Freiheiten gefordert. Für einen Ausgleich im Parlament soll ein Senat geschaffen werden, die Minister sollen ihre Abgeordnetenfunktionen aufgeben und der Ministerpräsident vom Parteivorstand zurücktreten.

Weiterhin werden folgende Umrisse skizziert:

1) Einleitung

- Der Verfassungstext muss mit einer kurzen und bündigen, alle Gruppierungen der Gesellschaft umfassenden Formulierung beginnen wie: „Als Bürger der Türkei haben wir die Verfassung vorbereitet.“
- In der Einleitung darf keiner Person oder Institution die Unantastbarkeit oder eine entsprechende Legitimation beigemessen werden. In ihr muss die Gesellschaft unter zukunftsorientierten Zielen zusammengeführt und integrativ der Anspruch auf einen Gesellschaftsvertrag gestellt werden.

2) Allgemeine Grundsätze

- Bei der Formulierung der republikanischen Grundsätze müssen unklare Aussagen gemieden, dafür eine klare und deutliche juristische Nomenklatur bevorzugt werden.
- Bei der Ausgestaltung der Herrschaft sind supranationale Gesetze, Amts- und Sanktionsmechanismen zu berücksichtigen.
- Die Beziehung zwischen Nation und supranationalem Recht muss klar strukturiert werden, der Rechtsstaat ist im Sinne der Priorität des Rechts zu gestalten. Somit soll der Rechtsstaat neben seinem Beitrag zum inneren Frieden von fixen Ideen wie dem Nationalstaat wegführen und als Ort einer Neudefinition dienen.
- Das im Abschnitt zu Rechten und Freiheiten enthaltene Verbot von deren Missbrauch muss vom Individuum auf die Staatsgewalt und die Staatsdienste ausgeweitet werden.

d) Institutionen der Republik

- Die Bemühungen der Regierung zum Ausgleich sowohl zwischen den Institutionen als auch zwischen Gesellschaft und Staat dürfen nicht auf „Befehlen“ beruhen, sondern müssen auf Verwaltungsebene stattfinden. Die Gewalten dürfen nicht voneinander abhängen, sie müssen in Kooperation und im Gleichgewicht miteinander funktionieren. Grundsätzlich muss die Legislative aus der Vorherrschaft der Exekutive befreit werden.
- Die Legislative darf keine Ungleichheit zwischen Verwalter und Verwaltetem schaffen und den Verantwortungsbereich als Garantin der parlamentarischen Sicherheit nicht verlassen.
- Für das türkische Parlament ist als Ausgleich durch ein Zweikammersystem die Idee der Schaffung eines Senats in Betracht zu ziehen.
- Die alleinige Vollmacht der Legislative in der Gesetzgebung ist auszuweiten, die demokratische Verwaltung des Volkes muss gewährleistet werden. Hierfür sind basisdemokratische Instrumente (z. B. legislatives Referendum, Volksinitiativen, Volksveto) heranzuziehen.

gewissen freiheitlichen Passagen ergänzt werden, aber es entspricht weder den EU-Kriterien noch dem von der Gesellschaft in der Türkei benötigten und eingeforderten Rechts- und Freiheitsrahmen. Aus diesem Grunde erarbeiten zivilgesellschaftliche Organisationen Alternativentwürfe.

Zivilgesellschaft ist unzufrieden mit AKP

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen, Kurden, Aleviten und die demokratische Öffentlichkeit der Türkei sehen den Verfassungsentwurf der AKP, mit dem Anspruch einer „zivilen Verfassung" erstellt, als Fortsetzung der Putschverfassung von 1982. Denn eine Verfassung, eigentlich ein Gesellschaftsvertrag, müsste im Rahmen der Vorschläge unterschiedlicher gesellschaftlicher Kräfte erarbeitet werden. Dabei ist der AKP-Entwurf in einem sehr begrenzten elitären Kreis entstanden, unter Berücksichtigung der politischen Interessen der AKP, ohne die angekündigte breite Diskussion in der Öffentlichkeit. Die Kritik bezieht sich auf die ersten vier Verfassungsartikel, die den eigentlichen Inhalt bestimmen, die unverändert übernommen wurden und dem Prinzip einer neu aufgelegten Verfassung widersprechen. In der jetzigen Form wurden Änderungsvorschläge früherer Regierungen übernommen, und nichts weiter.

Anlässlich der Tatsache, dass die AKP mit den Debatten um Kopftuch und Religionsunterricht den demokratischen Teil in den Hintergrund zu drängen versucht, bereiten zivilgesellschaftliche Organisationen ebenfalls einen Entwurf vor. Unter dem Namen „Demokratische Initiative für eine sozial-kulturelle und gleichberechtigte moderne Verfassung" erarbeiten KESK, DISK, TMMOB, TÜRMOB, TTB, TDB und TEB Vorschläge, um ihr einen demokratischen Charakter zu verleihen. „Wir wollen dazu beitragen, dass sie modernen Prinzipien entspricht, ohne Personen, Institutionen oder Werte heiligzusprechen, dass sie auf der Basis der Errungenschaften und des Mosaiks in der Türkei friedlich, demokratisch und sozial ist, dass in ihr das Fundament aller Gesetze an die Menschenwürde und die Rechtshoheit angelehnt ist."

Der Entwurf wurde unter drei Überschriften erstellt: „Die politische und verfassungsrechtliche Tagesordnung der Türkei von gestern bis heute", „Bedeutung der Verfassungssuche" und „Die zu schaffende Verfassung". Er besteht aus 16 Seiten; darin heißt es, dass der Regierungsvorschlag keinen Reformeindruck erwecke, sondern den eines „Wiederaufbaus des Regimes nach einem Zusammenbruch". Die Suche nach einer neuen Verfassung erinnere an einen Verfassungsfetischismus, heißt es weiter. Außerdem wird die Einführung des „Bürger"begriffs statt „Türke" gefordert. ♦

Beweise sind nötig, um sagen zu können: „Es gibt keine Folter!"

IHD und Mazlum-Der in einer Presseerklärung vom 7. September 2007 zur Folter in der Türkei:

Sehr geehrte PressevertreterInnen,

während einer Debatte am 3. September im türkischen Parlament über das neue Regierungsprogramm äußerte sich Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan zur Aussage einiger Abgeordneter, dass Folter immer noch andauere, folgendermaßen:

„Verehrter Freund, ich möchte an dieser Stelle noch auf etwas aufmerksam machen. Und das wäre unsere Devise: ‚Null Toleranz in der Frage der Folter'. Ja, ich betone: Null Toleranz für die Folter. (Applaus aus den Reihen der AKP) Wenn Ihr Beweise habt, so tretet vor und führt sie an. Worte und Behauptungen aus den Reihen der Opposition reichen nicht aus. Beweise sind nötig. Wenn Ihr Beweise habt, sagt es und wir werden das Notwendige unternehmen. Unsere Verantwortung als Regierung ist es, wenn solche Vorfälle bewiesen werden, das Notwendige zu unternehmen. Aber jemand, der behauptet, dass es Folter gibt, muss dies auch beweisen. In meinem Land gibt es derzeit keine Foltervorfälle. Es ist nicht nachvollziehbar, dass Sie, obwohl Sie das wissen, vor den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof gehen und unwahre Behauptungen in der EU verbreiten. Das muss ich hier sagen. Wir tragen diese Auseinandersetzung auch mit bestimmten Stellen aus. Wir müssen hier Hand in Hand handeln." (Aus dem Parlamentsprotokoll vom 3. September 2007)

Wir erachten die Devise der Regierung „Null Toleranz für Folter" für wichtig. Aber die zuständigen Stellen müssen auch akzeptieren, dass es Probleme bei der Umsetzung dieser Devise gibt. Wir erachten es an dieser Stelle für notwendig, die Regierung bezüglich der Prävention von Folter, Misshandlung, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung und Bestrafung erneut an Folgendes zu erinnern: Die Verantwortung der Regierung bezüglich der Vorbeugung gegen Folter beinhaltet sowohl direkte als auch indirekte Verantwortung. Die indirekte Verantwortung bedeutet das strikte Verbot von Folter, Misshandlung, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung und Bestrafung. Direkte Verantwortungsübernahme bedeutet, ständig und regelmäßig zu kontrollieren, alle Aktivitäten diesbezüglich mit der Öffentlichkeit zu teilen und solche Vorfälle zu verhindern. Außerdem beinhaltet politische Verantwortung, entsprechenden Behauptungen wirksam nachzugehen und die Verantwortlichen vor Gericht zu bringen und, wenn diese für schuldig befunden werden, sie entsprechend zu bestrafen. Doch obwohl die neu gewählten Parlamentsmitglieder ihr Amt noch nicht einmal offiziell angetreten haben, hat die AKP-Regierung am 28. Juli 2007 Veränderungen im Gesetz über das Besuchsrecht von Verurteilten und Verhafteten vorgenommen. Mit diesen Veränderungen wurde die Kontrollberechtigung von Abgeordneten in den staatlichen Einrichtungen wie Gefängnissen ernsthaft eingeschränkt und die poli-

tischen Gefangenen und Sträflinge aus dem Besuchsrecht herausgenommen. Dabei wurden in der Vergangenheit bei Kontrollen in den Festnahmezentren und Gefängnissen viele Foltervorfälle festgestellt. Der Manisa-Vorfall kann an dieser Stelle als Beispiel angeführt werden: Am 25. Dezember 1995 hatte der damalige Abgeordnete Sabri Ergül bei der Visite des Polizeipräsidiums Manisa vor Ort die Folterung von 14 Jugendlichen ermittelt.

Mit ähnlichen Umgestaltungen des Gesetzes zur Terrorismusbekämpfung und des Gesetzes über Polizeivollmachten wurden der Polizei weitgehende Konzessionen für Folter und außergerichtliche Hinrichtung eingeräumt. Der Tod eines nigerianischen Flüchtlings auf dem Polizeipräsidium von Beyoğlu ist ein ernsthafter Vorfall. Allein im Juni dieses Jahres kam es in drei unterschiedlichen Provinzen zu Todesfällen im Polizeigewahrsam.

Es liegt in der Verantwortung des Staates, das Leben und die Sicherheit von Personen zu garantieren, denen die Freiheit durch öffentliche Institutionen entzogen wurde. Wir möchten erneut daran erinnern, dass die Beweispflicht bei Beschwerden von Personen, deren Freiheit von öffentlichen Institutionen entzogen wurde, wegen Folter, Misshandlung, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung oder Bestrafung beim Staat liegt.

Die örtlichen Rechtsbestimmungen, das Europäische Menschenrechtsabkommen, an das wir gebunden sind, und der Plenarausschuss des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes schreiben dies ebenfalls vor. Für öffentliche Stellen ist dieses Gesetz bindend.

Folglich kann die Regierung ihre Verantwortung nicht zurückweisen mit der Aussage: „Wenn Folter bewiesen wird, werden wir das Nötige unternehmen.“ Eine solche Beschränkung würde die Devise der Regierung „Null Toleranz für Folter“ unglaubwürdig machen und sie ihrer Verantwortung entheben. Die Devise „Null Toleranz für Folter“ beruht auf der Existenz der Folter und ist sehr bedeutend. Aber gegenwärtig gibt es keine Anhaltspunkte dafür, sagen zu können: „Heute gibt es in unserem Land keine Folter mehr.“ Das entspricht nicht den Tatsachen und diese Realität ist nicht nur den Anträgen, die bei den Menschenrechtsorganisationen eingereicht werden, zu entnehmen, sondern auch den Anzeigen von Opfern, die sie bei Menschenrechtsinstitutionen in Provinzen und Kreisstädten erstatten. Zudem ist die Beobachtung von Menschenrechtsorganisationen, dass die Folter in der Türkei sich zwar quantitativ etwas verringert hat, aber noch weiterhin anhält.

Was dies betrifft, liegt es in der Verantwortung der Regierung, nicht alle Personen und Organisationen, die die Folter in der Türkei bereinigen wollen, als Verschwörer darzustellen, sondern in der Zusammenarbeit mit ihnen Mechanismen zur vollständigen Beendigung der Folter zu entwickeln. Einer dieser Mechanismen ist die Ratifizierung der Zusatzerklärung der UNO zur Bekämpfung der Folter und die Einrichtung von unabhängigen Beobachterstellen.

Verehrte PressevertreterInnen,

wenn wir uns die Bilanz der Berichte des Menschenrechtsvereins für die Jahre 2002 bis einschließlich 2006 sowie die ersten sechs Monate des Jahres 2007 anschauen, so sprechen die Zahlen eine deutliche Sprache. Der Bericht von Januar bis Juni 2007 dokumentiert, dass 376 Personen Folter und Misshandlung ausgesetzt waren. Ferner besagt die Bilanz des Mazlum-Der für Januar bis Juni 2007, dass 75 Vorfälle von Folter und Misshandlung vorliegen. Laut Bilanz des Mazlum-Der endeten 6 der Vorfälle tödlich und 3 mit „Körperverletzung“. Auch in den Berichten der Türkischen Menschenrechtsstiftung sind ähnliche Vorfälle dokumentiert.

Der Hauptgrund dafür, dass die Folter dermaßen weit verbreitet ist und so viel Kontinuität hat, ist der, dass, wie in vielen anderen Ländern auch, in unserem Land die Folterer von der Autorität geschützt und nicht strafrechtlich verfolgt werden. Am 28. März 2006 wurden in Diyarbakır bei einer Demonstration 10 Menschen, darunter 7 Kinder, von der Polizei erschossen. Während der Newrozfeierlichkeiten 2007 und am 1. Mai wurde neben zahlreichen Verhaftungen von DemonstrantInnen die Folter auf die Straßen verlagert. U. a. diese Vorfälle innerhalb der letzten eineinhalb Jahre zeigen, dass das Projekt der „Demokratisierung“, das in der Phase, als die EU-Mitgliedschaft angestrebt wurde, auf der Agenda stand, beendet ist, stattdessen die Devise „Null Toleranz für Folter“ konterkariert wurde.

Verehrte Mitglieder der Presse,

Aufrichtigkeit bedarf Mut und die Konfrontation mit der Realität. Wenn die Regierung aufrichtig ist mit ihrer Devise „Null Toleranz für Folter“ (was wir gerne glauben würden), so muss sie ihre BürgerInnen und die zivilgesellschaftlichen Organisationen, die auf der Basis des freien Willens der BürgerInnen gegründet wurden, anhören, respektieren und die eingebrachten Vorwürfe recherchieren. Es wird von ihr erwartet, dass sie die Tätigkeiten und Bemühungen für die Beendigung von Folter, die eine Schande der Menschheit ist, von Misshandlung, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung unterstützt. Außerdem ist es ein anerkanntes Recht jedes Staatsbürgers und jeder Staatsbürgerin der türkischen Republik, sein bzw. ihr Anliegen vor den Menschenrechtsgerichtshof zu tragen. Es ist ein zwingender Weg, den die Folteropfer einschlagen, wenn sie im eigenen Land kein wirksames und gerechtes Resultat auf juristischem Wege erlangt haben. Wenn nicht gewünscht ist, dass Verfahren an den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof (EGMR) getragen werden, so müssen unsere Gerichte die Folterer entsprechend verurteilen und die Opfer angemessen entschädigen.

Der IHD und Mazlum-Der definieren die Folter als ein Vergehen gegen die Menschlichkeit. Wir wiederholen hier erneut mit erhobener Stimme, dass wir alle Vorfälle, die die Würde der Menschen verletzen, so lange verfolgen werden, bis kein einziger Foltervorfall mehr geschieht.

Hauptgeschäftsstelle des Menschenrechtsvereins IHD
Mazlum-Der (Verein für Menschenrechte und Solidarität mit den Unterdrückten)

Joost Lagendijk: Wir sind bereit, in der kurdischen Frage als Vermittler zu agieren

Meinungsfreiheit, kurdische Frage, Rolle des Militärs ...

Interview mit Joost Lagendijk

Im Folgenden ein Interview mit Joost Lagendijk, dem Vorsitzenden der Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Türkei des Europäischen Parlaments, das am 21. September 2007 in ANF veröffentlicht wurde. Das Interview führte Hüseyin Elmali.

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats hat mit einer Delegation die Wahl in der Türkei beobachtet und wird einen Bericht veröffentlichen. Wie wird er Ihrer Meinung nach aussehen?

Wir warten auf den Bericht der Parlamentarischen Versammlung. An bestimmten Punkten gab es Probleme, aber im Großen und Ganzen wurden die Wahlen demokratisch durchgeführt. Wenn wir aus Strasbourg und Brüssel schauen, kann ich sagen, dass die Wahlergebnisse positiv ausgefallen sind. Das zu sagen bedeutet aber nicht, die AKP oder ihre Politik zu unterstützen. Ich sage es aus EU-Sicht. Wenn wir die AKP mit den anderen Alternativen wie der CHP oder MHP im Hinblick auf Fortschritte der Türkei auf dem Weg in die EU oder die Umsetzung neuer Reformen vergleichen, sehen wir, dass die AKP dabei besser wegkommt.

Es ist eine zu unterstreichende bedeutsame Entwicklung, dass nach Jahren kurdische VertreterInnen im türkischen Parlament sitzen. Wir finden es sehr wichtig, dass die DTP im Parlament ist, und viel wichtiger, dass sie eine Fraktion stellt. Sowohl der Einzug der DTP ins Parlament als auch, dass die AKP erneut die Regierung stellt, steigert meine Hoffnung bezüglich der Lösung der kurdischen Frage und darin, dass die Türkei auf dem Weg zur EU voranschreiten wird.

Der Berichterstatter für die Türkei, van den Brande, erklärte, dass die 10-%-Wahlhürde sehr hoch sei und verändert werden müsse. Welche Neuerungen erwarten Sie zumindest bis zu den nächsten Wahlen?

Wir sind als Europaparlament gegen die Zehnprozenthürde. Wir wünschen uns ihre Reduzierung auf mindestens 5 % oder niedriger. Nach EU-Prinzipien soll jedes Land seine eigene Wahlhürde festlegen, aber 10 % sind zu hoch. Wir haben es in der Vergangenheit gesagt und sagen es auch jetzt, dass sie unter 10 % gesenkt werden muss. Die DTP ist trotz dieser Wahlhürde, wie sie es selbst ausdrückt, durch das Fenster eingetreten, nachdem ihr die Tür verschlossen blieb. Das wiederum zeigt, wie überflüssig die Hürde ist.

Ministerpräsident Erdoğan hat sein Regierungsprogramm veröffentlicht. Alle oppositionellen Gruppen kritisieren es. Auch die DTP bemängelt, dass darin gar nicht auf die kurdische Frage eingegangen wird. Was denken Sie über dieses Programm?

Wir wollen anstelle allgemeiner Reden die Praxis sehen und werden auch entsprechend die Praxis bewerten. Z. B. in der Frage der freien Meinungsäußerung. Die Aufhebung der Beschränkungen durch den Artikel 301 des Strafgesetzbuchs ist für uns sehr wichtig. Das haben wir leider im Regierungsprogramm nicht entdecken können. Das ist schlecht und hat uns enttäuscht. Wir als Freunde der Türkei verfolgen die Diskussionen über die Verfassungsänderungen mit großem Interesse. Ich möchte auch erwähnen, dass Themen wie die Benutzung der kurdischen Sprache, die Anerkennung der Rechte der Kurden im Zusammenhang mit der Revision der Verfassung für uns äußerst bedeutsam sind. Informationen, die zur Presse durchdringen – auch wenn es wenige sind –, geben uns gewisse Anhaltspunkte zur Hoffnung, aber wir werden es sehen. In der Rede des Ministerpräsidenten gab es keine klaren Äußerungen, aber wir sind dennoch zuversichtlich. Die Türkei bedarf einer wahren zivilen Verfassung.

Der Bürgermeister von Diyarbakır-Sur und die Ratsmitglieder wurden ihrer Aufgaben enthoben. Regierungskreise haben sich nicht dagegengestellt. Wie ist dies zu bewerten?

Ehrlich gesagt habe ich nicht erwartet, dass die AKP vor der Wahl hierzu Reaktion zeigt. Doch jetzt erwarten wir eine. Die AKP-Regierung hat viele Stimmen von kurdischer Seite erhalten. Ich erwarte daher, dass sich die AKP dieses Themas annimmt. Eben habe ich meine Erwartungen zum Artikel 301 oder zur Nutzung der kurdischen Sprache zum Ausdruck gebracht. Es ist nun an der Zeit, dass diese starke und legitime Regierung die benannten bedeutenden Themen ernsthaft behandelt. Den Bürgermeistern sollte offiziell erlaubt werden, Kurdisch im Rahmen der Mehrsprachigkeit zu nutzen. Diese Angele-

genheiten haben für mich Priorität. Es ist sehr wichtig, dass kurdische Bürgermeister mit ihren Bürgern in ihrer Muttersprache kommunizieren. Die Regierung sollte diese Probleme lösen. Die neue auszuarbeitende Verfassung sollte diese Angelegenheiten enthalten. Es gibt auch Probleme, die nur langfristig gelöst werden können, aber die Regierung sollte nun für diese Art von Problemen Lösungen entwickeln.

Die DTP ist zwar im Parlament vertreten, aber gegen den Fraktionsvorsitzenden Ahmet Türk soll ein Ermittlungsverfahren eröffnet werden. Auch gegen den Oberbürgermeister von Diyarbakır, Osman Baydemir, wird ermittelt. Außerdem wurde beschlossen, die Verfahren und Verurteilungen einiger anderer Abgeordneter weiter zu betreiben. Wie bewerten Sie dies?

Ich denke, dass beide Seiten sich erst einmal beruhigen sollten. Die Tatsache, dass die DTP den Einzug ins Parlament geschafft hat und die AKP gestärkt an die Macht gelangt ist, bietet für uns die Möglichkeit, diese Probleme zu überwinden. Diese Chance, dass AKP und DTP Seite an Seite im Parlament sind, sollte genutzt werden. Vielleicht wird es nicht einfach sein, aber es sind diese beiden Parteien, die eine Lösung für die kurdische Frage entwickeln können – niemand sonst. Eine Lösung auf politischer, sozialer und kultureller Grundlage. Diese beiden Parteien dürfen diese Chance nicht versäumen.

Nun zu Diyarbakır: Es ist richtig, dass die Regierung in den Südosten investiert, aber es stimmt auch, dass die Anstrengungen des Oberbürgermeisters von Diyarbakır, vom Europäischen Fonds zu profitieren, in der Türkei unbeantwortet bleiben. Diyarbakır sollte in dieser Hinsicht der Weg eröffnet werden. D. h. es stimmt, wenn Erdoğan sagt, er investiert in den Südosten, aber auch, wenn Baydemir sagt: „Wir möchten vom EU-Fonds profitieren und dies sollte uns ermöglicht werden."

Angesichts der ungeheuren Probleme von Diyarbakır sind meiner Meinung nach Streitigkeiten zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Bürgermeister nicht produktiv. Diese Auseinandersetzungen nutzen weder den Bürgern von Diyarbakır noch sonst jemandem. Ankara muss endlich sehen und akzeptieren, dass es in Diyarbakır Probleme gibt, die nicht nur mit Geld zu lösen sind. Hier muss Hand in Hand gearbeitet werden. Ankara sollte sich mit dem Südosten zusammensetzen und zusammenarbeiten. AKP und DTP können es gemeinsam machen. Ich sage beiden: „Beruhigt euch bitte, setzt euch an den Tisch und arbeitet miteinander."



Joost Lagendijk in Diyarbakır, März 2007 Foto: DIHA

Eine ähnliche Phase, wie Sie sie zur Überwindung der kurdischen Frage zur Sprache gebracht haben, erlebte auch Nordirland. Die EU versuchte annähernd zwanzig Jahre, mit konkreten Ansätzen die Auseinandersetzung zu bewältigen. Mit politischem und moralischem Beistand unterstützte sie die Friedensphase. Es ist auch bekannt, dass sie eine Rolle dabei spielte, dass die Konfliktparteien in den Dialog getreten sind.

Sie haben völlig Recht. Wir können es unter zwei Überschriften behandeln. Zum einen die Verbesserung der sozioökonomischen Situation. Das wäre die Aufgabe der Regierung der Türkei. Es ist notwendig, dass hierzu entsprechende Initiativen ergriffen und die Probleme überwunden werden. Bei bereits geplanten Projekten sollte das Notwendige unternommen werden, damit sie umgesetzt werden können. Hierbei könnten die EU und der IWF behilflich sein. Wir können, bezogen auf die kurdischen Regionen, gemeinsam mit den Kurden kulturell und politisch behilflich sein. Wir können diesen Punkt ständig auf der Tagesordnung halten und mit der türkischen Regierung in Dialog treten. Wir können sogar, wenn die Regierung es wünscht und die Kurden es ebenfalls akzeptieren, als Vermittler agieren. Aus diesem Grunde betonen wir die Wichtigkeit der Rolle, die AKP und DTP spielen könnten. Wir sagen, dass sie gemeinsam die Probleme lösen sollten. Aber man muss sich auch im Klaren sein, dass der Platz für die Lösung die Türkei ist. Wie ich schon früher gesagt habe, die EU-Mitgliedschaft der Türkei wird sich sehr schwierig gestalten, wenn in der Türkei keine politische, ökonomische, soziale und kulturelle Lösung für die kurdische Frage gefunden werden sollte. Erdoğan weiß das genau. Vor zwei Jahren hat er in Diyarbakır die Existenz der kurdischen Frage anerkannt und zur Sprache gebracht, dass dieses Problem

gelöst werden muss. Gegenwärtig sind wir davon noch sehr weit entfernt. Aber vor uns liegen fünf Jahre, die wir sehr gut nutzen sollten. In erster Linie sollte es von der türkischen Regierung, d. h. von der AKP, verstanden werden, dass diese Phase eine Chance für eine Lösung beinhaltet und dass Schritte in diese Richtung eingeleitet werden müssen. Wir können in diesem Zusammenhang moralisch und sogar materiell behilflich sein. Das ist kein Thema, dem nur ich persönlich große Bedeutung beimesse, sondern das Europäische Parlament. Wir versuchen, beide betreffenden Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen. Unsere Bemühungen werden auch in Zukunft anhalten.

Die Fraktionsgruppen der Sozialdemokraten, Liberalen und Grünen im Europaparlament bereiten eine breit angelegte Konferenz zur kurdischen Frage vor. Wird die Konferenz die Themen umfassen, die Sie eben darstellten?

Ja, es stimmt, wir können sagen, dass es eine Weiterführung dessen ist, was ich eben sagte. Die Grüne, die Liberale und die Sozialdemokratische Fraktionsgruppe im Europäischen Parlament – der Beteiligung anderer Fraktionen steht nichts im Wege – arbeiten an einer Konferenz, die eine Plattform herstellen soll, auf der Türken und Kurden anwesend sind und auf der über Möglichkeiten des Handelns gesprochen werden soll. Wir werden versuchen, die Menschen einander näher zu bringen, um das Problem zu überwinden, sozioökonomische Pläne eingeschlossen. Wir möchten die übliche Rhetorik von „Das Problem gibt es und es muss gelöst werden“ verlassen. Ob in Strasbourg oder Brüssel, wir zielen darauf ab, die Grundlage dafür zu schaffen, dass Türken und Kurden an einem Tisch sitzen und darüber diskutieren, wie das Problem gelöst werden kann. Als Parlament wird das unsere Rolle in dieser Angelegenheit sein. Ich denke, dass spätestens Anfang nächsten Jahres diese Konferenz durchgeführt werden kann. Wir arbeiten momentan an den praktischen Details. Ich hoffe, dass das einen Beitrag zu gegenseitigen besseren Beziehungen leisten wird.

Welche Probleme werden Ihrer Meinung nach im „Entwurf zu den Entwicklungen in der Türkei“, der vom Europaparlament vorbereitet wird, aufgegriffen?

Die Vorlage liegt noch nicht dem Auswärtigen Ausschuss vor. Wir arbeiten noch an der Fertigstellung. Aber wir streben einen ausgeglichenen Entwurf an. Die Vorlage wird im September dem Auswärtigen Ausschuss im Europäischen Parlament vorliegen und im Oktober in der Vollversammlung behandelt und beschlossen werden. Ich persönlich finde die zeitliche Abstimmung nicht sehr geeignet. Die EU-Kommission wird im November den Erweiterungsbericht veröffentlichen. Wir hätten diesen abwarten und anschließend unseren Entwurf anfertigen können. Aber nun wird eine Beschlussvorlage aufs Tapet kommen. Anfang nächsten Jahres wird der eigentliche Bericht an der Tagesordnung sein. Bei den vorherigen haben unterschiedliche Kreise sich einzumischen versucht, um die Ausgewogenheit der Berichte zu beeinflussen. In der armenischen Frage und in der kurdischen Frage war dies der Fall. Wir werden sehen, wie es diesmal wird.

Was wird die Grundlage dieses Berichts sein, welche Themen wird er beinhalten? Vor vier, fünf Jahren stieß die Forderung des damaligen Berichterstatters, Herrn Oslanders, auf Ablehnung, als er eine neue Verfassung forderte. Aber nun wird diese Notwendigkeit offen diskutiert. Die Kreise und die Regierung, die dies damals kritisierten, sprechen heute von einer zivilen Verfassung.

Ja, leider werden wir auch in diesem Bericht Themen, die wir schon früher diskutiert haben, erneut aufnehmen. Dies waren Themen wie Meinungsfreiheit, kurdische Frage und der Einfluss des Militärs auf die Politik. Diese drei lebenswichtigen Probleme sind bislang nicht gelöst und müssen nun endlich gelöst werden.

Herr Oslander erklärte in seinem Bericht, dass eine neue Verfassung für die Türkei notwendig sei. Dieses Problem wird früher oder später auf unsere Tagesordnung kommen, denn eine zivile Verfassung in der Türkei wird automatisch Lösungen für viele Probleme mit sich bringen. Der Weg für die Lösung bestimmter Fragen wie z. B. die kurdische Frage, die Rolle des Militärs, die Strukturierung des YÖK (Hochschulrats), ethnische und religiöse Minoritäten und andere ähnliche Probleme wäre eröffnet. Wir sind zuversichtlich, dass wir in der vor uns liegenden Zeit diese aufgezählten Probleme in der Türkei überwinden werden. Wir hoffen auch, dass die Frage der Minderheiten auf die Tagesordnung kommen wird. Vier Stufen des Berichts des Europaparlaments sind: Meinungsfreiheit, kurdische Frage, Rolle des Militärs und die neue Verfassung.

In der Beziehung zwischen der Türkei und der EU sind Themen wie Zypern, Bildung, Gesundheit, Landwirtschaft und Ökonomie wichtig. Wie wird die Lösung dieser Probleme aussehen, werden sie sich von selbst lösen?

Ich glaube nicht, dass irgendein Problem sich von selbst lösen kann. Es bedarf großer Anstrengungen. In der Zypernfrage denke ich nicht, dass vor den Wahlen im nächsten Jahr sich etwas tun wird. Ich denke nicht, dass es eine neue Entwicklung mit Papadopoulos geben wird. In der Türkei werden sich viele strukturelle Probleme wie Landwirtschaft und Umwelt verändern. Diese sind für den Fortschritt der Türkei von großer Bedeutung. Vielleicht, weil es zwischen der EU und der Türkei keine Probleme gibt, die zu Konflikten führen könnten, kamen diese Fragen nicht auf die Tagesordnung. Aber das bedeutet nicht, dass diese Themen unwichtig wären. Doch diese sind nicht die wesentlichen Themen und die von der Öffentlichkeit mit Interesse verfolgt werden. Vielmehr sind es die politischen Probleme, von denen ich eben sprach. Aus diesem Grunde werden die Fragen der Landwirtschaft nicht auf den Titelseiten der Berichte und Zeitungen zu finden sein. Meinungsfreiheit, die kurdische Frage und die Rolle des Militärs werden im Vordergrund stehen. ♦

Belohnung für Polizisten, die den 12-jährigen Uğur töteten

Freispruch für Polizei nach drei Jahren Verhandlungsdauer

Bayram Balcı

Ihr kanntet Uğur Kaymaz nicht, auch ich kannte ihn nicht. Uğur war ein zwölfjähriger Junge, der mit seiner Familie in der Kreisstadt Kızıltepe bei Mardin lebte. Wenn dreizehn Kugeln aus den Waffen der Sondereinsatzkommandos seinen kleinen Körper nicht durchsiebt hätten, wäre er heute fünfzehn Jahre alt.

In Kızıltepe bei Mardin wurden Uğur und sein Vater Ahmet Kaymaz am 21. November 2004 vor ihrer Wohnung von Sondereinsatzkommandos unter dem Vorwand einer „Operation gegen Mitglieder einer illegalen Organisation“ mit einem Kugelhagel ermordet. Gegen die Mitglieder des Sondereinsatzteams Mehmet Karaca, Yaşafettin Açıkgöz, Seydi Döngel und Salih Ayaz wurde ein Verfahren eingeleitet, aber das Gericht sprach sie frei. Die Geschichte von Uğur Kaymaz, der mit seinen Hausschuhen vor seiner Wohnung von staatlichen „Sicherheitskräften” mit dreizehn Kugeln erschossen wurde, ist nur so kurz.

Die eigentliche Geschichte wurde aber während des Gerichtsverfahrens gegen die Mitglieder des Sondereinsatzkommandos erfahrbar. Denn das Gerichtsverfahren, das gegen die Täter durchgeführt wurde, war regelrecht ein Märchen.

Die Staatsanwaltschaft von Mardin forderte in ihrer Anklageschrift die Verurteilung der vier angeklagten Polizisten, weil ihr Handeln den Rahmen der „legitimen Verteidigung“ verlassen habe und die Tötung nicht eindeutig einzelnen Tätern zuzuordnen sei. Sie forderte Gefängnisstrafen zwischen zwei und sechs Jahren. Des Weiteren forderte die Staatsanwaltschaft die Verurteilung der Mutter von Uğur, Makbule Kaymaz, zu



Kızıltepe 2004, Protest gegen die Erschießung von Uğur Kaymaz und seinen Vater Foto: DIHA

einer Strafe von bis zu fünfzehn Jahren wegen „Mitgliedschaft und Rädelsführerschaft in der PKK“.

Das Rechtssystem in der Türkei funktioniert auf diese Weise. Während gegen die Mitglieder des Sondereinsatzteams, die einen zwölfjährigen Jungen gemeinsam mit seinem Vater getötet haben, nur zwischen zwei und sechs Jahren Haft gefordert wird, wird gegen die Frau, deren Sohn und Ehemann getötet wurden, eine Haftstrafe bis zu fünfzehn Jahren verlangt. Die Mitglieder der Sondereinsatzgruppe, nach dem Vorfall vom Dienst freigestellt, wurden durch das ebenfalls stattfindende Disziplinarverfahren regelrecht belohnt. Während sie erneut ihre Tätigkeit aufnehmen durften, wurden sie in andere Provinzen versetzt und befördert. Auch der Staatsanwalt, der die Ermittlung leitete, wurde in eine andere Provinz versetzt und befördert. Die Polizisten, die nach dem Ereignis suspendiert worden waren, durften erneut ihren Dienst antreten, obwohl der Prozess noch gar nicht begonnen hatte. In dem Disziplinarverfahren wurde lediglich eine „Lohnkürzung“ für die Polizisten gefordert. Die Dienststellen aller vier Polizisten wurden geändert. Sie wurden aus Kızıltepe verlegt. Somit war die zwingende Teilnahme an den Prozesstagen für sie aufgehoben.

Aus diesem Grunde haben sie am ersten Verhandlungstag am 21. Februar vor der Strafkammer Mardin nicht teilgenommen unter dem Vorwand, in anderen Bezirken im Dienst zu sein. Mit der Begründung der Wahrscheinlichkeit, dass die Angeklagten Beweise vernichten könnten, wurde Untersuchungshaft gefordert. Das Gericht lehnte dies ab. Es wurde beschlossen, dass die Aussagen der Polizisten in den Dienststellen, wo sie nun tätig sind, aufgenommen werden könnten.

Auch der Antrag des Bruders von Ahmet Kaymaz, in diesem Prozess als Nebenkläger zu agieren, wurde abgelehnt. Das Gericht in Mardin beschloss – angeblich aus „Sicherheitsgründen“ –,

den Prozess nach Eskişehir zu verlagern, obwohl die angeklagten Polizisten nicht zur Verhandlung erschienen. Die Anwälte der Familie Kaymaz erklärten, dass sie unter Druck gesetzt würden und dass unter diesen Umständen keine gerechte Verurteilung zu erwarten sei. Sie protestieren gegen das Gerichtsverfahren. Der Gouverneur von Mardin gab eine sehr lächerliche Erklärung ab. Uğur und sein Vater seien erschossen worden, als sie – wohlgemerkt mit Pantoffeln an den Füßen - auf dem Weg zu einem Überfall auf eine Polizeiwache waren. Der Gouverneur behauptete, dass Uğur und sein Vater als erste das Feuer auf die Polizisten eröffnet hätten. Die Polizisten, die bei diesem Vorfall den Anschein eines Gefechts erwecken wollten, hatten zwar daran gedacht, neben die Leiche von Uğur eine Waffe zu legen, aber ihnen war entgangen, die blutigen Pantoffeln an seinen Füßen auszutauschen.

Als Uğurs Nachbar und gleichzeitiger Lehrer, der zur Identifizierung der Leiche gerufen wurde, die Waffe sah, die angeblich Uğur gezogen haben sollte, fragte er: „Kann dieses kleine Kind überhaupt diese Waffe tragen?" Er erhielt die folgende Antwort: „Er sah im Dunkeln aus wie ein erwachsener Mann." Allein diese Antwort reicht aus, um der Wahrheit näher zu kommen.

Das Gericht befand den Mord berechtigt

Der erste Verhandlungstermin zu diesem Vorfall fand am 21. September 2005 in Mardin statt. Nachdem Tausende von Menschen sich am ersten Verhandlungstag vor dem Gericht mit der Familie Kaymaz solidarisiert hatten, wurde der Prozess vom Justizminister mit der Begründung mangelnder Sicherheit nach Eskişehir verlegt. Am 20. Juli fand der zweite Verhandlungstermin in Eskişehir statt, zu dem aus unterschiedlichen Bezirken Menschen und Menschenrechtsverteidiger anreisten. Diese Menschen wurden in Eskişehir von nationalistisch-faschistischen Gruppen sowie von der Polizei angegriffen. Viele wurde in Folge dieses Angriffs verletzt und mehrere festgenommen. Nach diesem Vorfall wurden die „Sicherheitsvorkehrungen" bei den Verhandlungsterminen erhöht. Der Untersuchungsbericht der Gerichtsmedizin lag erst nach einem Jahr dem Gericht vor. Der Prozess wurde drei Jahre lang unter Ausschluss der Öffentlichkeit in Eskişehir fortgesetzt.

Entgegen der Behauptung der Polizei, dass es zu einem Gefecht gekommen sei, stellte das gerichtsmedizinische Gutachten klar, dass von den dreizehn Kugeln in Uğurs Körper neun aus der Nähe abgegeben wurden. Diese Feststellung wiederum bewies, dass es kein Gefecht gab. Das Gericht aber kam trotz des Gutachtens zu der Auffassung, dass es ein Gefecht gegeben habe. Uğur wurde durch insgesamt dreizehn Kugeln erschossen, von denen vier seine rechte und linke Hand und neun seinen Rückenbereich trafen. Dieses gerichtsmedizinische Gutachten, das offenlegte, dass es sich bei dem Vorfall um eine außergerichtliche Hinrichtung handelte, hätte Tumult verursacht, wäre es bei einem Gericht eines anderen Landes eingereicht worden. Die betroffenen Polizisten wären wegen vorsätzlichen Mordes verurteilt worden. Aber in der Türkei war es nicht der Fall. Die angeklagten Polizisten sagten aus, dass Uğur und sein Vater als erste geschossen hätten und daraufhin eine etwa zehnminütige Schießerei stattgefunden habe. Obwohl kein einziger Polizist Schusswunden aufweisen konnte und in keiner Hauswand oder keinem PKW, die sich gegenüber Uğur und seinem Vater befanden, eine Kugelspur zu finden war, wurde der Vorfall als anhaltendes Gefecht dargestellt. Auch wenn die Berichte und Gutachten darauf verwiesen, dass es sich nicht um ein Gefecht gehandelt hatte, ignorierte das Gericht diese Feststellung.

Der Justizminister hat die Liste aller Anwälte, die in diesem Fall involviert sind, vom Gericht angefordert und somit sichergestellt. Nach drei Jahren Verhandlungsdauer wurden die angeklagten Polizisten am 18. April 2007 bei der Urteilsverkündung freigesprochen. Im Gerichtsurteil wurde der zwölfjährige Junge zum „Terroristen" deklariert und folglich seine Tötung als gerechtfertigt eingestuft. In der Türkei wurden bislang nie Polizisten bestraft, die gefoltert oder außergerichtliche Hinrichtungen durchgeführt haben. Auch dieses Gerichtsurteil bestätigt erneut, dass sich an dieser Realität nichts geändert hat.

Der Verteidiger der Angeklagten, Veysel Güler, sagte in seiner Erklärung nach der Urteilsverkündigung: „Die Gerechtigkeit hat gewonnen, das Gericht kam zu dem Urteil, dass die Polizisten ihre Aufgabe gemacht haben." Somit deklariert er, dass das Gericht die Tötung als gerechtfertigt einstuft. Der Onkel von Uğur, Murat Kaymaz, erklärte, dass das Urteil ungerecht sei. Sie würden gegen das Urteil protestieren und forderte, dass sich die Türkei endlich davon befreien sollte, ein Polizeistaat zu sein. Leider werden nun mal in der Türkei Sicherheitskräfte, auch wenn sie eine Straftat begangen haben, vom Staat geschützt, weil sie „ihre Aufgabe gemacht haben".

Das öffentliche Empfinden wurde verletzt

Menschenrechtsaktivisten erklärten, dass das Urteil das öffentliche Empfinden verletzt habe. In der Erklärung der DTP-Zentrale hieß es, dass der Freispruch der Polizisten, die für den Tod von Uğur Kaymaz und seinem Vater Ahmet Kaymaz verantwortlich seien, beim kurdischen Volk zur Entrüstung beitrage. „Mit dem Freispruch der Sicherheitskräfte, die einen dermaßen offensichtlichen Mord begangen haben, hat die Justiz das Recht liquidiert." Die DTP erinnerte den Staat an seine Pflicht, sich für das Lebensrecht aller Menschen einzusetzen, die innerhalb seiner Grenzen leben, unabhängig von ihrer Sprache, Religion und Ethnie, und rief die Justiz dazu auf, diesen Fehler zu korrigieren: „Ansonsten wird das Vertrauen des kurdischen Volkes in die Justiz, das ohnehin stark angeschlagen ist, vollständig erlöschen. Wir fordern die Regierung und den Staat dazu auf, alle Vorkehrungsmaßnahmen zu ergreifen, um jede Art von Justizmord zu verhindern," hieß es weiter. Auch der Menschenrechtsverein IHD erklärte, dass mit diesem Urteil der Rechts- und Gerechtigkeitsmechanismus stark angeschlagen wurde. Der Menschenrechtsverein MAZLUM-DER in Diyarbakır erklärte, dass mit diesem Urteil ihr Gerechtigkeitsgefühl verletzt wurde. ♦

Kinder schreiben Drehbuch und drehen Film zum Leben von Uğur Kaymaz

Ich kenne Uğur mit dem Herzen

Nesrin Yazar (DIHA/Amed)

Eine Gruppe von Kindern, die an den Aktivitäten der Filmwerkstatt im Bildungsförderzentrum der Kommune Diyarbakır-Bağlar beteiligt ist, verwirklicht etwas Einmaliges. Sie traten vor die Kamera und verfilmten das Leben von Uğur Kaymaz, eines 12-jährigen Jungen, der am 21. November 2004 in Kızıltepe mit 13 Kugeln von der Polizei getötet worden war. Zindan, ein 13-Jähriger, stellt Uğur dar. Die Dreharbeiten für den Film „13 Kugeln", dessen Drehbuch die Kinder verfasst haben, sind beendet. Am 10. Oktober soll der Film anlaufen.



Bei den Dreharbeiten zu „13 Kurşun" (13 Kugeln) Foto: ANF

Symbolische Erzählung

Regie führte Deniz Oğuzsoy, Student für Film, TV und Radio. Im Film treten symbolische Darstellungen in den Vordergrund von Lebensabschnitten Uğurs in der Schule, zu Hause und auf der Straße. Im letzten Filmabschnitt ist eine Waage an der Stelle zu sehen, wo Uğur erschossen wurde. Die eine Waagschale enthält 13 Kugeln, auf der anderen Seite hinterlassen 12 Kinder jeweils ein Spielzeug. Das 13. Kind legt einen Bleistift dazu. Aber die Seite mit den 13 Kugeln wiegt schwerer.

Gemeinsames Drehbuch

Regisseur Deniz Oğuzsoy erläutert, dass den Kindern anfänglich Montage- und Kameraseminar angeboten werden sollten, aber dann nur Drehbuch-Seminar möglich war. „Nach eineinhalb Monaten Ausbildung haben wir uns entschlossen, mit den Kindern ein gemeinsames Drehbuch zu schreiben. Wir haben darauf geachtet, dass der Film weit entfernt ist von Agitation und viel symbolisch gearbeitet wird. Wir haben die Drehbücher der Kinder in einem zusammengefasst, daraus ist das Drehbuch für den Film 13 Kugeln entstanden. Wir haben angefangen, in den Straßen zu drehen, hatten ohnehin nicht viele Möglichkeiten. Wir begannen, mit der Kamera aufzunehmen. Manchmal sammelten sich dabei über 200 Kinder. Es gab Augenblicke, die sehr schwierig waren, aber auch sehr schöne", so Oğuzsoy.

Im Film wird ein Tag im Leben von Uğur wiedergegeben. „Im letzten Abschnitt des Films benutzen wir die schon beschriebene Waage als Symbol für die Gerechtigkeit. Damit wollten wir auf die Beziehung des Kindes zur Gerechtigkeit aufmerksam machen. Wir haben bei den Dreharbeiten den Augenblick, in dem Uğur erschossen wird, nicht nachgestellt. Es gibt 12 Kinder, die sich bei den 13 Schüssen umdrehen."

Wenn es diese Geschichte nicht gäbe …

Der 13-jährige Zindan Çakıcı, der Uğur Kaymaz nie kennen gelernt hat, sagt: „Ich kenne Uğur mit dem Herzen." Es sei für ihn eine große Freude, Uğur darzustellen: „Auch er war ein Kind, er hatte dieselben Gefühle wie wir. Aber er durfte nicht weiterleben. Wir fühlen uns sehr glücklich, dass wir auch seine Gefühle leben können. Als die Rede von 13 Kugeln war, kam mir sofort Uğur Kaymaz in den Sinn. Unsere Freunde führen Regie, das Projekt hat Spaß gemacht und wir haben Erfahrungen sammeln können."

Der letzte Filmabschnitt habe ihn sehr betroffen gemacht: „Als ich gestern die Rolle spielte, musste ich ständig an Uğur denken. Ich habe mir vorgestellt, wie er zusammengebrochen ist. Als ich diese Szene darzustellen versuchte, stimmte es mich sehr traurig. Wäre Uğur doch noch am Leben und diese Geschichte wäre gar nicht verfilmt worden." ♦

Versorgung der Bevölkerung in Şengal ist nicht gewährleistet

Kurz gesagt war die Lage in Şengal verheerend ...

Feleknas Uca, Mitglied des Europäischen Parlaments

Wie ist Ihre Einschätzung zur Lage in Şengal?

Was am 14. August in Şengal passiert ist, kann als der Anfang eines erneuten Pogroms bezeichnet werden. Die Yeziden bezeichnen es als den 73. „Ferman", was im Sinne von „Auslöschungserlass" zu übersetzen ist und diesen Anschlag einreiht in die vielen Massaker an Yeziden, die in den letzten Jahrhunderten verübt wurden. Wir waren kurz nach diesem Angriff mit einer yezidischen Delegation aus Deutschland im Gebiet Şengal. Dort haben wir beide Dörfer besucht, in denen die Massaker verheerende Spuren hinterlassen haben. Nach unseren Beobachtungen vor Ort haben wir festgestellt, dass keine ausreichende soziale und gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung gewährleistet wurde. Sehr viele Verletzte, die dringend medizinische Versorgung benötigten, wurden in umliegende Krankenhäuser verlegt. Diese aber waren nicht auf derartige Katastrophen vorbereitet.

Es fehlten Spezialisten, Personal und Medizin. Besonders schlimm war, dass für die traumatisierten hinterbliebenen Kinder und Frauen keine therapeutische und anderweitige Hilfe geleistet wurde. Unter den Trümmern lagen noch verwesende Leichen, deren Gestank die hinterbliebenen Opfer ständig an das Geschehene erinnerte. Hinzu kam, dass die trauernde Bevölkerung nicht genügend Schutz hatte. Die Zelte, die zur Verfügung gestellt wurden, bieten keinen genügenden Schutz für den bevorstehenden Winter und sind nicht ausreichend. Während unserer Reise war die akute und permanente Angst der Bevölkerung vor erneuten Angriffen spürbar. Man sprach von mehreren Hundert Opfern des Massakers und 3 000 verwüsteten Häusern. Dies waren die Zahlen, die im Zusammenhang mit dem Angriff genannt wurden, aber die Auswirkungen auf die Seelen der yezidischen Kinder und Frauen, Brüder, Mütter und Verwandten sind eine Wunde, deren Heilung noch sehr viel Zeit und Mühe in Anspruch nehmen wird. Ich möchte hinzufügen, dass die Regionalregierung Kurdistans Erste-Hilfe-Maßnahmen für die Opfer einleitete und, wenn auch nicht in ausreichender Anzahl, Sicherheitskräfte ins Gebiet Şengal entsandt hat. Es müssen jedoch langfristige Projekte entwickelt werden, um durch den Wiederaufbau von Häusern und der lokalen Infrastruktur den dort lebenden Menschen wieder ein normales Leben zu ermöglichen.

Kurz gesagt war die Lage in Şengal verheerend, und es ist auch in absehbarer Zeit keine signifikante Verbesserung dieser Situation zu erwarten.

Vordergründig scheint das Massaker im Nordirak eine religiöse Auseinandersetzung zu sein, welches sind die machtpolitischen Interessen, die sich derzeit in der Region im Hintergrund abspielen?

Die arabischen Herrscher spielen bei diesem Massaker eine sehr große Rolle. Saddams jahrzehntelange Politik der Zwangsumsiedlung, durch die die Kurden und kurdischen Yeziden aus ihrem Lebensraum vertrieben wurden, wird weiterhin verfolgt. Dazu kommt, dass Iran und Syrien diese Kräfte unterstützen. Dieses Massaker und die permanenten Repressionen, denen die Yeziden zum Teil offen ausgesetzt wurden, führten dazu, dass zehntausende Yeziden aus Furcht vor Angriffen ihre Dörfer verließen und nach Syrien übersiedelten. Hinter diesen Angriffen stehen demographische Motive. Die Yeziden werden von arabischen Machthabern gezielt aus ihren Lebensräumen vertrieben, um die entsprechenden Gebiete durch arabische Bevölkerung neu zu besiedeln.

Welche Position haben die yezidischen Kurden im Irak/Nordirak?

Das Gebiet Şengal gehört offiziell nicht zu den Gebieten der Regionalregierung Kurdistan. Es ist wichtig zu beachten, dass die Mehrheit der in kurdischen Gebieten lebenden Menschen sunnitische Moslems sind. Nach herrschender Tradition ist es erlaubt, Hab und Gut der Yeziden zu plündern. Saddams Regime hat ein schweres anti-kurdisches und anti-yezidisches Erbe hinterlassen. Dies ist die Grundlage, auf der die arabische Bevölkerung von Seiten der arabischen Machthaber wie auch von den Nachbarländern wie Iran und Syrien gegen Kurden und Yeziden instrumentalisiert werden.

Im Gebiet der Regionalregierung Kurdistan werden Yeziden als Opfer der Gewalt der Araber angesehen. Es gibt auch unter den kurdisch-muslimischen Stämmen eine Abneigung gegen Yeziden. Die Regionalregierung ist aber bemüht, für die Sicherheit der Yeziden zu sorgen, obwohl Şengal im Gebiet der Zentralregierung in Bagdad und unter der Kontrolle der Amerikaner liegt.

Welche Kräfte richten ein derartig brutales Massaker an? Es gibt den Verdacht eines Bündnisses verschiedener Organisationen. Wie ist Ihre Einschätzung dazu? Und welche

Gründe gibt es dafür? Was soll bewirkt werden mit einer solchen Tat?

Diejenigen, die das Massaker verübten, waren bewaffnete Araber, die die Angriffe gezielt im von Yeziden bewohnten Gebiet Şengal verübten. Es gibt Zeugenaussagen, dass ein Jeep den Tankwagen, die die Explosion verursacht haben, den Weg zu den beiden Dörfern gewiesen haben soll, in denen die Anschläge stattgefunden haben. Der Präsident der kurdischen Region, Mesut Barzani, erklärte, dass Iran und Syrien hinter diesen Massakern stünden.

Was genau soll auf dem bevorstehenden Referendum beschlossen werden und welche Rolle spielt die yezidische Bevölkerung in diesem Prozess?



Feleknas Uca nach dem Massaker in Şengal Foto: DIHA

Das bevorstehende Referendum ist ein wichtiges Datum für die yezidische Bevölkerung, so wie auch für die Kurden im Gebiet der kurdischen Regionalregierung. Wir haben vor Ort mit yezidischen Vertretern ausführlich darüber diskutiert. Die Vertreter der yezidischen Bevölkerung möchten eine Angliederung des Şengal-Gebiets an das der kurdischen Regionalregierung. Die Yeziden erhoffen sich hierbei, dass nach der Eingliederung von Seiten der kurdischen Regionalregierung für ihre Sicherheit gesorgt wird. Konkret wird auf diesem Referendum entschieden, ob Kirkuk dem kurdischen Regionalgebiet angeschlossen werden soll oder nicht. Dessen Vertreter haben uns gegenüber bestätigt, dass es parallel zum Referendum in Kirkuk auch Referenden in den Gebieten Şengal, Mahmur und Xaneqin geben wird.

Ich muss hinzufügen, dass die Massaker an Yeziden im Gebiet Şengal das nationale Bewusstsein der Kurden im so genannten Nordirak gestärkt haben. Man hat es nicht nur als Massaker gegen Menschen yezidischen Glaubens, sondern auch an yezidischen Kurden verstanden.

Durch die Beobachtung der Konflikte und Ihre Besuche bei der Bevölkerung im Nordirak haben Sie bereits eine Öffentlichkeit für die Grausamkeit und die Situation der Menschen im Nordirak schaffen können. Welche weiteren Pläne haben Sie für die Aufklärung der Umstände und Unterstützung der Betroffenen?

Wir haben nach der Rückkehr unserer Delegation in Deutschland eine breite Öffentlichkeit initiiert, indem wir durch verschiedene Presseerklärungen, Demonstrationen, Kundgebungen, Reden und Informationsblätter die Öffentlichkeit und die Kurden in der Diaspora über unsere Reise informiert haben. Wir haben mit verschiedenen kurdischen Organisationen, Institutionen und auch europäischen Hilfsorganisationen Kontakt aufgenommen, um den Wiederaufbau im Gebiet Şengal zu unterstützen. Des Weiteren ist in der kurdischen Diaspora ein Gremium entstanden, das mit den yezidischen Vertretern im Gebiet Şengal in ständigem Kontakt bleiben wird, um direkt Hilfe und Unterstützung leisten zu können.

Die Verfolgung der Kultur und Religion der yezidischen Kurden hat bereits eine lange Geschichte. Welche Maßnahmen werden Sie als Parlamentarierin ergreifen, um ein Handeln der europäischen Organe zu erwirken?

Der Verfolgung der ausnahmslos kurdischen Yeziden kann nur durch geeignete Maßnahmen und Entwicklungen vor Ort effektiv entgegengetreten werden. Dazu gehört, dass die kurdische Bevölkerung muslimischen Glaubens sich Schritt für Schritt von ihrer traditionell anti-yezidischen Position verabschiedet. Ich bin durch unsere Gespräche mit der kurdischen Regionalregierung sehr zuversichtlich, dass diese sich gegen die Repression und Verfolgung von Yeziden einsetzen wird. Leider sind die Yeziden aber bis heute noch nicht per Gesetz durch das kurdische Parlament der Region Kurdistan als religiöse Gruppe anerkannt. Dies wäre ein notwendiger erster Schritt, um die Bemühungen der Regionalregierung ernsthaft zu untermauern.

Ich habe im Europäischen Parlament bereits ausführlich in meiner Fraktion und den entsprechenden Gremien der Europäischen Union Bericht über die Lage der Yeziden erstattet und hoffe, dass die Europäische Union für den Wiederaufbau im Gebiet Şengal sowohl die Bemühungen der ansässigen NGOs als auch der Regionalregierung unterstützen wird. ♦

Erfahrungsaustausch im Frauenzentrum UTAMARA

Neue Projekte wurden entwickelt

Hacer Özen, Linz

Die kurdischen Frauenorganisationen in Europa trafen sich im Frauenzentrum UTAMARA. Sie berieten neue Projekte, um in Zukunft noch aktiver als bisher gegen die Gewalt gegen Frauen vorgehen zu können. Hacer Özen schrieb diesen Bericht für die türkischsprachige Tageszeitung *Yeni Özgür Politika*, 9. Okt. 2007.

Mit dem Ziel des Erfahrungsaustausches sowie zur Vertiefung der Beziehungen der Institutionen untereinander organisierten das Frauenzentrum UTAMARA und das Frauen-Friedensbüro CENÎ gemeinsam ein zweitägiges Seminar. Daran nahmen Vertreterinnen von Frauenorganisationen, -vereinen, -parlamenten sowie kurdischen Medien aus Deutschland, Österreich, den Niederlanden und Großbritannien teil.

Die erste von vier Arbeitsgruppen des Seminars leiteten Songül Karabulut von Cenî und Suna Tunç von UTAMARA. Zunächst stellten die Rednerinnen sich, ihre Organisationen und deren Ziele vor. Sie bejahten die Notwendigkeit eines Wandels der Mission der Institutionen im Kontext des Wandels der Zeit und der Bedürfnisse, und sie übten Selbstkritik, dass die Aufbruchsstimmung der Gründerzeit nicht erhalten werden konnte. In den Reden, in denen zur Sprache kam, dass alle Institutionen ähnlich gelagerte Probleme teilen, wurde hervorgehoben, dass es den Frauen nicht gelungen sei, eine gemeinsame Kraft in der Freiheitsbewegung zu bilden.

Erfahrungsaustausch

Die folgende zweite Arbeitsgruppe zum Thema „Erfahrung mit Institutionalisierung und Projektarbeit“ leitete Nursel Kılıç von der *Internationalen Stiftung der Freien Frauen* (IFWF) gemeinsam mit Anna-Kristina Kowarsch von UTAMARA sowie Kıymet Ceviz und Nahid Ehmedi vom kurdischen Frauenverein AVESTA (Wien). Kıymet Ceviz erzählte vom gemeinsamen Frauenprojekt von WADI (Österreich) mit dem Rathaus Yenişehir/Amed und betonte, dass es für die Entwicklung von Projekten notwendig sei, die wirklichen Bedürfnisse der Frauen festzustellen. Kowarsch berichtete hingegen über die Ergebnisse und Einzelheiten der Befragung „Erlebtes Trauma kurdischer Migrantinnen und deren Auswirkungen“* *[vgl. KR Nr. 133, S. 40]*. Kowarsch, die die Befragung als sehr erfolgreich bewertete, da aufgrund der Unterstützung der Fraueninstitutionen untereinander in kurzer Zeit über tausend Frauen erreicht werden konnten, erklärte: „Wir erhielten ganz erstaunliche Ergebnisse. Demnach bedürfen die Frauen vor allem psychologischer Hilfe.“ Weiter: „Die erzielten Ergebnisse werden nicht ohne Folgen bleiben.“ Ehmedi meinte, die Möglichkeiten, Frauen zu organisieren, seien in Europa sehr reichhaltig, und informierte über ihre Erfahrungen zum Thema.

Kılıc erklärte, im Namen der kurdischen Frauen an vielen internationalen Foren und Arbeitsgruppen teilzunehmen, und betonte, dass es, um Forderungen noch wirkungsvoller zur Geltung zu bringen, wichtig sei, in internationalen Institutionen und Organisationen vertreten zu sein.

Vereine nur dem Namen nach

Die Rednerinnen machten darauf aufmerksam, dass die in Europa lebenden Kurdinnen und Kurden den jungen Frauen in Kurdistan durchaus unter die Arme greifen wollten, dass dort aber für eine effektive Unterstützung entsprechende Projekte notwendig seien. Die am Seminar teilnehmenden Vertreterinnen von Frauenvereinen berichteten, dass einige Vereine nur dem Namen nach Frauenvereine seien. Um diesem Anspruch aber gerecht zu werden, regten sie an, die Funktionalität dieser Vereine mit der notwendigen Unterstützung zwischen den Institutionen zu fördern.

Presse und Institutionen müssen sich zusammentun

Die dritte Arbeitsgruppe zum Thema „Beziehungen zwischen den Institutionen und den Medien” leitete Meral Akyol, Chefredakteurin unserer Zeitung

* **„Psychologische Konsequenzen traumatischer Erfahrungen auf die Entwicklung kurdischer Migrantinnen in der Europäischen Union“**
Herausgeber: International Free Women's Foundation, Rotterdam; Universität Utrecht, Institut für klinische Psychologie; Kurdistan-Informationszentrum, Paris
IFWF Publication No. 1; ISBN/EAN: 978-90-812050-1-6
Zweisprachig: englisch/kurdisch, 376 Seiten broschiert
Bestelladresse: International Free Women's Foundation
Willebrordusplein 10a
NL - 3037 TC Rotterdam
Tel.: 0031 (0) 10 465 18 00
Fax: 0031 (0) 10 265 14 65
E-mail: info@freewomensfoundation.org

[YÖP], gemeinsam mit Necibe Qeredaxi von Roj TV. Akyol bewertete die Mission der Frauenseite unserer Zeitung: So wie sie sei, spiegele die Seite die Probleme, die den Frauen aus ihrem Frau-Sein heraus erwachsen, wider, bleibe aber in ihrer oppositionellen Rolle gegenüber dem System und seinem Frauenbild begrenzt. Akyol wies auf die immense Bedeutung der Veröffentlichung alternativer Projekte auf der Frauenseite hin, um bei den Frauen die Kraft und die Hoffnung zu entwickeln, sich mit ihren Problemen auseinanderzusetzen. Deshalb sei es wichtig, dass sich Fraueneinrichtungen mit ihren Lösungsansätzen in den Medien wiederfänden. Sie stellte fest, dass es notwendig sei, die Frauenzeitungen zu professionalisieren, außerdem von der Sprache des Patriarchats abzulassen und eine neutrale gemeinsame Sprache zu entwickeln. Qeredaxi hingegen informierte über das von Roj TV gesendete Frauenprogramm. Sie betonte, dass in den Medien tätige Journalistinnen – aus der Notwendigkeit, die ihnen ihre geschlechtliche Identität auferlege – aktiver sein müssten als bisher, und unterstrich die Erfordernis der Zusammenarbeit von Frauenorganisationen und im Medienbereich arbeitenden Frauen. Die Vertreterinnen von Frauenorganisationen, die in dieser Arbeitsgruppe ihr Wort ergriffen, sprachen sich dafür aus, dass die Medien unbedingt das Frauenproblem ansprechen und alle als Tabu bekannten Themen aufgreifen und zur Diskussion stellen müssten.

Ein noch aktiverer Kampf

In der vierten Arbeitsgruppe am zweiten Tag des Seminars wurde die Effektivierung der schon zuvor begonnenen Kampagne „Jin jiyan e, jiyanê nekuje" („Die Frau ist das Leben, töte nicht das Leben") *[vgl. KR Nr. 133, S. 38 f.]* diskutiert. Es wurden Projekte entwickelt, um die Aktivitäten zwischen dem 8. März, dem Internationalen Frauentag, und dem 25. November, dem Kampftag gegen Gewalt gegen Frauen, zu vermehren.

Die Frauen, die sich miteinander im Austausch befanden, betonten die Dringlichkeit, innerhalb der Gesellschaft erneut über „Ehre" zu diskutieren. Sie lenkten die Aufmerksamkeit darauf, dass vor allem der Beginn einer Diskussion in den Medien von Bedeutung sei, und beschlossen zur Verhütung von Gewalt gegen Frauen die Vorbereitung von Plakaten und TV-Spots, zudem Gewalt gegen Frauen ablehnende Haltungen von Intellektuellen in die Öffentlichkeit zu tragen. Es wurde deutlich gemacht, dass es in der Diskussion auch wichtig sei, dass Organisationen und Institutionen ihre Haltung gegen Gewalt gegen Frauen ausdrückten. Außerdem ließen die Frauenorganisationen verlauten, dass sie aktiv teilnehmen würden an der von Seiten der KCK begonnenen Kampagne „Önderliği Yaşa ve Yaşat", deren Ziel die Verbesserung der Haftbedingungen und die Sicherstellung einer medizinischen Behandlung für Abdullah Öcalan, den Vorreiter des Demokratischen Konföderalismus, ist. ♦



Kurdische Frauenorganisationen in Europa trafen sich im Frauenzentrum UTAMARA Foto: YÖP

Umfassender Einblick in den Alltag der Frauen und ihre Sichtweise auf den Kampf

Anja Flach: Frauen in der kurdischen Guerilla

Buchrezension von Meral Çiçek

Die kurdische Frauenbewegung stellt die am wenigsten untersuchte, zugleich aber aus vieler Sicht eine der interessantesten Komponenten des kurdischen Befreiungskampfs dar. Frauen in Kurdistan sind einer mehrfachen Unterdrückung ausgesetzt: Als Frauen in einer feudalen islamisch-patriarchal geprägten Gesellschaft, als Kurdinnen in einem besetzten Land und meist auch als Mitglieder einer Unterschicht.

In den deutschen und europäischen Medien sind kurdische Frauen in letzter Zeit zunehmend als Opfer von „Ehrenmorden“, Zwangsheirat etc. präsent. Was hierzulande jedoch nur die wenigsten wissen: Kurdische Frauen haben die vielleicht größte linke Frauenbewegung im Mittleren Osten, stellen ca. 40 % der GuerillakämpferInnen der PKK und verfügen über eine eigene Armee. Zum ersten Mal ist jetzt eine umfassende wissenschaftliche Arbeit über die kämpfenden Frauen in den Bergen Kurdistans erschienen; geschrieben von Anja Flach, die selbst einige Jahre in der kurdischen Guerilla verbracht hat.

Anja Flachs Buch besteht aus zwei Teilen. Zunächst liefert sie den nötigen Rahmen für ein Verständnis der Frauenguerilla. Dabei geht sie im ersten Kapitel zunächst auf Frauen in Kriegen und Befreiungskämpfen und den herrschenden (europäischen) feministischen Diskurs zur Präsenz von Frauen in Armeen ein. Die Autorin kritisiert hierbei die Tabuisierung von zu Waffen greifenden Frauen sowie die Festschreibung des Opferstatus von Frauen in Kriegen. Flach ruft somit die LeserInnen der Arbeit durch diesen Einstieg zu einer Hinterfragung des eigenen Verständnisses von kurdischen Frauen auf.

Im zweiten Kapitel werden ethnographische und historische Aspekte zur kurdischen Frage, des Kampfs der PKK und der sozialen Situation kurdischer Frauen erläutert. Das dritte Kapitel behandelt den kurdischen Befreiungskampf und die Organisierung von Frauen. Zunächst macht die Autorin darauf aufmerksam, dass es kaum wissenschaftliche Arbeiten über die Situation kurdischer Frauen und der kurdischen Frauenbewegung gibt. Gleichzeitig kritisiert sie, dass die Rolle von Frauen und die Geschlechterfrage in Publikationen zum kurdischen Befreiungskampf vollkommen ignoriert werden. In diesem Kapitel wird die Entwicklung der Frauenorganisationen der PKK bis zur Gründung der ersten kurdischen Frauenpartei nachgezeichnet. Die Autorin skizziert die verschiedenen Phasen des Kampfs und widmet sich in diesen vor allem der Haltung der Organisationen zur Geschlechterfrage sowie der Beteiligung von Frauen. Auf diese Weise legt sie dar, wie Veränderungen in der Haltung zur Geschlechterfrage und der qualitativen sowie quantitativen Partizipation von Frauen neue Organisierungsformen mit sich gebracht haben. Dabei unterstreicht sie: „Erst Ende der 1990er Jahre waren die unabhängigen Strukturen der Frauen so weit fortgeschritten, dass sie sich auf allen Ebenen selbst organisieren konnten. Die ideologische Neubestimmung der PKK/PAJK und das Bedürfnis nach zeitgemäßen, demokratischen Strukturen führten auch zu einer organisatorischen Neubestimmung der Frauenbewegung als Frauenpartei.“ (S. 56)

Nach dieser Feststellung geht die Autorin zum Hauptteil ihrer Arbeit über. In diesem Teil, der hauptsächlich auf empirischem Material, d. h. Interviews mit Kämpferinnen der Frauenarmee, beruht, werden die Annahmen der Autorin kapitelweise untersucht. So widmet sich Flach nach einer Einführung in den Guerilla-Alltag der Frage, warum sich Frauen der Guerilla anschließen und ob es in den verschiedenen Phasen des Kampfs einen Wandel der Beweggründe gegeben hat. Denn sie vermutet, dass die Entscheidung zur Partizipation mit Fortschreiten des Kampfes zunehmend aus dem Bewusstsein erwuchs, nicht nur für die Lösung der kurdischen Frage, sondern auch für die Belange als Frauen kämpfen zu wollen. Hier lässt sie vor allem die Kämpferinnen selbst zu Wort kommen. An dieser Stelle sollte auch erwähnt werden, dass die Interview-Partnerinnen der Autorin die Heterogenität in der sozialen und ethnischen Herkunft der Kämpferinnen widerspiegeln. In einem weiteren Teil erzählen die Interview-Partnerinnen von den Schwierigkeiten als Frau in einer Armee und ihren ersten Eindrücken.

Die Autorin kommt zu dem Schluss, dass auf den ersten Blick die persönlichen Beweggründe für die Teilnahme am bewaffneten Kampf und auch die Schwierigkeiten mit diesem sehr unterschiedlich sein können, trotzdem beinhalten sie tendenziell gemeinsame gesellschaftliche Ursachen.

Im dritten Kapitel des zweiten Teils untersucht Flach ihre Annahme, dass die Kämpferinnen ein Frauenbewusstsein entwickelt und positive Momente der Identifikation durchlebt haben müssen,

um als Frauen eine Kraft werden zu können. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass sich die kurdischen Frauen mit dem Widerstand der Gefallenen und mit ihrer Rolle als Akteurinnen und nicht mit ihrer Rolle als Opfer von Krieg und Gewalt identifizieren.

Im vierten Kapitel untersucht die Autorin die Geschlechterverhältnisse innerhalb der Guerilla-Einheiten. Dabei zeichnet sie vor allem die Haltung der Frauen zur Geschlechterfrage und das Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen GuerillakämpferInnen nach. Gestützt auf ihre Interviews dokumentiert sie auch die Veränderungen in den Machtverhältnissen zwischen Frauen und Männern. In diesem Teil wird auch sehr deutlich der Geschlechterkampf, den die Frauen „in sich selbst, gegen sich selbst“ führen mussten, beschrieben. So zeigt Flach auf, dass die Frauen in den 1990er Jahren versuchten, ihre unterprivilegierte Rolle in der Guerilla durch die Nachahmung männlicher Verhaltensweisen zu überwinden. Die Geschlechterfrage wurde aber zunehmend thematisiert.

Flach verdeutlicht den Zusammenhang zwischen dem Aufbau von Fraueneinheiten, der Frauenarmee 1995 und dem Wachsen eines Frauenbewusstseins. So erklärt sie, dass die ersten Frauentagungen den Rahmen für eine unbeeinflusste Analyse ihrer Situation und den Beschluss, sich unabhängig zu organisieren, geschaffen haben. Zugleich bewertet sie die Überwindung traditioneller Strukturen auch als Ergebnis des Aufbaus der Frauenarmee. Im Weiteren geht sie auf die Frage ein, ob es Unterschiede in der Kriegskultur von Männern und Frauen gibt.

In diesem Kapitel wendet sich die Autorin auch dem Reglement sexueller Beziehungen in der kurdischen Guerillaarmee und dessen Gründen zu. Sie widmet sich wieder speziell der Haltung der Frauen zu diesem Verbot. Das Kapitel endet mit einem Exkurs zu den Beziehungen der Guerilla-Einheiten zur Bevölkerung sowie dem Einfluss der Frauenguerilla auf die Rolle der Frauen in der kurdischen Zivilgesellschaft.



Frauenguerilla in Kurdistan — Foto: hpg-online

Das fünfte und letzte Kapitel beinhaltet eine Zusammenfassung und ein Fazit. Hier unterstreicht die Autorin, dass der schwerste Kampf der Frauen in der PKK/PAJK gegen die eigene Sozialisation geführt wird. Der wichtige Prozess, sich eine eigene Rolle in der Guerilla neu zu kreieren und eine eigene Identität als „freie Frau“ zu entwickeln, erfordert, sich der Sozialisation als Frau in der kurdischen Gesellschaft bewusst zu werden und die „innere Kolonialisierung“ zu überwinden.

Flach antwortet an dieser Stelle auch dem Vorwurf vieler KritikerInnen der PKK/PAJK, die Frauenbewegung würde sich für die nationale Frage instrumentalisieren lassen. Ihre Schlussfolgerung ist, dass es sich gegenteilig verhält, und sie unterstreicht, dass die Frauen starke eigene Positionen entwickelt und vor allem auch eigene Strukturen geschaffen haben, um ihre Forderungen durchzusetzen.

Am Ende ihrer Arbeit nennt Anja Flach wichtige Aspekte des kurdischen Frauenkampfs, die sie nicht in ihrer Arbeit behandeln konnte. Hierzu gehört vor allem die Rolle des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan bei der Entstehung und Entwicklung der Frauenarmee und -partei. Auch auf die Haltung der Männer in der PKK zur Geschlechterfrage und die Entwicklung der Rolle der Frau in der kurdischen Zivilgesellschaft konnte nicht tiefer eingegangen werden. Die Erforschung solcher und ähnlicher Themen bedarf weiterer umfangreicher wissenschaftlicher Erhebungen.

Anja Flachs Buch stellt in vielerlei Hinsicht ein Novum dar. Sie hat mit der Veröffentlichung ihrer überarbeiteten Magisterarbeit für den Fachbereich Ethnologie einen wichtigen Beitrag zur wissenschaftlichen Literatur zur kurdischen Frauenbewegung und zum Befreiungskampf geschaffen. Es ist die erste umfassende wissenschaftliche Arbeit explizit über die kurdische Frauenarmee in deutscher Sprache. Die Besonderheit dieser Untersuchung sind die zwei wesentlichen methodischen Säulen. Die Arbeit beruht einerseits auf Flachs teilnehmenden Beobachtungen, die sie selbst in den 1990er Jahren im Guerillagebiet machen konnte, und andererseits auf den umfassenden Interviews mit Kämpferinnen des kurdischen Freiheitskampfs. Der Autorin geht es nicht darum, die Frauenbefreiungsideologie der PKK/PAJK darzustellen, deswegen geht sie wenig auf die ideologischen Aspekte und Diskussionen ein. Diese Arbeit befasst sich erstmalig mit den Stimmen, Einschätzungen und Erfahrungen von Frauen, die sich dem Guerillakampf angeschlossen haben, um für ihre Überzeugung zu kämpfen, und sich damit aktiv gegen die zugeschriebene Opferrolle stellen. Der Autorin gelingt es, den LeserInnen einen umfassenden Einblick in den Alltag der Frauen und ihre Sichtweise auf den Kampf zu ermöglichen. Es schafft die Möglichkeit, sich mit einer sehr starken und aktiven Frauenbewegung im Mittleren Osten auseinanderzusetzen. ♦

Anja Flach: Frauen in der kurdischen Guerilla. Motivation, Identität und Geschlechterverhältnis in der Frauenarmee der PKK
PapyRossa Köln 2007
Hochschulschriften 71
ISBN 978-3-89438-377-0, 172 S.
16,- EUR

Unter den Opfern des Massakers von Qileban war auch die Sängerin Delîla

Delîla: Singen und kämpfen

Mordem



Delîla (Şenay Güçer) lernte ich im Jahre 2000 kennen. Zusammen mit einigen MitschülerInnen hatte sie nach der Entführung Abdullah Öcalans die Türkei verlassen und wollte sich der Guerilla anschließen. Wegen gesundheitlicher Probleme wurde daraus jedoch nichts, so dass sie für eine Weile in Südkurdistan im Flüchtlingslager Mexmûr unterkam.

„Wenn ich schon nicht kämpfen kann, dann will ich singen"

Delîla hatte eine begnadete Stimme. Sobald es ihr etwas besser ging, widmete sie sich ganz ihrer anderen großen Liebe neben der Guerilla, der Musik. Damals muss es auch gewesen sein, dass sie ihr unvergessliches Lied „Zîlan" schrieb. Oder hatte sie es schon längst getextet und komponiert, vielleicht schon seit Zîlans Aktion daran gearbeitet? Ich weiß es nicht mehr genau – aber ich erinnere mich, wie sie es uns zum ersten Mal vorgesungen hat. Wir standen auf einer kleinen Betonveranda vor der Manga der kranken und verletzten Freundinnen, direkt bei dem kleinen Garten, den sie sich trotz des äußerst spärlich fließenden Wassers angelegt hatten. Und da hörte ich zum ersten Mal ihre großartige Singstimme, die allen unter die Haut ging: „Zîlan, Zîlan, roniya reşka çavê min ..." Schnell war klar: Delîla muss ins Kulturzentrum.

Das Kulturzentrum von Mexmûr darf man sich nicht wie irgendein Kulturzentrum in einer beliebigen kurdischen Kleinstadt vorstellen. Mitten im Lager gelegen, auf der einen Seite mit Blick auf die Wüstenlandschaft, von der Mexmûr umgeben ist, stellte es eine Oase inmitten der lähmenden Eintönigkeit des Flüchtlingsdaseins dar. Elektrischen Strom gab es damals im Lager selten, Arbeitserlaubnisse für Saddam Husseins Irak waren rar gesät. Die Bevölkerung lebte von den Hilfslieferungen der UN, einige von der Schaf- und Taubenzucht. Doch das Musizieren, Singen und Tanzen lassen sich die Menschen aus Botan niemals nehmen. Als neue Aktivitäten kamen Theater und Malerei hinzu. So war das Kulturzentrum Mexmûrs damals gleichzeitig Zentrum des gesellschaftlichen Lebens. An allen Festtagen und oft auch außerhalb der Festtage gab es dort Darbietungen aller Art, und die Kurse waren für die Kinder und Jugendlichen willkommene Abwechslungen vom wirklich grauen und staubigen Alltag.

Delîla war bald aus dem Kulturzentrum des Lagers nicht mehr wegzudenken. Gemeinsam mit den anderen MitarbeiterInnen des Zentrums organisierte sie voller Elan die Konzerte und Darbietungen und trat auch selbst vor dem durchaus verwöhnten Publikum von Mexmûr auf, das schon viele Größen der kurdischen Musik gesehen hat. Und auch dort begeisterte ihre Stimme.

Niemals jedoch verlor sie ihr eigentliches Ziel aus den Augen. Um jeden Preis wollte sie sich der Guerilla anschließen, nicht nur singen, sondern auch kämpfen. Nach vielen Monaten des langen Wartens in der oft unerträglichen Hitze der irakischen Wüste, die so gar nichts von der ruhigen Kühle des nahe gelegenen Tigris hat, nutzte sie die erste Gelegenheit, in die Berge zu gelangen. Später feierten wir ein freudiges Wiedersehen in der dortigen Kulturschule „Şehit Sefkan". Delîla führte mich über ein paar atemberaubende Steilhänge in die Schule und zeigte mir die Einrichtung.

Groß war meine Überraschung, als ich Anfang dieses Jahres im kurdischen Fernsehen das Video zu „Zîlan" sah. Das Lied, das ich an einem schwülen Sommerabend vor sieben Jahren in Mexmûr zum ersten Mal gehört hatte, singt Delîla darin vor einer Gruppe von Guerillakämpferinnen, die genauso ergriffen lauschen wie wir damals. „Das ist doch unsere Delîla", hörte ich mich rufen und konnte es nicht glauben.

Nur wenige Monate später dann die Hiobsbotschaft: Delîla ist zusammen mit zehn weiteren Freundinnen und Freunden am 23. August 2007 bei einem Gefecht in der Nähe von Qileban (türk.: Uludere) gefallen und die Leichname der Gruppe sind so grausam entstellt, dass die Familien sie nicht sehen dürfen. Tagelang warten sie vor der Leichenhalle, doch das Militär verhindert, dass sie ihre Kinder sehen und würdig bestatten können. Trotzdem gelangen Fotos an die Presse, die sprachlos und wütend machen und einmal mehr die Gräueltaten der türkischen Armee belegen.

Für alle, die Delîla gekannt haben, werden ihr Lachen, ihre Beharrlichkeit und ihre freundliche Art genauso unvergesslich bleiben wie ihre großartige Stimme. Ihre stimmungsvollen Musikvideos werden häufig auf Roj TV und MMC gezeigt und sind leicht im Internet zu finden. ♦

Verdammter Tigris

Lokales Knowhow für globalen Irrsinn: made in Avusturia

Mary Kreutzer

Während sich Großfinanciers, wie etwa England und Italien, die Weltbank und viele mehr, bereits vor Jahren aus dem geplanten Megaprojekt „Ilisu-Staudamm“ in der Osttürkei aus den richtigen Gründen zurückzogen, beharren drei Staaten trotz internationaler Proteste und intensiven Aufklärungskampagnen beharrlich auf ihr Recht, Vertreibungen, Zerstörungen, Menschrechrechtsverletzungen, Völkerrechtsbruch und Kulturvernichtung – im Gegenzug für saftigen Profit – durchzuführen: Deutschland, Schweiz und die Alpenrepublik Österreich.

Der erste Staudamm am Tigris

Zum Ilisu-Staudamm selbst muss an dieser Stelle wohl nicht viel erzählt werden. Die Fakten sind bekannt, Tausende von Artikeln, Fernsehdokumentationen, Radiosendungen und Vorträge thematisieren das Desaster des geplanten Mega-Projektes (*siehe auch Kurdistan Report Nr. 132*). Zusammengefasst zur Erinnerung:

Das Ilisu-Projekt ist das derzeit umstrittenste Staudammprojekt der Welt. Trotz massiver Proteste hatten Österreich, Deutschland und die Schweiz im März 2007 die Haftung, also die Exportkreditgarantien für die involvierten Baufirmen ihrer Länder, übernommen. Weltbankstandards werden nicht eingehalten. Trotz der enormen Auswirkungen ist z. B. keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt worden, wie sie in Europa bei jedem mittleren Projekt notwendig ist. Der Ort Hasankeyf mit seiner über 11 000 Jahre alten Geschichte zählt zu den bedeutendsten kulturellen Stätten weltweit, er würde in dem 130 Meter tiefen Stausee versinken und mit ihm Hunderte weitere, noch unbekannte historische Schätze. Die Menschen vor Ort sind praktisch zur Gänze gegen das Projekt, 22 der 24 betroffenen Gemeinden, Gewerkschaften und andere Interessensvertretungen haben sich zu einer Initiative gegen Ilisu zusammengeschlossen. Die Konsequenzen für den flussab befindlichen Irak wären enorm. Der international vorgeschriebenen Konsultation mit den Nachbarstaaten ist die Türkei bisher nicht nachgekommen. Ein klarer Bruch des Völkerrechts. 2007 hatte deshalb der irakische Außenminister Zebari offiziell bei EU-Kommissarin Ferrero-Waldner protestiert. Der Ilisu-Staudamm ist das erste große Projekt am Tigris, weitere sollen folgen.

Eine breite Kampagne in Österreich

Hierzulande formierte sich der Widerstand gegen eine österreichische Beteiligung am Staudamm bereits vor vielen Jahren. In der Kampagne „ECA-Watch“ schlossen sich neun Vereine zusammen, um gemeinsam Proteste durchzuführen, die Öffentlichkeit zu informieren, aber auch um eine Reformierung der österreichischen Exportwirtschaft durchzusetzen. Mitgliedsorganisationen von ECA-Watch sind: AGEZ, WWF, FIAN, Verein Kurdischer StudentInnen, Global 2000, Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz, attac, Gesellschaft für bedrohte Völker und WADI Österreich. Bei der Kritik an Großprojekten in Entwicklungsländern stießen diese Umwelt-, Entwicklungs- und Men-



AktivistInnen von ECA-Watch vor dem Kunstforum der BA-CA – die sich gern als Förderer der Schönen Künste präsentiert Foto: Mary Kreutzer

schenrechtsorganisationen immer öfter auf Exportkreditagenturen als Financiers, darunter die Österreichische Kontrollbank (OeKB). In der Kampagne setzt sich ECA-Watch für klare Umwelt- und Sozialstandards, Transparenz und Informationen an das Parlament und die Öffentlichkeit sowie für die Einbindung von Umwelt, Entwicklungs- und Menschenrechts-NGOs bei der österreichischen Exportförderung ein.

Kunst fördern – Kultur zerstören

Seit Sommer 2007 hat ECA-Watch seine Proteste ausgeweitet. Nicht mehr nur die VA-Tech Hydro (Andritz AG), welche das technische KnowHow und die Turbinen für das Ilisu-Staudamm-Projekt liefern will, und die OeKB, die den Ilisu-Deal mit Steuergeldern finanziell absichert, sondern ein weiterer Profiteur hat sich zu den skrupellosen GeschäftermacherInnen Österreichs hinzugesellt: die Bank Austria Creditanstalt. Diese gab im August 2007 bekannt, dass sie den Staudamm finanzieren will, mit günstigen Krediten. Die Bank argumentiert dabei, genau wie auch die Andritz AG, mit falschen Aussagen. Angeblich würden nämlich Weltbankstandards eingehalten. Eine nachweislich falsche Behauptung, mit der die Bevölkerung und die KundInnen der Bank hinters Licht geführt werden. Eine der wesentlichen Weltbankstandards lautet, dass eine Umweltverträglichkeits-Prüfung (UVP) vorliegen muss, bevor es zu einer Entscheidung über die Finanzierung kommt. Eine UVP gab es aber nie und soll auch nicht vorgenommen werden. Eine Entscheidung gibt es trotzdem, ein klarer Bruch mit den Standards der Weltbank. Die BA-CA und Andritz verlieren damit ihre Glaubwürdigkeit. Seit nunmehr vier Monaten protestieren Mitglieder der Kampagne regelmäßig vor Filialen der BA-CA (siehe Foto), und sammeln Unterschriften von KundInnen, die ihr Konto nun kündigen wollen, weil sie nicht damit einverstanden sind, dass mit ihren Spareinlagen dieses skandalöse Projekt realisiert werden soll. In der alljährlichen „Langen Nacht der Museen“ Mitte Oktober 2007 belagerten AktivistInnen von ECA-Watch das Kunstforum der BA-CA – die sich gern als Förderer der Schönen Künste präsentiert – und machten MuseumsbesucherInnen, die anwesende Presse sowie PassantInnen auf die Ilisu-Problematik aufmerksam. Das Ganze stand unter dem Motto: „BA-CA: Kunst fördern – Kultur zerstören“. (siehe Foto)

Ilisu-Watch

Oft werden wir gefragt, ob wir allen Ernstes glauben, den Bau des Ilisu-Staudammes noch verhindern zu können. Unsere Antwort, in aller Kürze: Ja. Es wäre nicht das erste Mammutprojekt, das entgegen allen Befürchtungen in letzter Sekunde verhindert wird. Sei es durch den Druck der Öffentlichkeit (Bsp. Atomkraftwerk Zwentendorf, Donaukraftwerk Hainburg), sei es durch einen unerwarteten Regierungswechsel (Bsp. Spaniens umstrittener „Nationaler Wasserplan“, der 17 Megastaudämme vorsah und mit den Terrorattentaten von Al-Qaida in Madrid im März 2004 und der darauffolgenden Abwahl der Rechtspartei PP plötzlich vom Tisch war).

Als nächsten Schritt plant die Kampagne, die Aktivitäten innerhalb der Türkei zu intensivieren und einige österreichische und deutsche BeobachterInnen im Zuge des Projektes „Ilisu-Watch“ vor Ort zu schicken. Sie werden eng mit der türkisch-kurdischen Initiative „Keep Hasankeyf alive“ kooperieren, das Fortschreiten der Enteignungen und den möglichen Baubeginn und die Konsequenzen verfolgen und dokumentieren sowie als Anlaufstelle für JournalistInnen und TouristInnen in Hasankeyf ein Info-Büro aufbauen.

Somit sind wir auch heute nicht am Ende der Kräfte, ganz im Gegenteil: Der Widerstand gegen Ilisu fängt gerade erst richtig an! ♦



Mitglieder der Kampagne protestieren regelmäßig vor Filialen der BA-CA Foto: Mary Kreutzer

Mary Kreutzer ist Politikwissenschaftlerin in Wien, Redakteurin der Österreichischen Liga für Menschenrechte und Mitarbeiterin der Kampagne ECA-Watch.

Links:
ECA-Watch Österreich.
www.eca-watch.at
Initiative Keep Hasankeyf alive:
www.hasankeyfgirisimi.com
Neue Studie „Ilisu hat System“, 2007:
www.eca-watch.at/downloads/ilisu-hat-system.pdf

Menschenrechte in Zeiten des Terrors

Der Versuch einer Terrorismus-definition wird weit gefasst

Rolf Gössner im Gespräch mit Roj-TV

Sie haben unter dem Titel „*Menschenrechte in Zeiten des Terrors*" vor Kurzem ein neues Buch veröffentlicht. Seit Längerem arbeiten Sie zu diesem Thema. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 hat sich die Definition des Terrors und der Sicherheitspolitik sehr verändert. Was sind die Sicherheitsargumente der Staaten, die nach dem 11. September angeführt werden? Welche neuen Gesetze wurden verabschiedet?

Wir haben tatsächlich eine sehr bedenkliche Entwicklung seit dem 11.9.2001 zu verzeichnen. Allerdings muss man dazu sagen: eine Entwicklung, die schon früher begonnen hat. Nämlich in den 1970er bis 90er Jahren. Damals hatten wir auch schon eine Tendenz in der Bundesrepublik Deutschland vom liberal-demokratischen Rechtsstaat hin zum einem präventiven Sicherheitsstaat. Wir haben also seit dem 11.9. kein vollkommen neues Kapitel, aber die Entwicklung hat sich unheimlich beschleunigt. Die Auswirkungen auf die Bürger und Bürgerinnen sind gravierend, auch wenn diese das manchmal nicht wahrhaben wollen oder nicht unmittelbar zu spüren bekommen. Es sind insbesondere Migranten, unter ihnen ganz besonders Muslime, die davon betroffen sind. Denn sie werden in der herrschenden Sicherheitspolitik mehr und mehr mit Terrorismus in Zusammenhang gebracht, zu gesteigerten Sicherheitsrisiken erklärt und einem verschärften Überwachungssystem unterworfen. Erinnert sei nur an die Antiterrorregelungen im Ausländer- und Asylrecht sowie an die umfangreichen Rasterfahndungen nach „islamistischen Schläfern", in die Zigtausende von Migranten geraten sind und in deren Verlauf Hunderte auf elektronischem Wege zu Terrorverdächtigen gemacht wurden.

Wie definiert der Staat den „Terrorismus", wenn er seine Sicherheitspolitik festlegt bzw. neue Gesetze verabschiedet?

Letzten Endes gibt es bis heute keine offizielle Terrorismus-Definition, zumindest keine Legaldefinition, die in einem Gesetz festgelegt wäre. Es ist zwar der Versuch unternommen worden, auf UNO- und auch auf EU-Ebene, Terrorismus zu definieren. Aber es hat sich als absolut schwierig herausgestellt, denn schließlich ist der Terrorist des einen der Freiheitskämpfer des anderen und umgekehrt – was sich im übrigen schnell ändern kann, wie die wechselnden Einschätzungen der kosovarischen UCK, der Taliban-Gegner der Nordallianz in Afghanistan oder auch eines Bin Laden zeigen.

Nach dem 11. September 2001 ist auf EU-Ebene eine Terrorismus-Definition vorgegeben worden, die so weit geraten ist, dass sie letzten Endes untauglich ist. Weil sie nicht mehr eng begrenzt ist, sondern alles Mögliche unter Terrorismus fasst. Die Definition erfordert zwar, dass bestimmte Straftaten mit der Absicht begangen werden müssen, „die politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Strukturen eines Landes zu bedrohen und stark zu beinträchtigen oder aber zu zerstören". Aber es bedeutet eine Ausweitung, wenn neben Mord, Entführung oder Erpressung schon die widerrechtliche Inbesitznahme oder Beschädigung öffentlicher Einrichtungen, Transportmittel, Infrastrukturen oder öffentlichen Eigentums ausreichen oder die Beeinträchtigung, Verhinderung oder Unterbrechung der Versorgung mit Wasser, Elektrizität oder anderen wichtigen Ressourcen oder „Angriffe durch Verwendung eines Informationssystems" oder nur die Drohung mit einer dieser Straftaten.

Dieser Versuch einer Terrorismusdefinition ist so weit gefasst, dass darunter selbst militante Straßenproteste wie die in Genua 2001 fallen könnten oder Formen des zivilen Ungehorsams wie Sitzblockaden vor Atomkraftwerken oder politische Streiks in Versorgungsbetrieben. Sobald diese Kriminalisierung per Definition in nationales Recht umgesetzt ist, macht der Gegenterror auch vor sozialem Protest nicht halt, weder vor der Friedensbewegung und dem Anti-Atom-Widerstand noch vor gewerkschaftlichen Streiks oder globalisierungskritischen Protesten. Anfang 2006 sind in Dänemark Aktivisten von Greenpeace für eine Aktion des zivilen Ungehorsams – sie waren auf ein Bürohaus geklettert, um ein Anti-Genmais-Plakat auszurollen – nach einer Strafnorm verurteilt worden, die auf besagter EU-Terrordefinition basiert.

Einige europäische Staaten und Menschenrechtsorganisationen protestierten zwar gegen diese weite Definition. Doch wurde daraufhin nicht etwa die weite und flexible Terrordefinition geändert, sondern ein Passus in die unverbindliche Präambel des EU-Beschlusses aufgenommen: Dort heißt es nun beschwichtigend, dass die Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit bei der Anwendung der Terrorismusdefinition nicht geschmälert oder behindert werden dürfe!

Wie Sie selbst sagten, gibt es viele unterschiedliche Sichtweisen auf den Begriff Terrorismus. Aber gleichzeitig erstellen internationale Institutionen wie die EU eigenständige Terror-Listen. Nach welchen Kriterien werden solche Listen erstellt? Gibt es dabei diplomatische oder ökonomische Interessen?

Das ist ganz schwer zu sagen, weil die Motivation sich ja in der Regel schwer ergründen lässt. Die EU-Terrorliste wird jedenfalls ohne jegliche demokratische Legitimation und ohne jegliche demokratische Kontrolle betrieben. Nach welchen Kriterien jemand oder eine Gruppe in diese Liste gerät, ist unerfindlich. Auf Zuruf praktisch eines Mitgliedsstaates, der eine bestimmte Gruppe auf der Liste erfassen will, kann die Aufnahme erfolgen. Sie erfolgt nur dann nicht, wenn ein anderer Staat ein Veto einlegt. Höchst problematisch, ja inakzeptabel ist, dass es für Betroffene noch nicht einmal einen wirksamen Rechtsschutz gibt, um sich dagegen zur Wehr setzen zu können. Die Betroffenen kennen also die Kriterien nicht, die zu ihrer Aufnahme führten, sie wissen also nicht, warum sie gelistet sind, sie wissen zunächst noch nicht mal, dass sie auf dieser Liste überhaupt verzeichnet sind. Das heißt: Den Betroffenen wird das rechtliche Gehör verweigert und damit auch jegliche Verteidigungsmöglichkeiten.

Ein langjähriger Skandal, denn die Folgewirkungen einer Listung können für die betroffenen Organisationen und Personen zu massiven Menschenrechtsverletzungen führen: Mithilfe der Liste wird das Ziel verfolgt, die Betroffenen wirtschaftlich zu isolieren und politisch zu ächten; denn alle EU-Staaten sind verpflichtet, Sanktionen gegen die Betroffenen durchzusetzen. Die Folgen sind u. a. Einreiseverbote, Passentzug, Einfrieren des gesamten Vermögens, Sperrung von Konten und Kreditkarten, Einstellung von Sozialleistungen wie Sozial- oder Arbeitslosenhilfe; hinzu kommen staatliche Überwachungs- und Fahndungsmaßnahmen sowie staatsbürgerliche Einschränkungen. Zu den Fernwirkungen zählen die Verweigerung von Einbürgerungen und Asylanerkennungen sowie der Widerruf des Asylstatus von Anhängern gelisteter Gruppen.

Bei der Terrorliste handelt es sich um ein höchst problematisches Instrument, weil die EU damit im „Kampf gegen den Terror" zu Mitteln greift, die rechtsstaatlichen, menschenrechtlichen und demokratischen Standards nicht gerecht werden. Trotz der Entrechtung sind mittlerweile beim Europäischen Gerichtshof in Luxemburg etliche Klagen von Betroffenen anhängig gemacht worden, die teilweise auch schon zugunsten dieser Betroffenen entschieden wurden.

Auch die kurdischen politischen Organisationen wurden in solche Listen aufgenommen, so z. B. die PKK und ihre Folgeorganisationen. Was denken Sie darüber, dass die PKK auf dieser Liste angeführt wird? Welche juristischen Rechte haben die Kurden, hiergegen vorzugehen, wie kann dieser Zustand juristisch beendet werden?

Für einzelne Mitglieder oder Unterstützer der PKK oder der Nachfolgeorganisationen ist es schwer, sich aktiv gerichtlich dagegen zur Wehr zu setzen. Sie wissen ja, dass die PKK in der Bundesrepublik schon seit Langem einem Betätigungsverbot unterworfen ist und dass die PKK in der Bundesrepublik, nachdem sie ursprünglich als terroristische Vereinigung (nach § 129a StGB) eingestuft worden war, inzwischen als kriminelle Vereinigung (nach § 129 StGB) gilt. Mitglieder oder Unterstützer können deswegen strafrechtlich verfolgt werden und müssen sich dann, zumeist mit anwaltlicher Hilfe, dagegen verteidigen.

Im Fall der EU-Terrorliste läuft das anders. Da muss sich die Gruppe, die Organisation oder betroffene Person, die in der Liste steht, aktiv dagegen zur Wehr setzen – falls sie denn davon Kenntnis erlangt hat (was angesichts der nachfolgenden Repressionen die Regel sein dürfte). Wenn ich mich recht entsinne, hat ja auch der Bruder von Abdullah Öcalan gerichtliche Schritte gegen die Listung der PKK vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg eingeleitet. Es gibt auch bereits Urteile, mit denen die Aufnahme bestimmter Personen und Organisationen auf die EU-Terrorliste, wie etwa der iranischen Volksmodjahedin, und das Einfrieren ihrer Gelder für rechtswidrig und nichtig erklärt wird, weil ihr Recht auf Verteidigung verletzt worden ist (Az. Rs T-228/02). Daraufhin musste das gesamte Listungsverfahren 2007 geän-



Gündem- und Demokrasi-Nachfolgerzeitung verboten
Nach den Tageszeitungen *Gündem* und *Gercek Demokrasi* ist auch die Güncel wegen „PKK-Propaganda" für 30 Tage mit einem Erscheinungsverbot belegt worden. Als Begründung wurden alle Überschriften in der Ausgabe vom 17.10. genannt.
Quelle: ANF, 17.10.2007, ISKU
Foto: DIHA

dert und die Liste aktualisiert werden. Jetzt müssen die Betroffenen über die Listung unterrichtet werden und sie müssen die Gelegenheit erhalten, Einwände dagegen vorzutragen.

Meines Wissens steht eine Entscheidung in dem laufenden Verfahren der PKK vor dem EuGH noch aus. Sie und ihre Nachfolgeorganisationen stehen jedenfalls immer noch auf der Liste – obwohl diese Organisationen längst friedenspolitische Aktivitäten in Europa entfaltet haben. Die EU scheint mit der Aufnahme der PKK in die Terrorliste ursprünglich dem Drängen des seinerzeit „frisch gebackenen" EU-Kandidaten Türkei nachgegeben zu haben. Durch den Eintrag fühlte sich die Türkei schon vor Jahren legitimiert, weiterhin mit militärischen Operationen gegen Kurden und ihre Organisationen vorzugehen und so die zivile Lösung der Kurdenfrage zu torpedieren. Vor dieser Entwicklung hatte die Menschenrechtsorganisation *Medico International* bereits 2002 in einem „Appell an die Vernunft" gewarnt. Dieser Appell schließt mit den Worten: „Europa darf sich nicht zum Werkzeug türkischer Kurdenpolitik machen." Leider schon passiert: So kann die forcierte europäische „Antiterror"-Politik schnell in staatlichen Gegenterror ausarten.

Sie haben ja Beziehungen zu Menschenrechtsorganisationen in der Türkei und veröffentlichen auch Berichte darüber. Wie sehen Sie die Türkei? Wie bewertet die *Internationale Liga für Menschenrechte* die Politik der Türkei, insbesondere in Bezug auf Menschenrechte und Freiheiten?

Die Entwicklung in der Türkei beobachten wir mit großem Interesse und Neugier, aber auch mit Besorgnis. Ich war 2005 beteiligt an einer Menschenrechtsdelegation in die Türkei, die sich gerade die Frage stellte, wie sich die Türkei seit dem EU-Beitrittsprozess entwickelt hat. Da mussten wir feststellen, dass es eine große Differenz gibt: Auf der einen Seite die offiziellen Stellen, mit denen wir redeten, also Parlaments- und Regierungsparteien, die insbesondere die Fortschritte in der Menschenrechtsfrage herausstellten. Auf der anderen Seite die Menschenrechtsorganisationen in der Türkei, die anhand vieler Fälle feststellen, dass es immer noch Folter gibt, und zwar systematische Folter – auch wenn sich die Situation in einigen Bereichen durchaus verbessert hat. Es gibt eben auch eine erhebliche Differenz zwischen Gesetzesreformen und ihrer Umsetzung, mit der es allzu häufig hapert.

Von enormer Bedeutung scheint mir aber die Einschätzung wichtiger Menschenrechtsorganisationen in der Türkei, mit denen wir gesprochen haben: Sie sagen, dass der EU–Beitrittsprozess eine Riesenchance sei, die Menschenrechtsentwicklung in der Türkei voranzubringen, auch wenn es immer wieder Rückschläge geben wird. Und es geht in dieser Menschenrechtsfrage auch um die kurdische Frage, die demokratisch und gerecht gelöst werden muss. Allerdings halte ich es für ein großes Problem, dass diese kurdische Frage in den Beitrittsverhandlungen bisher nicht oder kaum auf der Agenda stand. Das muss sich schleunigst ändern. Denn gerade an dieser Frage wird sich zeigen, ob die Türkei tatsächlich reif ist, in die EU aufgenommen zu werden.

In diesem Zusammenhang sollte noch auf ein enormes Glaubwürdigkeitsproblem hingewiesen werden. Die Türkei muss sich von einem repressiven Militär- und Folterstaat in einen demokratischen Rechtsstaat entwickeln, will sie in die EU aufgenommen werden – und zwar ausgerechnet in einer Zeit, in der Europa und die westliche Welt eine starke Militarisierung erleben und weltweit völkerrechtswidrige Interventionen betreiben; ausgerechnet in einer Zeit, in der die EU und ihre Mitgliedsstaaten ihrerseits Menschenrechte im Namen einer vermeintlichen Sicherheit opfern, indem sie im Zuge ihres Antiterrorkampfes Bürgerrechte einschränken, an rechtsfreien Räumen und giftigen Früchten der Folter partizipieren, letztlich das absolute Folterverbot der internationalen Menschenrechtskonventionen relativieren und damit mühsam erkämpfte zivilisatorische Werte in Frage stellen. Auch diesen fatalen und selbstzerstörerischen Prozess müssen wir im Rahmen der Beitrittsfrage thematisieren – denn die Türkei könnte sich auf diese Entwicklung berufen und ihre Foltermaßnahmen und Militäraktionen als Beitrag für den weltweiten Kampf gegen den Terror ausgeben. Zumal das NATO-Mitglied Türkei in der westlichen Welt als sicherheitspolitischer Puffer gegenüber der islamischen Welt hoch geschätzt wird.

Wir dürfen es nicht zulassen, dass sich die menschenrechtlichen und demokratischen Defizite und Rückschritte in der EU am Ende durch den Beitritt der Türkei verfestigen, ausweiten und verschärfen, dass militärische Lösungen zur Konfliktbewältigung dominieren und der Ausnahmezustand über die Zivilgesellschaft triumphiert. Wir brauchen also auch Antworten auf die Frage, wie diese bedrohliche Entwicklung in einem erweiterten Europa gebremst und verhindert werden kann.

Es gibt auch Gerichtsverfahren auf europäischer Ebene, die Sie aufmerksam verfolgen. Sie haben von der kurdischen Frage gesprochen. Das Öcalan-Verfahren hatte ebenfalls einen Zusammenhang mit der kurdischen Frage. Zuletzt wurde auf Beschluss des Sekretariatskomitees des Europarates die Akte im EuGMR geschlossen. Wie bewerten Sie als Jurist dieses Verfahren vor dem Hintergrund der Menschenrechte in der Türkei?

Auf der Grundlage des Gerichtsurteils des EuGMR habe ich es für dringend notwendig gehalten, das Öcalan-Verfahren in der Türkei neu aufzurollen, weil ja vom EuGMR festgestellt worden ist, dass es ursprünglich kein faires Verfahren gegen Öcalan gab. Das heißt also, die Prozessbedingungen müssten entsprechend geändert werden, um ein rechtsstaatlich faires Verfahren zu erreichen. Allerdings ist in dem EuGMR-Urteil nicht die Forderung aufgestellt worden, das Verfahren in der Türkei tatsächlich neu aufzurollen, das EuGMR-Urteil also auch umzusetzen. Und darauf berief sich offenbar die Türkei und hat die Geschichte zu den Akten gelegt. Wie gesagt, eine sehr unbefriedigende „Lösung".

Im Übrigen: Der Umgang mit dem Fall Öcalan und seine Haftsituation auf

der Gefangeneninsel Imralı ist ein Gradmesser für die Glaubwürdigkeit der türkischen Menschenrechtspolitik und auch für den Willen der türkischen Regierung und der EU, die kurdische Frage friedlich und gerecht zu lösen. Doch leider hat sich in dieser Hinsicht bislang nur wenig getan.

Wie wirken sich die Sicherheitspolitik und Antiterrorregelungen der Staaten auf das alltägliche Leben von Bürgern aus, wie z. B. die Biopässe oder andere Maßnahmen? Sind die Bürger sich der Eingriffe in ihre Freiheit und Rechte bewusst?

Leider sind sich die Bürgerinnen und Bürger der Folgen der Antiterrorpolitik auf ihre Grundrechtspositionen und Freiheitsrechte nicht so recht bewusst. Aber sie sind davon betroffen. Und ich möchte diese Betroffenheit an ein paar Beispielen aus der bundesdeutschen Antiterror-Gesetzgebung veranschaulichen: Am meisten vorhanden ist das Bewusstsein bei Migranten, denn schon bislang gehörten sie zu der am intensivsten überwachten Bevölkerungsgruppe. Nun wurden sie per Antiterrorgesetz zu einem gesteigerten Sicherheitsrisiko erklärt und einem noch rigideren Überwachungssystem unterworfen. Etliche Antiterror-Regelungen sind geeignet, Migranten zu gläsernen Menschen zu machen, ihren Aufenthalt zu erschweren, ihre Auslieferung und Abschiebung zu erleichtern. Gerade auch die umfangreichen Rasterfahndungen nach „islamistischen Schläfern" stellten die von diesen Maßnahmen Betroffenen praktisch unter einen Generalverdacht.

Ausgerechnet die kaum kontrollierbaren Geheimdienste erlebten einen regelrechten Aufschwung. Sie bekamen neue Aufgaben und Befugnisse: Sie dürfen u. a. mit so genannten IMSI-Catchern Handys orten, womit sich Bewegungsprofile ihrer Besitzer erstellen lassen, auch wenn die Geräte nur Stand-by geschaltet sind. Geheimdienste dürfen von Banken, Post, Telekommunikationsanbietern und Fluglinien Auskünfte verlangen über Geldanlagen, Konten- oder Reisebewegungen oder über Telefonverbindungs- und Nutzungsdaten von verdächtig erscheinenden Kunden – also: wer hat von wo wann mit wem wie lange telefoniert, ist mit wem wohin wie lange verreist oder hat Überweisungen in welcher Höhe an wen getätigt?

Tausende von Beschäftigten in „lebens- oder verteidigungswichtigen" Einrichtungen werden geheimdienstlichen Sicherheitsüberprüfungen unterzogen und ausgeforscht – im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft. Betroffen von diesem ausgeweiteten personellen „Sabotageschutz" sind Einrichtungen und sicherheitsempfindliche Stellen, die der Versorgung der Bevölkerung dienen, wie Energie-Unternehmen, Krankenhäuser, pharmazeutische Firmen, Bahn und Flughäfen, Post und Telekommunikationsunternehmen, aber auch die Bundesagentur für Arbeit sowie Rundfunk- und Fernsehanstalten. Menschen, die sich um sicherheitsempfindliche Stellen in solchen Betrieben bewerben oder sie innehaben, die werden geheimdienstlich überprüft – und nicht nur sie, sondern, je nach Sicherheitsstufe, womöglich auch ihre Lebenspartner und ihr soziales Umfeld.

Seit November 2005 gibt es den Reisepass mit biometrischen Merkmalen – zunächst mit einem Digital-Foto, später auch mit zwei digitalen Fingerabdrücken, beides auf einem Funkchip gespeichert, der aus der Distanz auslesbar ist. Damit ließen sich leicht Bewegungsbilder der Passinhaber erstellen. Der biometrische Personalausweis wird folgen. Werden die biometrischen Merkmale zusätzlich in dezentralen Referenzdateien gespeichert, wie es bereits debattiert wird, dann lassen sich etwa die erfassten Fingerabdrücke automatisch mit solchen abgleichen, die an irgendwelchen Tatorten gefunden wurden; und die digitalisierten Gesichtsbilder könnten mit Video-Aufnahmen aus dem öffentlichen Raum abgeglichen werden, um gesuchte oder verdächtige Personen aus einer Menschenmenge herauszufiltern. Insgesamt gesehen eine Misstrauenserklärung an die gesamte Bevölkerung.

Eine letzte Frage: Kann es bei diesem Thema zu Entwicklungen kommen, die Hoffnung keimen lassen? Können ein entsprechendes Programm und eine politische Bewegung entstehen von Europa aus, die die Freiheiten wieder mehr ausweitet?

Eine schwer zu beantwortende Frage, zumal wenn man nicht prophetisch veranlagt ist. Sicher: Wir brauchen starke nationale und europäische Protest- und Widerstandsbewegungen, die über Europa hinausdenkend für eine andere, für eine gerechtere und friedliche Welt kämpfen – also eine Welt ohne Ausbeutung, Armut und Krieg. Und nur eine solche Welt kann sowohl dem internationalen Terror als auch dem staatlichen und multinationalen Gegenterror den Nährboden entziehen. Ich sehe zumindest eine Chance und die lautet: Eine starke politisch-soziale und globalisierungskritische Bewegung, die wir ja in Ansätzen schon haben, könnte es schaffen, auch auf europäischer Ebene entsprechende Weichen in Richtung Menschenrechte und Frieden zu stellen. Dazu müssen auch Nichtregierungsorganisationen, Bürger- und Menschenrechtsorganisationen – möglichst in einem europäischen Netzwerk – ihren Beitrag leisten. Die Internationale Liga für Menschenrechte, mit ihren zugegebenermaßen bescheidenen Kräften, versucht natürlich, ihren Teil dazu beizutragen. ♦

Dr. Rolf Gössner ist Rechtsanwalt und Publizist in Bremen (Deutschland). Seit 2003 Präsident der „*Internationalen Liga für Menschenrechte*" (Berlin) und seit 2007 Mitglied und stellv. Sprecher der Deputation für Inneres der Bremer Bürgerschaft. Sachverständiger in Gesetzgebungsverfahren, u. a. zu den Antiterror-Gesetzen im Bundestag. Mitherausgeber von „*Ossietzky*" - Zweiwochenschrift für Politik/Kultur/Wirtschaft sowie des jährlich erscheinenden „*Grundrechte-Reports*" (Fischer-Verlag). Mitglied der Jury zur Verleihung des Negativpreises „*BigBrotherAward*" an Institutionen, die in besonderem Maße den Datenschutz missachten. Autor zahlreicher Bücher zu „*Innerer Sicherheit*" und Bürgerrechten, zuletzt: *Menschenrechte in Zeiten des Terrors. Kollateralschäden an der „Heimatfront"*, Hamburg 2007.
Internet: www.rolf-goessner.de.

Überwachung und Sicherheit (Teil 1)

Überwachungsmaßnahmen nehmen kontinuierlich zu

Martin Dietmann

Cirka 15 000 Menschen demonstrierten am 22.9.2007 in Berlin unter dem Motto *Freiheit statt Angst gegen den Überwachungswahn* von Staat und Wirtschaft. Konkret richtete sich der Unmut vor allem gegen die heftig umstrittene Vorratsspeicherung von Telefon- und Internetdaten, heimliche Online-Durchsuchungen oder die neue einheitliche Steueridentifikationsnummer.
Der Veranstalter dieser Demonstration war der *Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung,* der zusammen mit einem breiten Bündnis von 50 gesellschaftlichen Gruppen aufgerufen hatte.
Dieser Artikel gewährt einen Einblick in diese Thematik. Im ersten Teil wird zunächst ein Überblick gegeben werden über die derzeitigen Befugnisse und Möglichkeiten staatlicher Stellen, elektronische Kommunikation abzuhören und zu überwachen, bevor in der nächsten Ausgabe die Datensammlung durch private Unternehmen und die aktuellen Pläne zur Ausweitung der Überwachung zur Sprache kommen werden.

Überwachung im Strafverfahren

Die „klassische" Variante des Abhörens von Telefongesprächen und E-Mails findet im Rahmen eines Strafverfahrens statt. Es liegt also eine Straftat vor – oder das, was Polizei und Staatsanwaltschaft dafür halten – und zur Aufklärung wird die Überwachung der Telekommunikation eines Verdächtigen als notwendig angesehen. Zum Tragen kommt dabei der Paragraph 100a der Strafprozessordnung (StPO), in dem festgelegt ist, bei welchen Straftaten Abhörmaßnahmen grundsätzlich zulässig sind. Dazu gehören Delikte wie Mord und Totschlag, Raub, Erpressung, Sexualdelikte, Bandendiebstahl, Hehlerei und Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz, aber auch Verstöße gegen das Aufenthalts- und Asylverfahrensgesetz. Nicht zuletzt gehören auch zahlreiche ausdrücklich politisch definierte Delikte wie die Bildung einer kriminellen bzw. terroristischen Vereinigung oder der ebenfalls häufig in „PKK-Verfahren" bemühte Verstoß gegen das Vereinsgesetz zum Katalog nach § 100a StPO.

Neben der Beschränkung auf bestimmte Straftaten ist dem Abhören – zumindest in der Theorie – noch eine weitere Hürde vorangestellt. Strafprozessuale Abhörmaßnahmen bedürfen der Genehmigung durch ein Gericht, das anhand von Kriterien überprüfen soll, ob der mit einer Abhörmaßnahme verbundene schwere Eingriff in die Grundrechte der Betroffenen gerechtfertigt ist. Zu diesen Kriterien gehört neben der Benennung der Katalogstraftat nach § 100a StPO und der Begründung eines konkreten Tatverdachts auch die Prüfung der Verhältnismäßigkeit der Maßnahme.

Nach einer Studie von Rechtswissenschaftlern der Uni Bielefeld aus dem Jahr 2002 erfolgt die Prüfung durch Gerichte in den meisten Fällen jedoch nur unzureichend. Nach Auswertung von 554 Telefonüberwachungsmaßnahmen kamen die Forscher zu dem Ergebnis, dass nur knapp ein Viertel der richterlichen Beschlüsse den Anforderungen genügte, bei dem Rest der Fälle lagen nur unvollständige oder gar keine Begründungen für die Überwachungsmaßnahme vor. Nur in einem einzigen untersuchten Fall wurde die von der Staatsanwaltschaft beantragte Telefonüberwachung abgelehnt. Nach Interviews mit Verfahrensbeteiligten und dem Studium der Akten wurde festgestellt, dass die Richter in den meisten Fällen den Antrag der Staatsanwaltschaft wörtlich übernehmen und keine eigene Prüfung des Sachverhalts mehr vornehmen. Die Interviews brachten auch zu Tage, dass die meisten Richter und Staatsanwälte den Aspekt des Grundrechtsschutzes überhaupt nicht berücksichtigen; vielmehr sehen viele den Richtervorbehalt lediglich als eine überflüssige bürokratische Hürde an.

So überrascht es nicht, dass die Zahl der nach § 100a StPO durchgeführten Überwachungsmaßnahmen in den vergangenen Jahren kontinuierlich zugenommen hat. Im Jahr 1999 ergingen in etwa 3 000 Strafverfahren 12 651 Anordnungen zur Telekommunikationsüberwachung. 2005 wurden in knapp 5 000 Verfahren Überwachungsmaßnahmen eingesetzt; dazu ergingen 35 015 Anordnungen, die in vielen Fällen mehrere Anschlüsse umfassten.

Für den Anstieg ursächlich ist auch, dass die technische Realisierung im Zuge der umfassenden Digitalisierung der Kommunikation und durch die Anpassung und Vereinheitlichung der Überwachungstechnik erheblich einfacher geworden ist. Die Telekommunikationsüberwachungsverordnung (TKÜV) – ein Gesetz, das die technische Durchführung von Überwachungsmaßnahmen festlegt – wurde zuletzt 2005 wesentlich überarbeitet. Seitdem sind alle Anbieter von Telekommunikationsdienstleistungen, etwa Telefongesellschaften, Internetprovider und Anbieter von E-Mail-Konten, dazu verpflichtet, auf eigene Kosten standardisierte Abhörschnittstellen in ihre Systeme zu integrieren und den zum Abhören befugten Behörden zur Verfügung zu stellen. Sobald eine Abhöranordnung, etwa von der Polizei oder einem Geheimdienst, bei einer solchen Firma eingeht, muß sie binnen sechs Stunden den Abhörvorgang einleiten – natürlich so, dass die abgehörten Personen nichts davon mitbekommen.

Präventive Überwachung

Seit Kurzem ist es den Polizeibehörden einiger Bundesländer möglich, auch außerhalb von Strafverfahren zu Überwachungsmaßnahmen zu greifen. Die Polizeigesetze von Bayern, Thüringen, Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern ermöglichen es, auch dann Telefongespräche und E-Mails abzuhören, wenn noch gar keine Straftat passiert ist. Diese präventive Überwachung soll der Abwehr einer „Gefahr für den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder für Leben, Gesundheit oder Freiheit einer Person“ dienen oder eingesetzt werden, „soweit Tatsachen die Annahme rechtfertigen“ – wie es z. B. im Polizeigesetz von Thüringen heißt –, „dass Personen Straftaten im Sinne des § 100a StPO begehen wollen“.

Auf einer ähnlich schwammigen Grundlage – hier sind die Rechtsgrundlagen im so genannten G-10-Gesetz geregelt, dem Gesetz, das das laut Grundgesetz Artikel 10 garantierte Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis einschränkt – haben auch die deutschen Geheimdienste umfangreich präventive Abhörbefugnisse. Hier kommt noch hinzu, dass speziell dem Bundesnachrichtendienst auch das „strategische“ Abhören „gebündelter“ internationaler Kommunikationsvorgänge erlaubt ist – sprich die flächendeckende Überwachung von z. B. allen ins Ausland versandten E-Mails nach bestimmten Suchbegriffen.

(Keine) Anonymität im Internet

Selbst dann, wenn kein unmittelbares Abhören durch Polizei und Geheimdienste erfolgt, hinterlassen zahlreiche Kommunikationsvorgänge insbesondere im Internet Spuren, die auch rückwirkend ausgewertet und zur Überwachung oder Strafverfolgung herangezogen werden können. Aus dem technischem Aufbau des Internet ergibt sich die Notwendigkeit, dass jeder daran teilnehmende Rechner eine Kennung – die so genannte IP-Adresse – erhält, mit der er eindeutig identifiziert werden kann. Diese IP-Adresse wird bei jedem Kommunikationsvorgang im Netz – beim Versenden einer E-Mail, beim Besuch einer Webseite, der Anmeldung in einem Chat oder bei der Datenübertragung in einer Tauschbörse usw. – übertragen und ist für die Gegenstelle einsehbar. Anhand der IP-Adresse kann der Computer bis zum Internet-Provider zurückverfolgt werden. Dort wird – auch wenn die Zulässigkeit umstritten ist – meist gespeichert, wer zu welchem Zeitpunkt mit welcher IP-Adresse im Netz unterwegs war. Nun kann eine Staatsanwaltschaft, sollte eine solche Adresse in irgendeiner Form auffällig geworden sein, beim Provider die Identifikation des entsprechenden Anschlussinhabers verlangen. Von dieser Möglichkeit wird ausgesprochen häufig Gebrauch gemacht. Im vergangenen Jahr beantwortete allein die Telekom AG – zwar der größte, aber bei weitem nicht der einzige Internet-Provider in Deutschland – mehr als 94 000 solcher Anfragen. Ein Hausjurist der Telekom rechnet damit, dass die Zahl solcher Anfragen in diesem Jahr auf etwa 210 000 ansteigen wird. Hauptverantwortlich dafür ist die Verfolgung so genannter „Raubkopierer“ durch die Unterhaltungsindustrie. Dafür nehmen spezialisierte Firmen im Auftrag von Musiklabels oder Filmstudios an Tauschbörsen teil und ermitteln so die IP-Adressen anderer Teilnehmer. Nun wird Strafanzeige wegen Urheberrechtsverletzungen gestellt und die ermittelnde Staatsanwaltschaft verlangt beim Internet-Provider die Herausgabe der zur IP gehörenden persönlichen Daten. Zwar folgt daraus in den meisten Fällen kein Strafprozess, die Unterhaltungsindustrie kann nun aber, da sie jetzt Kenntnis von den zur IP-Adresse



Demo in Berlin am 22.9. gegen den Überwachungswahn Foto: indymedia.org

gehörenden persönlichen Daten hat, auf zivilrechtlichem Wege Schadenersatzansprüche geltend machen bzw. kostenpflichtige Unterlassungserklärungen einfordern.

Schutzmöglichkeiten

Gegen einige der hier geschilderten Überwachungsmaßnahmen existieren wirksame Schutzmechanismen, die mit vertretbarem Aufwand unerwünschte Mithörer und -leser ausschließen können und die besonders im Internet gefährdete Privatsphäre schützen helfen. Das wohl bekannteste Programm, das zum Schutz vor Abhörmaßnahmen entwickelt wurde, ist PGP. PGP steht für „Pretty Good Privacy" – „Ziemlich gute Privatsphäre" – stellt faktisch den Standard für das Verschlüsseln von E-Mails dar. Die heute verbreitetste Variante von PGP ist das kostenlose Programm GnuPG, das für alle gängigen Betriebssysteme existiert. Einmal installiert, lassen sich damit nahezu automatisch E-Mails vor dem Versand so verschlüsseln, dass sie nur der gewünschte Empfänger wieder entschlüsseln kann. Das setzt allerdings voraus, dass beide Seiten eine PGP-Variante benutzen und vor der Kommunikation den „öffentlichen Schlüssel" ausgetauscht haben. PGP benutzt ein so genanntes Public-Key-Verfahren, das heißt, es gibt für jeden Nutzer ein einmaliges Paar von Schlüsseln: einen öffentlichen, mit dem jeder die Daten für den Empfänger verschlüsseln kann, und einen geheimen privaten Schlüssel, den nur der Empfänger besitzt und der durch ein Kennwort geschützt ist. Nachrichten an einen Empfänger werden mit seinem öffentlichen Schlüssel verschlüsselt und können dann nur durch den privaten Schlüssel des Empfängers entschlüsselt werden. Diese Verfahren werden auch asymmetrische Verfahren genannt, da Sender und Empfänger zwei unterschiedliche Schlüssel verwenden. Beachten sollte man bei der Verschlüsselung mit PGP jedoch, dass zwar kein Außenstehender mehr den Inhalt der Kommunikation nachvollziehen kann, eine Anonymität dabei jedoch nicht gewährleistet ist. So kann z. B. ein Geheimdienst, wenn er den Internetverkehr einer Person abhört, die E-Mails nicht mehr mitlesen, aber immer noch nachvollziehen, wer mit wem wie oft kommuniziert. Auch aus diesen Informationen lassen sich Schlüsse über das Kommunikationsverhalten und über Kontakte einer Person oder Organisation ziehen.

Weitere Ausführungen zum technischen Verfahren und zur Installation und Benutzung würden hier wie bei den im Folgenden erwähnten Programmen den Rahmen dieses Artikels sprengen; es sei daher auf die im Kasten aufgeführten Webseiten verwiesen, auf denen sich viele weiterführende Informationen und Anleitungen finden lassen.

Erwähnt sei an dieser Stelle auch das Programm Truecrypt, das eine einfache Möglichkeit bietet, ganze Festplatten zu verschlüsseln und somit auch im Fall von Hausdurchsuchungen oder anderen unerwünschten direkten Zugriffen auf den eigenen Computer einen wirksamen Schutz bietet.

Auch wer im Internet anonym gegenüber staatlichen und anderen Datensammlern bleiben möchte, kann dies mit relativ geringem Aufwand bewerkstelligen. Zum Schutz vor der weit verbreiteten Beobachtung und Auswertung des Surfverhaltens von Internetnutzern haben Datenschützer so genannte Anonymisierungsnetzwerke entwickelt. Eines der am stärksten verbreiteten dieser Netzwerke ist TOR. Hierbei kommunizieren zwei Seiten – etwa der eigene Computer und der Server, von dem eine Webseite angefordert wird – nicht mehr direkt miteinander, sondern über eine Reihe von anderen Computern, die Teil des Anonymisierungsnetzwerkes sind. Die eigentliche Anfrage an den Webserver wird nun nicht mehr vom eigenen Rechner gestellt und somit bleibt dessen IP-Adresse auch gegenüber dem Webserver verborgen. Zusätzlich werden die übertragenen Daten verschlüsselt. Weder durch die Auswertung der IP-Adresse noch über das direkte Abhören einer Internetverbindung lässt sich nun noch nachvollziehen, wer welche Webseite besucht hat.

Wenig Schutzmöglichkeiten existieren im Bereich des Telefonierens. Telefongespräche, egal ob sie mit einem Mobil- oder Festnetztelefon geführt werden, werden nahezu immer unverschlüsselt übertragen und können von staatlicher Seite ohne Weiteres abgehört und aufgezeichnet werden. Zwar existieren auch hier Verschlüsselungslösungen, die jedoch mit relativ hohem finanziellem und technischem Aufwand verbunden sind. Lediglich das noch wenig verbreitete Telefonieren über das Internet mit Hilfe von Skype oder ähnlichen Programmen bietet die Möglichkeit, verschlüsselt zu kommunizieren.

Am Telefon muss also – gerade in politischen Zusammenhängen, die von staatlicher Verfolgung bedroht sind – nach wie vor der Grundsatz gelten, dass hier keine sensiblen Informationen ausgetauscht werden sollten. ♦

Weiterführende Informationen

Anonymes Surfen mit TOR
(The Onion Router)
Homepage des TOR-Projekts: tor.eff.org
ausführliche Anleitung dazu (Windows)
www.mediauser.de/anleitung-anonym-surfen-mit-tor
weitere Informationen zu TOR & Anonymität hp.kairaven.de/bigb/asurf.html

E-Mails verschlüsseln mit GnuPG
(Gnu Privacy Guard)
Offizielle Webseite www.gnupg.org
GPG4Win: benutzerfreundliches Gesamtpaket für GnuPG (Windows)
www.gpg4win.de
Überblick über Geschichte & Funktionsweise von GNUPG
www.dergrossebruder.org/miniwahr/20060930000000.html

Festplattenverschlüsselung mit Truecrypt
Offizielle Webseite von Truecrypt
www.truecrypt.org
Ausführliche Anleitung zu Truecrypt
www.verstecken.net/tutorials/truecrypt.htm
oder www.mediauser.de/anleitung-festplatte-mit-truecrypt-verschluesseln

Allgemeine Seiten
Computersicherheits-Handbuch der Rosa Antifa Wien raw.at/compsec
Zahlreiche Anleitungen zu Computer-Sicherheitsthemen hp.kairaven.de/bigb

Ein Film von Yüksel Yavuz

Close up Kurdistan

Filmbeschreibung von Susanne Roden

In seinem Dokumentarfilm CLOSE UP KURDISTAN erzählt der Regisseur Yüksel Yavuz von dem Einfluss der ungelösten kurdischen Frage in der Türkei auf sein Leben. Er geht auf sie als Ursache für seine eigene Migration nach Deutschland ein, aber stellt auch eine Verknüpfung zum aktuellen Stand des türkisch-kurdischen Konflikts her.

Von der Stadt Hamburg, in der er heute lebt, führt ihn sein besonderes Roadmovie über Stockholm weiter in die Türkei und endet im Flüchtlingslager Maxmur, das in dem kurdischen Gebiet im Nordirak liegt.

Mit dem Besuch der Eltern des Regisseurs im Dorf startet die Geschichte mit einem ganz persönlichen Anfang. Yüksel Yavuz begegnet Verwandten, alten Freunden und weiteren Menschen im europäischen Exil, in der Westtürkei sowie in den kurdischen Gebieten der Türkei und des Nordiraks. Einige der Gesprächspartner leben noch heute in der Türkei, andere mussten ins europäische oder irakische Exil flüchten. Sie tauschen gemeinsame Erinnerungen aus an Jugend, Schulzeit und Freunde, aber auch über die weiterführenden Lebensgeschichten. Und es schwingt immer ein „Warum“ mit.

Es werden Schicksale gezeigt, die gegensätzlicher nicht sein könnten. Ein Mann ging in die Berge, um ein Kämpfer der kurdischen Guerilla zu werden, und ein anderer wurde Soldat der türkischen Armee und berichtet von seinen Einsätzen gegen eben diese Guerilla. Die vom Krieg gegen die Kurden vertriebenen Menschen schildern ihre Erlebnisse und der hohe Preis und die Opfer vieler unschuldiger Betroffener werden immer deutlicher.

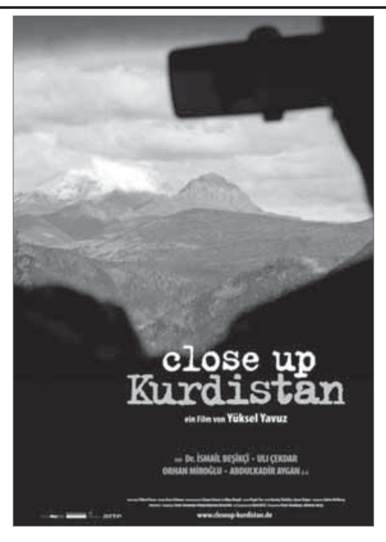
Der Protagonist Dr. İsmail Beşikçi ist türkischer Soziologe und Schriftsteller. Das erste Mal begegnete er der kurdischen Kultur bei seinem Militärdienst in der Provinz Elazığ. Viele seiner kritischen akademischen Studien widmete er einerseits der türkischen Vernichtungspolitik gegen die Kurden und andererseits der Vielfältigkeit und der Geschichte der kurdischen Kultur. Dieses Interesse handelte ihm bisher Verurteilungen zu mehr als 40 Jahren Gefängnis ein.

Einen besonderen Einblick in den „tiefen Staat“ Türkei gibt das Interview mit Abdülkadir Aygan. Er war für einige Jahre in der JİTEM-Kadergruppe. Durch seine Geständnisse konnten einige Morde aufgeklärt werden. Eine strafrechtliche Verfolgung durch die türkischen Behörden erfolgte aber nicht.

Auch die Interviews hinsichtlich der Rolle der Frau in diesem Konflikt sind beeindruckend. Viele Frauen aus kurdischen Gebieten wehren sich gegen die vorgegebene Lebensperspektive einer Frauenrolle in der sehr patriarchal-konservativen Gesellschaft, indem sie sich der Guerilla anschließen. Sie brechen damit nicht nur mit der Tradition, sondern sie gehen auch hohe Risiken für einen alternativen Lebensweg ein. Im Falle einer Gefangenschaft werden gerade Guerillakämpferinnen und politische Aktivistinnen brutal mit sexueller Gewalt gefoltert.

Die sorgsam ausgewählte Musik von Kardeş Türküler – charakteristisch für die kulturelle Vielfalt der Minderheiten – und Aynur Doğan mit ihren Titeln „Kece Kurdan“ und „Ahmedo“ ist gut arrangiert und unterstreicht die teilweise sehr traurigen Erzählungen im Film.

Die Zusammenstellung des historischen Filmmaterials der Prozesse, von Militärübungen und Kampfausbildung mit den persönlichen Lebensgeschichten der InterviewpartnerInnen verbindet auch die persönlichen Darstellungen der Menschen mit politischen Ereignissen. Die persönliche Beleuchtung der facettenreichen Verflechtungen in dem Krieg, bei dem sich Verwandte und Freunde gegenseitig bekämpften, lässt erahnen, wie



schwierig es ist, die kurdische Frage zu lösen.

Wie hochaktuell der Film gerade jetzt ist, zeigen die neuesten Entscheidungen im Kabinett des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan und im türkischen Parlament, die den grenzüberschreitenden Operationen des türkischen Militärs gegen die PKK im Nordirak zugestimmt haben.

Im Film werden die drei Bedeutungen des Titels “close up” aufgegriffen:

Der Begriff „aufschließen“ wird militärisch für personelle Aufstockung eingesetzt. Diese Problemlösung wird aktuell wieder angestrebt. Aber als frühere Maßnahme von einigen Protagonisten des Films bereits verurteilt.

Die Bedeutung „(ver)sperren oder blockieren“ könnte meinen, den Weg einer friedlichen Lösung zu blockieren. Auch diese Variante wird in den Gesprächen aufgegriffen. Vor allem in der Einschätzung, die Schaffung einer „Öffentlichkeit“ über die damaligen Vorgänge in der Türkei hätten vieles verhindern können.

Und schließlich die dritte und positive Bedeutung von „close up“: des Näherrückens, der Nahaufnahme.

Der Film zeigt, wie der Krieg sinnlos soziale und kulturelle Schäden und Opfer verursacht hat und wie auch fast die Vielfalt zerstört wurde. In diesem Sinne ist der Film auch ein Versuch, der kurdischen und türkischen Bevölkerung eine friedliche Lösung näherzubringen. ♦

Weitere Informationen unter:
http://www.closeup-kurdistan.de

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
E-mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
E-mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
Ceni - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
E-mail: ceni_frauen@gmx.de

Deutschland:
YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 452
E-mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Österreich:
FEY-KOM
Siebenbrunnengasse 27
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9209082
E-mail: feykom@chello.at

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18
00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
E-mail: uiki.onlus@fastwebnet.it

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
E-mail: kurd-chr@freesurf.ch

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
E-mail: kicadam@xs4all.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
E-mail: feykurd@mail.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 - 96 76 72 45

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 - 37 42 16
E-mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: 0(033) 1 42 81 22 71
E-mail: knkparis@wanadoo.fr

AZADÎ
FREIHEIT

AZADÎ e.V.

RECHTSHILFEFONDS
für Kurdinnen und
Kurden in Deutschland

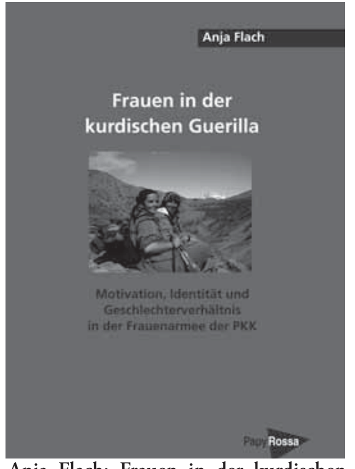
SPENDEN ERBETEN
GLS Gemeinschaftsbank eG
mit Ökobank
BLZ 430 60 967
Kto. Nr. 8 035 782 600

- Unterstützung
- Hilfe
- Öffentlichkeitsarbeit
- Solidarität

Informationen:

AZADÎ e.V.
Graf-Adolf-Str.70a
40210 Düsseldorf
Tel: 0211 / 830 29 08
E-mail: azadi@t-online.de
http://www.nadir.org/azadi

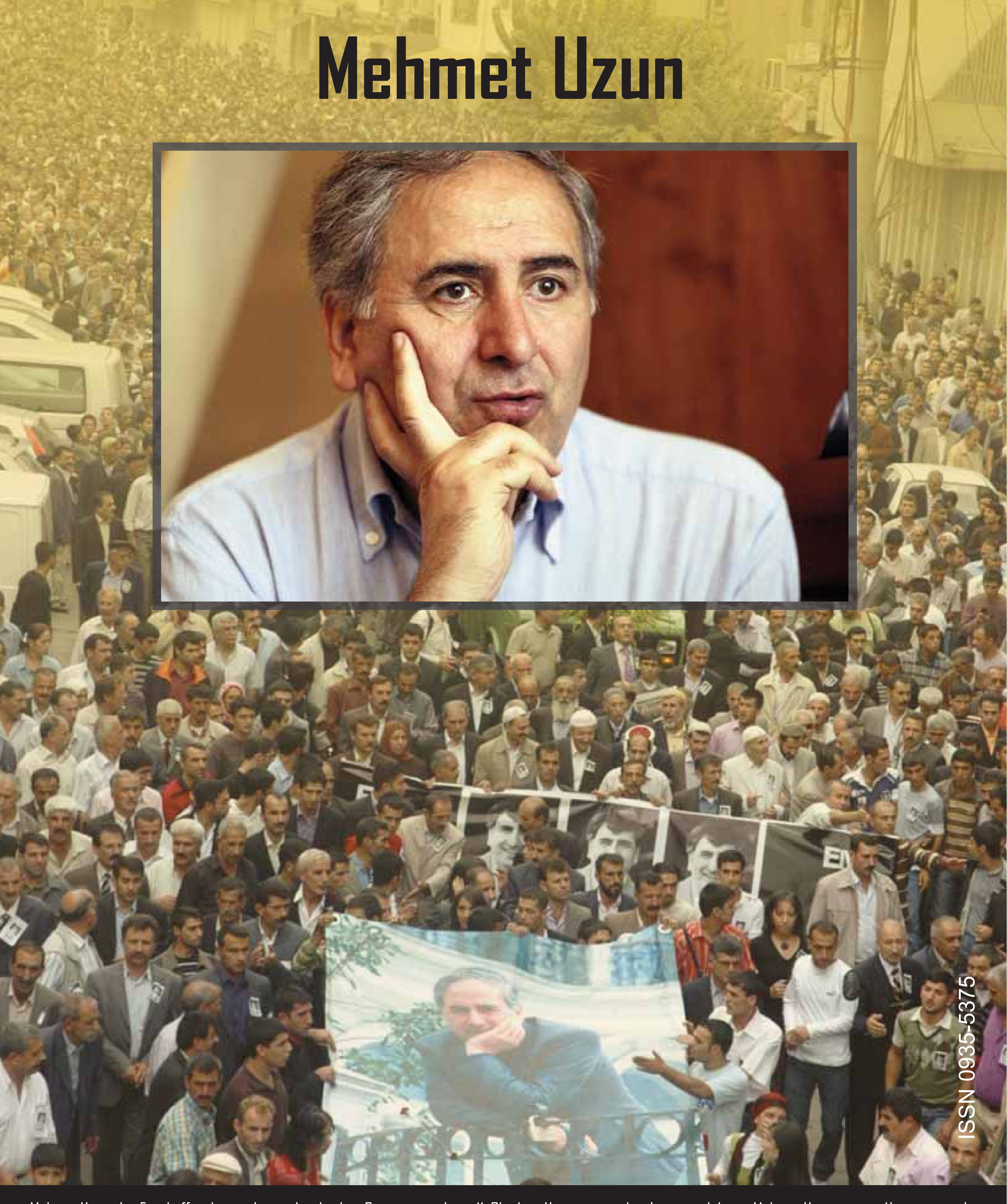
Menschenrechte in Zeiten des Terrors
Kollateralschäden an der "Heimatfront"
Konkret Literatur Verlag, Hamburg 2007
ISBN 978-3-89458-252-4
288 Seiten, broschiert
EUR 17,–, SFr 29,50



Anja Flach: Frauen in der kurdischen Guerilla. Motivation, Identität und Geschlechterverhältnis in der Frauenarmee der PKK
PapyRossa Köln 2007
Hochschulschriften 71
ISBN 978-3-89438-377-0, 172 S.
16,- EUR



Mehmet Uzun



ISSN 0935-5375

Mehmet Uzun, der Erschaffer des modernen kurdischen Romans, starb am 11. Oktober. Vor etwas mehr als einem Jahr ist Mehmet Uzun in seine Heimat zurückgekehrt, nachdem ihm in der Schweiz und in den USA, wo er sich zur Behandlung einer Krebserkrankung aufgehalten hatte, niemand mehr Hoffnung auf Heilung machen konnte. Uzun erklärte damals, er sei sicher, dass die Erde Ober-Mezopotamiens, dass Diyarbakır ihm Genesung bringen werde. Damals gab ihm keiner mehr als eine Woche. Es wurde ein Jahr. Ein Jahr, in dem er trotz schwerer Krankheit all seine Kraft in den Dienst des Friedens stellte. Der Kongra-Gel bezeichnete in einer Kondolenzbotschaft seinen Tod „als großen Verlust für das kurdische Volk, für die kurdische Sprache und Literatur".